

**Dokumentation**

***100 Jahre Bruno Kreisky***  
***Mythos und Wirklichkeit***

11. Jänner 2011

Diplomatische Akademie Wien



*Die Dokumentation wurde zusammengestellt und editiert von*  
***Harald Reiweger, Irene Benitez-Moreno, Alexandra Toth und Walter Posch.***

## Inhaltsverzeichnis >> BITTE DAS GEWÜNSCHTE KAPITEL ANKLICKEN <<

<b>BEGRÜßUNG:</b> <i>WALTER POSCH</i> .....	<b>3</b>
<b>ERÖFFNUNG:</b> <i>BARBARA PRAMMER</i> .....	<b>6</b>
<b>KEYNOTE:</b> <i>AHMED BEN SALAH</i> (VORGETRAGEN VON PETER JANKOWITSCH).....	<b>9</b>
<b>PANEL I: DIE AUßENPOLITIK IM KONTEXT DES NORD-SÜD-DIALOGS</b> .....	<b>15</b>
<i>PETER JANKOWITSCH:</i> KREISKY UND ÖSTERREICHS ÖFFNUNG GEGENÜBER DER WELT .....	17
<i>GEORG LENNKH:</i> KREISKYS ENTWICKLUNGSHILFE UND DIE KONFERENZ VON CANCÚN.....	22
<i>EVA NOWOTNY:</i> WAS IST VON KREISKYS AUßENPOLITIK GEBLIEBEN? .....	26
<i>HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL:</i> WILLY BRANDT, NAHOSTINITIATIVEN UND DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE .....	31
KREISKYS AUßENPOLITIK: ZWISCHEN GLOBALER WEITSICHT UND GROßER BESCHIEDENHEIT .....	34
„KREISKY WAR ÖSTERREICH“ – PATRIOTISMUS UND INTERNATIONALE ANERKENNUNG .....	35
<b>PUBLIKUMSDISKUSSION I</b> .....	<b>38</b>
<b>PANEL II: ÖKONOMISCHE KONZEPTE UND VISIONEN</b> .....	<b>43</b>
<i>HANS SEIDEL:</i> MAKROPOLITIK UND DAS GOLDENE ZEITALTER DES KAPITALISMUS .....	44
<i>FERDINAND LACINA:</i> WIRTSCHAFTSKOMPETENZ UND INVESTITIONEN IN DIE MENSCHEN .....	48
<i>JOSEF TAUS:</i> UNGEHEUERLICHE MEDIENARBEIT, ZWENTENDORF UND KREISKYS GESCHICKLICHKEIT .....	52
KREISKYS QUELLENSTEUER UND ALTE POLITISCHE „SCHMÄHS“ .....	56
<i>HELENE SCHUBERTH:</i> WIRTSCHAFTSKRISE, VERSCHULDUNG UND DIE NEUE EINENGUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN .....	57
<i>KUNIBERT RAFFER:</i> EIN MARSHALL-PLAN FÜR DIE DRITTE WELT .....	60
<b>PUBLIKUMSDISKUSSION II</b> .....	<b>62</b>

## Begrüßung

**Walter Posch:** Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte Sie als Geschäftsführer des VIDC, des Wiener Instituts, ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung, 100 Jahre Bruno Kreisky - Mythos und Wirklichkeit, begrüßen. Ich möchte am Beginn der Veranstaltung insofern einer traurigen Pflicht nachkommen, als der Sohn Bruno Kreiskys, Peter Kreisky, jüngst verstorben ist. Er wäre, soweit ich weiß, auch zu unserer Konferenz gekommen. Ich ersuche Sie deshalb, sich kurz von den Sitzen zu erheben und seiner zu gedenken.

Ich danke Ihnen.

Wenn man so in die Runde blickt, sieht man eine Reihe honoriger Ehrengäste, die Präsidentin Prammer gesondert begrüßen wird. Man wird ein bisschen nostalgisch, wobei die Nostalgie ja die Schwester des Mythos ist und auch die der Verklärung. Doch dabei wollen wir es nicht bewenden lassen, weil wir, als wir die Veranstaltung konzipiert haben, nicht daran gedacht haben, eine Gedächtnisveranstaltung zu machen, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit einer Periode österreichischer Politik zu beginnen. Die Verklärung vergangener Zeiten würde auch bedeuten, sich ein bisschen der Perspektivenlosigkeit anheim zu geben. Das wollen wir nicht, weil wir hoffen, dass manche Ideen auch Perspektive haben, in scheinbar perspektivenlosen Zeiten.

Jedenfalls wird der hundertste Geburtstag Kreiskys im Jahr 2011 mit einer Vielzahl von Veranstaltungen gefeiert - auch aus unterschiedlichen Motivlagen und Interessen. Was uns die Legitimität verleiht, ist die Tatsache, dass das VIDC, das Wiener Institut, eine Gründung Kreiskys und anderer PolitikerInnen der sogenannten Dritten Welt, als Resultat und Angelpunkt des beginnenden Nord-Süd-Dialogs, war. Kreisky war, wie Sie sicher wissen, insbesondere der sog. „Dritten Welt“ nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen als Flüchtling, als Vertriebener, als Asylwerber besonders verbunden und für die Sache besonders sensibilisiert.

Die Auflösung der Kolonialreiche, die Theologie der Befreiung, die Entstehung der Vereinten Nationen, in der sich die Länder der Dritten Welt zunehmend ein Forum verschafft haben, hatten die Politiken nach dem 2. Weltkrieg stark beeinflusst und mithin auch Bruno Kreisky, darin nicht unähnlich Willi Brandt, der eine ähnliche *vita* hat.

In der Auseinandersetzung mit Entwicklungshilfe, ein Begriff, den er überhaupt nicht mögen hat, weil er sich von dem Paternalismus distanziert hat, der dem Begriff innewohnt, hat er immer von der Demokratisierung der Entwicklungszusammenarbeit gesprochen, also der „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“, wie er es formuliert hätte. „*The development countries criticized development assistance; they have different ideas about priorities*“ hat er gesagt.

Die Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, wie das VIDC damals geheißen hat, im Jahre 1962 und im Gefolge der Wiener und Salzburger Konferenz war ein Teil dieser Überlegungen, den jungen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas eine Plattform zu bieten, um über die dringendsten Probleme der Dritten Welt zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Es war quasi der älteste politische *think tank* Österreichs und vielleicht auch Europas, was Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik betrifft. Einer der ersten Mitstreiter dieser Politik war der damalige Arbeits- und Wirtschaftsminister Ahmed Ben Salah, der uns die Freude einer *keynote* bei dieser Konferenz bereiten wollte und der sich schon seit Monaten auf heute gefreut und intensiv daran gearbeitet hat. Ahmed Ben Salah hat jetzt ganz kurzfristig, vor zwei Tagen, aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen. Ich bitte dies zu entschuldigen. Er hat uns jedoch seine Rede geliefert, die Peter Jankowitsch vortragen wird und die wir aus dem Französischen übersetzen werden.

Die starke Fokussierung auf Außenpolitik und Entwicklungspolitik blieb ein Kontinuum kreiskyscher Politik, auch in seiner Zeit als Kanzler, und neben diesen außenpolitischen und demokratiepolitischen Erwägungen waren es auch wirtschaftspolitische Überlegungen, die sein Handeln bestimmt haben. Insbesondere aber die Überzeugung, dass sich Europa und auch Österreich, das sich mithilfe des Marshallplans von seiner ökonomischen Malaise nach dem 2. Weltkrieg soeben erholt hatte, die moralische und vor allem auch politische Verpflichtung habe, jene zu unterstützen, deren Not noch viel größer sei und die eines Marshallplans im Weltmaßstab bedürften. Deshalb sah er in der EZA nicht nur ein Mittel der Entwicklungshilfe, sondern auch die Möglichkeit, die eigene Rezession zu bekämpfen, auch in dem Bewusstsein, dass die österreichische Schwerindustrie zum Beispiel ohne den Marshallplan nicht in der Rekordzeit aufgebaut worden wäre. Deshalb lag der Schwerpunkt seiner Überlegungen in diesem Zusammenhang im Aufbau von Infrastruktur für die Länder der Dritten Welt, also Aufbau eines kontinentalen Eisenbahnsystems, Bewässerungssysteme für die landwirtschaftliche Produktion, Energieversorgung, Ausbau der Kommunikations- und Informationstechnologie und, last but not least, die Entwicklung der menschlichen Ressourcen. Dass diese enorme Leistung auch Geld kosten würde, war Kreisky klar. Die Erfahrungen aus der ersten Republik, Massenarbeitslosigkeit, haben ihm die Notwendigkeit eines solchen globalen Solidaritätsprogramms aber dringend vor Augen geführt.

Deshalb haben wir in unserer Konferenz, als wir sie konzipiert haben, den Fokus auf diese zwei Schwerpunkte gelegt, die stets auch die Lieblingsthemen der kreiskyschen Politik waren: einerseits die Außenpolitik, die damals auch umstritten war, Stichwort Palästina, Kommunismus - *Containment*, Infrastrukturpolitik etc., aber andererseits auch die Wirtschaftspolitik, Stichwort Austrokeynesianismus, Schuldenmachen. Sie erinnern sich sicher alle an seinen Sager, dass ihm ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten würden als ein paar hunderttausend Arbeitslose. Heute hat man sich mittlerweile an 300.000 sehr bequem gewöhnt.

Jedenfalls sind seine Pläne hinsichtlich eines Marshallplans für die Dritte Welt ein sehr spannender Ansatz, gerade in Zeiten wo die EZA in Österreich, wie man im *new speech* der Manager sagen würde, „redimensioniert“ wird, und das nicht gerade in einer kleinen Art und Weise. Sie wird von derzeit rund 100 Millionen Euro auf rund 68 Millionen Euro für die operative EZA verringert werden. Zum Vergleich: Luxemburg gibt rund 100 Millionen Euro für *Lux-Development* aus. Sie werden sagen, mit Luxemburg kann man uns nicht vergleichen, ich sage, stimmt: Man kann Österreich mit Luxemburg wirklich nicht vergleichen. Das ist ein bisschen traurig. Moralisch argumentiert könnte man sagen, es ist eine Kulturschande. Politisch, würde Kreisky wahrscheinlich sagen, ist es Unvernunft. Es ist schiere Unvernunft, wenn sich Österreich aus ganzen Weltgegenden zurückzieht, nicht mehr präsent ist und auch nach außen hin signalisiert, dass das nicht mehr seine Sache ist.

Internationale Politik ist wichtig, und Politik beruht nicht nur auf seiner innenpolitischen, in Österreich noch dazu manchmal xenophoben, Selbstbezogenheit. Österreich hat auch in Kreiskys Zeiten nicht 0,7% des Bruttoinlandsprodukts geschafft, aber dennoch international unbestreitbare Reputation genossen, die weit über die schiere Größe des Kleinstaats hinausging. Das mag auch ein bisschen mit der geistigen Verfasstheit des Landes und der sich wandelnden politischen Kultur zu tun haben.

Ich möchte mich somit ganz herzlich bedanken bei allen ReferentInnen, die unserer Veranstaltung mit ihrer köstlichen Präsenz die Ehre erweisen. Sie sind teilweise von weit her gekommen, wären teilweise auch von sehr weit her gekommen, wie Ben Salah, und haben alle ihrerseits selbst ein Stück der österreichischen Innenpolitik mitgeschrieben, was sicherlich bei Vielen hier politische Reminiszenzen an die eigene politische Sozialisation auslösen wird. Bei mir jedenfalls tut es das. Auch bei unseren Moderatorinnen möchte ich mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bedanken, und das erinnert mich daran, dass bei dieser Veranstaltung in den verschiedenen Funktionen äußerst kompetente Frauen teilnehmen werden, was ein Resultat gewandelter Politik oder gewandelten politischen Selbstverständnisses ist, das in Österreich auch ein bisschen durch Kreisky und seine Politik ausgelöst wurde. Mein Dank gilt abschließend dem Team des VIDC für die Organisation dieser Veranstaltung und unserer Übersetzerin Frau Coll. Dank geht auch an die Austrian Development Agency für die Finanzierung dieser Konferenz, ohne deren Unterstützung und Hilfe diese Form von Veranstaltung nicht mehr möglich wäre.

Damit übergebe ich das Mikrofon an Präsidentin Barbara Prammer, die Vorsitzende des Kuratoriums des VIDC. Doch bevor ich das tue, möchte ich ihr ganz herzlich zum heutigen Geburtstag gratulieren.

## Eröffnung

**Barbara Prammer:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vortragenden werden Ihnen heute sicher einen direkten Eindruck von Kreiskys Denken und seiner Arbeitsweise vermitteln. Als heute aktive Politikerin möchte ich mich vor allem damit auseinandersetzen, was ich als das außenpolitische Erbe dieses großen Sozialdemokraten und Bundeskanzlers erachte. Zu diesem Erbe zählt ja auch das von Kreisky begründete VIDC, wie auch die Neugründung der Diplomatischen Akademie in den 60er Jahren. Im Hinblick auf die heutige Veranstaltung ist das ja auch ein gutes Signal, dass die Veranstaltung genau hier stattfindet, und sich hier sozusagen etwas zusammenfügt – und man könnte fast ein wenig überzeichnet sagen – ohne Bruno Kreisky säßen wir womöglich heute nicht hier, zumindest nicht an diesem Ort. Kreiskys Außenpolitik ist im kollektiven Gedächtnis der Österreicherinnen und Österreicher außerordentlich positiv besetzt. Im Nachhinein werden seine außenpolitischen Errungenschaften als sehr ehrenvoll angesehen. Österreich hat sich während seiner Kanzlerschaft als ehrlicher Makler in Konflikten engagiert; Wien wurde als Ort der internationalen Begegnung und Amtssitz der UNO etabliert. Und wir alle können uns daran erinnern, dass das gelang und Österreich Profil in der Entwicklungszusammenarbeit gewann. Zeitgenossen, vor allem aus den Oppositionsparteien, haben oft Zweifel daran geäußert, ob Kreisky nicht zu viel außenpolitisches Wagemut zeige. Mittlerweile ist es fast unbestrittener Konsens, dass das Land unter Kreiskys Führung weit über sein realpolitisches Gewicht hinaus positiven Einfluss auf das Weltgeschehen ausgeübt hat. Nicht oft erlebten kleine Länder so eine Zeit, in der sie das von sich sagen zu können. Um diese Errungenschaften besser zu verstehen, müssen wir natürlich auch ihre historischen Umstände würdigen. Rückblickend betrachtet erscheint Kreiskys Außenpolitik als ein geniales Ausspielen jener abnehmenden Gestaltungskraft, die nationalstaatlichem Wirken im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gerade noch zukam. Bruno Kreisky war sich des Phänomens der Globalisierung – die damals noch nicht so bezeichnet wurde – voll bewusst. Er hat es als nötig erachtet, sich den brennendsten internationalen Fragen der Zeit zu widmen, eben weil er sich bewusst war, welche negativen Auswirkungen Unterentwicklung und militärische Konflikte haben. Nämlich nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern auf alle Menschen in einer interdependenten Welt. Dabei war sein außenpolitisches Verständnis geprägt von der Überzeugung, dass nur ein Ansatz, der dem Dialog verpflichtet ist, zum Erfolg führt. Kreisky ist wegen seiner Treffen mit dem damaligen PLO-Führer Arafat von Zeitgenossen heftig kritisiert worden. Letztlich jedoch wurde er, gerade auch von Yitzhak Rabin, klar und eindrucksvoll in seinem Herangehen bestätigt. Dieser hat anlässlich der Osloer Vereinbarungen bezüglich Arafat festgestellt, dass Frieden nur mit Feinden geschlossen werden kann und nicht mit Freunden, weil es dort eben nicht notwendig ist. Dabei war Kreisky nicht naiv, was Arafat betraf und durchaus nicht immer mit seinem Handeln einverstanden, auch daran können wir uns erinnern. Jedenfalls ist es meiner Ansicht nach

erwiesen, dass Gesprächsverweigerung leicht dazu führen kann, dass auf die Kraft der Argumente verzichtet wird, das hat auch heute noch in jeglicher Hinsicht bei jeglichem Konflikt Relevanz.

Dieses dialogische Verständnis hat auch die entwicklungspolitischen Überlegungen Kreiskys zutiefst geprägt. Die heute anwesende Historikerin Elisabeth Röhrlich, die eine eindrucksvolle Arbeit über seine Außenpolitik verfasst hat, zitiert Kreisky, und es ist mir gestattet, sie zu zitieren, *„man muss sich von der Vorstellung lösen, die Dinge hier besser zu verstehen, als die politischen und wirtschaftlichen Führer jener Staaten, denen diese Hilfe gebracht werden soll“*. Die heute schon weiter fortgeschrittene Globalisierung hat es jedoch mit sich gebracht, dass wir der Gestaltungskraft der Nationalstaaten mehr misstrauen, als dies zu Zeiten Kreiskys der Fall gewesen sein mag. Ich würde ihr manches Mal auch – ich darf hinzufügen, zu Recht – misstrauen. Der von ihm mit initiierte Gipfel von Cancún erscheint im Rückblick daher unglaublich ambitioniert. Er sollte seiner Idee vom Marshallplan für die Dritte Welt zum Durchbruch verhelfen und durch Infrastrukturprogramme in den unterentwickelten Ländern des Südens Armut und Hunger überwinden helfen. Kreisky konnte letztlich gesundheitsbedingt nicht am Treffen in Mexiko teilnehmen. Dass es gelang, den damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, Margret Thatcher, Francois Mitterand u.v.a. zur Teilnahme zu motivieren, erscheint schon an sich als erstaunlicher Erfolg der Konferenz. Die beeindruckende Liste der anwesenden Politikerinnen und Politiker dient gleichsam als Ausweis für das Gewicht, das die Idee eines Nord-Süd-Ausgleichs damals auf die Waagschale brachte. Gleichzeitig gilt die inhaltliche Folgenlosigkeit des Gipfels Vielen als Indikator für das Ende des sog. „Sozialdemokratischen Zeitalters“ in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der Neoliberalismus hatte seinen trügerischen und allzu oft betrügerischen Siegeszug begonnen. Nachdem die entfesselten Weltfinanzmärkte unglaublichen Schaden in den USA und Europa angerichtet haben, ist das Bewusstsein um die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten dieser Ideologie auch hier gestiegen. Ich fürchte, die Länder des Südens – um diesen überkommenen Ausdruck zu verwenden – haben diese schmerzlichen Erfahrungen schon früher machen müssen. Der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky hat schon 1992 anlässlich eines vom Bruno Kreisky Forum ausgerichteten Symposions über die Folgen der Konferenz von Cancún kritisch festgehalten, ich zitiere ihn *„whether we are talking about the so called South or about our European East, I fear that free markets can only be created on the basis of regulation and not on the basis of market forces alone“*. Zum Abschluss stellten die Teilnehmer des Symposions fest: *„International good government and leadership on a national level are required for the north-south relationship which should be based on common ethical and moral values. It is undeniable that a huge gap has opened between actual interdependence of nationals of this world and the conduct of their politics which are primarily based on national priorities“*. Leider ist dieser Befund auch heute noch äußerst aktuell.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vereinten Nationen haben mit den *Millenium Summits* und den *Millenium Development Goals* den wichtigsten Beitrag der letzten Dekade zur konkreten Entwicklungspolitik geleistet und ich möchte nicht verhehlen, dass es für mich sehr unbefriedigend ist - ich habe das auch in der Öffentlichkeit mehrfach gesagt - dass Österreich heuer die sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllen wird. Und ich unterstreiche vorläufig noch das heuer. Ich hoffe – gemeinsam mit vielen anderen – dass es der Bundesregierung in den nächsten Jahren gelingen wird, die nötigen und international versprochenen Mittel zur Erreichung der MDGs bereit zu stellen. Ich glaube, wir müssen die Zeit nützen, dieses Jahr 2011 nützen, die Entwicklungszusammenarbeit auf einen Boden, auf andere Beine zu stellen, als das derzeit scheinen mag. Schließlich ist diese weltweite Kraftanstrengung auch in unserem eigenen Interesse, wenn wir vermeiden wollen, dass die Armen der sog. „Dritten Welt“ als Wirtschaftsflüchtlinge verstärkt bei uns ihr Glück versuchen. Als Nationalratspräsidentin ist es mir auch deshalb ein großes Anliegen die internationale Perspektive der Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu stärken. Klar ist, dass die Abgeordneten zuallererst ihren Wählerinnen und Wählern in den Wahlkreisen verpflichtet sind, das versteht sich und das wissen wir, aber sie würden ihr Mandat nicht gut informiert ausführen, und sie führen ihr Mandat nicht gut aus, wenn sie nicht durch internationale Kontakte die Sichtweise anderer Parlamentarier kennen lernen würden. Das darf sich nicht auf die Europäische Union und auf Europa beschränken. Zudem ich der festen Überzeugung, dass die parlamentarische Diplomatie durch ihre im Vergleich zu Regierungen weniger große Verbindlichkeit einen sehr offenen und direkten Meinungs austausch ermöglicht, den man auch aktiv nützen muss und nützen soll. Im Zusammenhang mit dem für die Entwicklungspolitik so bedeutsamen Ziel, *good governance* herzustellen, spielen aktive Parlamente naturgemäß eine besonders wichtige Rolle. Österreich hat im Bereich der parlamentarischen Kontrolle übrigens ganz im Sinne Bruno Kreiskys zwei wichtige Organisationen ansiedeln können: Zum einen die INTOSAI (International Organisation of Supreme Audit Institutions) also die Internationale Organisation der Rechnungshöfe und zum anderen das International Ombudsman Institute. Dass wir das internationale Sekretariat nach Wien holen konnten, stimmt uns wirklich sehr froh. Im Dialog mit den parlamentarischen Institutionen und diesen Teilorganisationen konnten wir auch viel auf die Beine stellen, also viel mehr noch, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Ich bin auch der Meinung, dass die Arbeit dieser Institutionen derzeit noch zu wenig bekannt ist und dass es auch wert ist, diese Institutionen auch im eigenen Land bekannter zu machen.

Eben so wenig interessieren die Öffentlichkeit die internationalen Kontakte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Diese werden oftmals noch wegen der anfallenden Reisekosten skandalisiert. Ich halte das für äußerst bedauerlich und absolut fehl am Platz, denn ich glaube, aus dem Erfolg der Regierungspolitik Kreiskys vor allem einen Schluss



ziehen zu können: Eine erfolgreiche Innenpolitik setzt das Erkennen von internationalen Trends und Reformbedürfnissen voraus. Dies gilt im Zeitalter der Globalisierung umso mehr und diese Erfahrungen können naturgemäß besonders auch im Ausland und im Vergleich mit anderen gesammelt werden. Das kann durchaus schmerzlich sein, wie uns auch der Pisa-Test wieder einmal vor Augen geführt hat, aber die Alternative kann nicht sein, weg zu schauen: Nicht von den eigenen Schwächen und nicht vom Elend anderer, sondern genau Hinsehen, Lernen, Eigenes konstruktiv entwickeln und sich international messen und vernetzen bleibt das Gebot der Stunde. Auch darin war Bruno Kreisky großer Lehrmeister. Wir sollten weiter von ihm lernen. Ich bin sehr froh um diesen 100. Geburtstag, weil er einen guten Anlass gibt über einen längeren Zeitraum die vielen Perspektiven Bruno Kreiskys auszuleuchten, manches in Erinnerung zu rufen, was schon verschütt gegangen ist und vielleicht auch Kraft daraus zu schöpfen, um Neues zu beginnen. Ich wünsche der Konferenz alles Gute!

Sie werden verstehen, dass ich wieder einmal nicht sehr lange bleiben kann, das ist das Los einer Nationalratspräsidentin. Das heißt nicht, dass ich nicht großes Interesse hätte, ich werde alles auch nachlesen, aber es ist bereits notwendig wieder zu einem anderen Termin zu eilen. Alles Gute und vielen Dank!

***Keynote: Ahmed Ben Salah (vorgetragen von Peter Jankowitsch)***

**Peter Jankowitsch:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Rede, die ich hier in Kürze verlesen werde, wollte Ahmed Ben Salah persönlich halten, doch eine plötzlich auftretende gesundheitliche Krise hat ihn im letzten Moment daran gehindert in das Flugzeug zu steigen. Er hat mich daher, in Tunis ans Bett gefesselt, gebeten, an seiner Stelle diese Rede hier vorzutragen. Er wollte Ihnen aber auch in aller Aufrichtigkeit sagen, wie sehr er es bedauert diese Gelegenheit zum Wiedersehen mit Wien und dem Wiener Institut, zu dessen Gründern er gehörte, zu vermissen. Sie werden in seinen Worten das enge Naheverhältnis, das ihn über viele Jahre mit Bruno Kreisky verband, erkennen, dessen überragende Rolle als weitsichtiger visionärer Staatsmann ihm immer wieder, in vielen ihrer gemeinsamen Aktionen, bewusst wurde. Andererseits hat auch Bruno Kreisky in Ahmed Ben Salah einen der begabtesten, einen der vielversprechendsten Politiker und Denker der damaligen arabischen Welt erkannt, der in seiner Heimat einen mutigen Kurs der Modernisierung und Demokratisierung des Landes eingeschlagen hatte, in dem Viele den logischen Nachfolger von Habib Bourguiba, dem legendären Gründer des neuen Tunesiens, sahen. Nachdem Palastintrigen und hinterhältige Manöver seiner Widersacher zum Sturz und der Einkerkelung Ben Salahs geführt hatten, gewährte ihm Kreisky nach seiner Flucht aus dem Gefängnis, und Jahren des Exils in Algerien, in Wien politisches Exil und neue Möglichkeiten politischer Aktivität an seiner Seite. Mit seinem Rat und seiner Erfahrung hat er dabei vor allem die Außenpolitik Bruno Kreiskys begleitet.

Aber lassen wir nun Ahmed Ben Salah selbst sprechen, meine Damen und Herren.

### ***Rede von Ahmed Ben Salah***

„Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, liebe Freunde!

Zu Beginn möchte ich der österreichischen Nation Ehre erweisen, die Wert darauf gelegt hat, Bruno Kreisky zu ehren und seiner zu gedenken. Jene die ihn kannten, haben die Pflicht, seine Taten zu bezeugen, ebenso wie seinen Glauben an die Ideale, die unsere Gegenwart erleuchten und die Menschen des Friedens immer erleuchten werden. Ich möchte, für meinen Teil, das Werk und die Freundschaft Bruno Kreiskys bezeugen.

Im Mai 1955 kam ich zum ersten Mal als Delegationsleiter des UGTT, dem tunesischen Gewerkschaftsdachverband nach Wien, um am Kongress der CISL (Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori, Anm.) teilzunehmen. Der Staatsvertrag war eben in Wien unterzeichnet worden. Von unseren österreichischen Genossen erfuhr ich, dass sie vom Erfolg der Verhandlungen überzeugt waren, dank der direkten Beteiligung Bruno Kreiskys, in den sie vollstes Vertrauen hatten und der in seiner Funktion als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten eng in die Verhandlungen involviert war. Ein Vertrauensband zwischen Gewerkschaften und Politikern ist selten, es stellt in den demokratischen Ländern eine beachtliche Stütze dar und erklärt auch die außergewöhnlich lange Dauer des Mandates einiger sehr seltenen Politiker der Nachkriegszeit. Für Bruno Kreisky ist es das Pfand eines nationalen Schicksals: 1956 in den Nationalrat gewählt, tritt er 1957 dem Zentralkomitee bei und wird am Tag nach den Wahlen von 1959 Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Ohne den Status Österreichs zu verändern, verleiht er dem Konzept der Neutralität eine entschieden dynamische Bedeutung. Aus diesem Grund nimmt er eine essentielle Rolle bei der Entstehung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ein, der Österreich alsbald beitrifft.

Wenn das Jahr 1955 für Österreich die Wiederherstellung der vollen Souveränität, das Ende der Besatzung nach dem Krieg und die Entscheidung zur Neutralität bedeutete, so war es für Tunesien der Schlusspunkt des nationalen Befreiungskampfes in einer gemeinsamen Front mit drei Ländern Nordafrikas. Während Tunesien und Marokko im Jahr darauf die Unabhängigkeit erlangten, so hatten wir das Hauptaugenmerk unserer Bemühungen auf den Kampf des algerischen Volkes gelegt, der unter dramatischen Bedingungen bis Juli 1962 dauern würde.

Zu diesem Zeitpunkt war Tunesien bereits in einen wirtschaftlichen und sozialen Wirtschaftsplan eingebunden; wir hatten für drei Jahre einen provisorischen Plan in Hinblick auf eine 10 Jahresperspektive von 1962 bis 1971 verabschiedet. Ich hatte damals von Bruno Kreisky die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Partnerschaft in Salzburg im Juli 1962 erhalten. Diese Konferenz, zu der Politiker, Wirtschaftler, Gewerkschafter und europäische, afrikanische und asiatische Denker geladen waren, stellte für uns die unverhoffte Öffnung zu einer neuen Philosophie der internationalen Kooperation dar. Bruno Kreisky schrieb die Idee dafür Jawaharlal Nehru zu, der, wie wir wussten, seit der Konferenz von Bandung im April 1955 besonders sensibel war bezüglich des Zusammenhanges zwischen Dekolonisation, wirtschaftliche Entwicklung und Frieden. In seiner Einleitungsrede legte Bruno Kreisky die Problematik um diesen Zusammenhang meisterhaft dar. Sie war tatsächlich die Grundlage des Nord-Süd-Dialogs, welcher zehn Jahre später nach der ersten Erdölkrise, eine strategische Dimension einnehmen würde. Bereits damals war die Politik der Entwicklungszusammenarbeit umstritten: Sie stellte eine Weiterführung des Kolonialstreits dar und war gleichzeitig ein zusätzlicher Streitpunkt zwischen Ost und West.

Die Konferenz von Salzburg, die Wiege des zukünftigen Wiener Institutes für Wirtschaftsentwicklung und internationale Kooperation, zeichnete sich durch den Weitblick Bruno Kreiskys aus, der das politische und ideologische Gefälle jener Zeit überwand und der an die Verknüpfung der grundlegenden Interessen der Länder der sogenannten Dritten Welt mit jenen der Industrieländer glaubte, im Hinblick auf politische Entwicklungskonzepte und der Interessen im Dienste des Friedens und des globalen, gleichberechtigten und nicht diskriminatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die brutalen Zusammenstöße, die den langen Dekolonisierungskampf ebenso wie den gemeinsamen Diskurs der Dritten Welt prägten, konnten berechtigterweise überwunden werden, sofern man nur die gegenseitigen Interessen bewahre und, im Sinne des Respekts und der Gleichheit, der Gerechtigkeitssinn, die Nichtdiskriminierung und der Dialog vorherrschten.

Bruno Kreisky hatte in seinen Bemühungen, die globalen sozialen Notwendigkeiten zu berücksichtigen und einen Zusammenhang zwischen der Entwicklungsproblematik und den Frieden herzustellen, Recht. Eine unparteiische internationale Ordnung basiert auf der Errichtung von gerechten Gesellschaften, die sich jedes Herrschafts- und Spekulationsgedankens entledigt haben, und die allen den Zugang zu den unentbehrlichen Ressourcen, dem Wohlstand und einem würdigen Leben ermöglichen. Solche Veränderungen sind die Grundlage einer Friedensordnung. Dieser Zugang erneuert das Bild der internationalen Beziehungen. Er ist die Basis des Wiener Institutes, das erste Institut der Welt, das ein solches Konzept darlegt. Unter der Präsidentschaft Bruno Kreiskys waren wir drei Vizepräsidenten: Willy Brandt, Nehru – der Neffe des Premierministers – und ich selbst. Gemeinsam mit der Sozialistischen Internationalen wurden wir zu einer militanten Gruppe in der internationalen Arena. Bruno Kreisky, Willy Brandt, Tage Erlander, Olof Palme, Georges Papandreou, wir alle teilten die Überzeugung, dass die mittleren Länder eine besondere Rolle in der internationalen Nachkriegsordnung und der Orientierung der Weltpolitik

einnahmen, insbesondere bei der Regelung von Friedensproblemen, der Entwicklung und der Förderung der Menschen.

Diese kleine Gruppe erlangte, ihrer Entschlossenheit wegen, aber auch wegen ihrer Kohärenz und Zurückhaltung, internationales Ansehen. Ich war überrascht durch Präsident Kennedy selbst im Zuge eines offiziellen Besuchs von Präsident Bourgiba in Washington im Mai 1961 zu erfahren, dass sie gemeinsam mit Premierminister Tage Erlander, Bruno Kreisky und Willy Brandt übereingekommen waren, einmal pro Jahr eine Sitzung zur Evaluierung der Weltsituation abzuhalten, und an den Beratungsgesprächen sollten sowohl Tom Mboya aus Kenia und ich selbst teilnehmen. Es ist klar, dass wir mit dem Hinscheiden von John Kennedy und vor ihm auch Dag Hammarskjöld um zwei wichtige Autoritäten gekommen sind, die sich denselben Überzeugungen verschrieben hatten und entschlossen waren für die grundlegenden Reformen einzutreten, im Besonderen jener der Organisation der Vereinten Nationen.

Die sukzessive Ernennung der Kanzler Willy Brandt und Bruno Kreisky von Oktober 1969 bis April 1979 führte den europäischen Schauplatz zu tiefgreifenden Veränderungen, ebenso die Friedensverträge, wie auch der Grundlagenvertrag, aber auch die Einleitung des Entstehungsprozesses der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Wende zur europäischen Entspannungspolitik, als solche schon eine immense Errungenschaft, stellte eine noch nie dagewesene Situation dar: Die Blockade zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn konnte ebenfalls überwunden werden, die Unbeugsamkeit beider Seiten musste logischerweise einem Entspannungsprozess weichen, einem Vorboten des Friedens, und das mittels Bemühungen für ein gegenseitiges Verständnis und eines konstruktiven Dialoges. Der Konflikt selbst, hartnäckig und ohne Lösungsperspektive, stellte ein internationales Problem dar und lastete schwer auf den Beziehungen zwischen Europa und der arabischen und islamischen Welt. Auf der einen Seite erschien es unmöglich, Israel als friedlichen Staat innerhalb der internationalen Gemeinschaft anzuerkennen; schließlich war die palästinensische Sache im Herzen des Konflikts nicht nur ein Flüchtlingsproblem, sondern eine nationale Sache, ebenso wie die israelische. Eine gerechte Regelung, kompatibel mit den Prinzipien und Werten unserer Zeit, war möglich. Das war die Überzeugung Bruno Kreiskys.

Die Grundlage unserer Vorgangsweise war die Suche nach dem Dialog. Kurz nach dem Oktoberkrieg 1973 und der ersten Erdölkrise wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation von einer breiten Mehrheit der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Vertreter des palästinensischen Volkes mit Beobachterstatus anerkannt. Yasser Arafat, Präsident der PLO, richtete damals auf dem Rednerpult der Generalversammlung eine Botschaft an die internationale Gemeinschaft, um seine Dialogbereitschaft kundzutun

und die palästinensische Sache auf die internationale Agenda zu bringen. Seit diesem Zeitpunkt haben einige europäische Hauptstädte PLO-Büros aufgenommen, die von Vertretern geleitet wurden, deren Kontakt sich auf politische Parteien beschränkte. Auf palästinensische Initiative begannen in Europa schon bald die geheimen Kontakte zu israelischen Persönlichkeiten, die der Linken angehörten, wie Uri Avnery und Arié Eliav, ehemaliger Generalsekretär der Arbeiterpartei, die von Issam Sartouai geknüpft wurden. Sartouais Botschaft war, dass Arafat für die Versöhnung beider Völker eintrat und bereit war, einen Palästinenserstaat im Westjordanland und Gaza zu akzeptieren, der entmilitarisiert und im Einklang mit dem jüdischen Staat war.

Jedoch ließ sich kein westlicher Machthaber dazu herab, das Tabu, das auf Yasser Arafat lastete, aufzuheben. Bruno Kreisky hatte Yasser Arafat zweimal getroffen und begrüßt, 1974 und 1977 im Laufe seiner Besuche bei den Vereinten Nationen und in Syrien, doch es war klar, dass die westliche Blockade aufrecht war und die Öffnung, von der man sich einen der Friedensinitiative vorhergehenden politischen Dialog erhoffte, unerreichbar oder undurchführbar war. Ich für meinen Teil insistierte bei Bruno Kreisky auf die Bedeutung einer politischen Geste, in dem man Yasser Arafat offiziell empfing, innerhalb der Logik der österreichischen Politik und in der Hoffnung auf ein europäisches Engagement bei der Bemühung eine ausgewogene Lösung zu finden. Er bat mich damals persönlich offene und ehrliche Gespräche mit israelischen Persönlichkeiten oder zionistischen Juden zu führen. So traf ich auf seine Bitte Uri Avneri und Torberg, die den beiden Extremen des politischen Spektrums angehörten: Unsere Gespräche waren stets positiv und bereichernd. Auf dieser Grundlage und der seiner eigenen Besuche in der Region erachtete es Bruno Kreisky für notwendig, Yasser Arafat einzuladen.

Gemeinsam mit Willy Brandt, der zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der Sozialistischen Internationalen hatte, beschloss Bruno Kreisky die Öffnung zu vollbringen. Er bestand darauf, mir persönlich die Aufgabe zu übertragen, seine Entscheidung Issam Sartouai mitzuteilen. Zu dieser Mission lud er mich also nach Wien ein. Am 15. Juni 1979, dem Tag an dem das SALT II-Abkommen in Wien von Carter und Brejnev unterzeichnet wurde, teilte ich Issam Sartouai mit, dass Bruno Kreisky einverstanden war, Präsident Yasser Arafat offiziell zu empfangen. Am 7. Juli 1979 wurde Yasser Arafat im Bundeskanzleramt von Bruno Kreisky und Willy Brandt feierlich empfangen. In der Situation des Mittleren Osten, wo die Initiative Sadats scheinbar seit November 1977 der ägyptischen Regelung Priorität gab, stellte das Ereignis in Wien wieder die palästinensische Sache in den Mittelpunkt, fixierte das angemessene Maß der Einsätze und bereitete für die Zukunft das Konzept einer wahrhaftigen Friedensregelung vor.

Der offizielle Empfang des Präsidenten Yasser Arafats im Bundeskanzleramt in Wien verlieh der Strategie der Entspannungspolitik auf europäischer Ebene eine tiefere Bedeutung. Bruno Kreisky war sich bewusst, dass es ein notwendiger und heilsamer Schritt war, der Beginn einer neuen Phase, der die Hauptakteure zu mehr Vernunft und Realismus führen würde. Unser gemeinsamer Wunsch war es –warum denn nicht- zu einer revolutionären Versöhnung aller vom Martyrium der Juden und vom Martyrium der Palästinenser betroffenen Völker zu gelangen. In jeder Beziehung war eine solche Kühnheit eine Premiere, die in sich den Keim des darauf folgenden Prozesses trug, der zehn Jahre später mit der Audienz des französischen Präsidenten aufgehen würde, danach mit den Verhandlungen in Oslo und schließlich mit der Zeremonie im Weißen Haus in Washington im September 1993.

In jeder Hinsicht war Bruno Kreisky ein Errichter. Natürlich auf diplomatischer Ebene, aber auch in seiner eigenen Hauptstadt. Zwei Projekte lagen ihm am Herzen: Die Wiener U-Bahn und die UNO-City. Die beiden von ihm als Bundeskanzler lancierten Projekte haben lang Zeit gebraucht, doch er selbst konnte sie als Kanzler im Februar 1978 und im Jänner 1980 eröffnen. Ich, der Wien 1955 kennengelernt hatte, konnte das dynamische Vibrieren, das durch die Stadt ging, spüren und deutlich die städtebauliche Revolution, die Wien wieder die Dimension einer der großen Welthauptstädte gab, erkennen. Für viele Gäste Wiens war die *Uno-City* schlicht die *Bruno-City*.

Zum Abschluss möchte ich noch hinzufügen, dass die Freundschaft Bruno Kreiskys eine bereichernde und herausfordernde Erfahrung war. Wir teilten die gleiche Empfindsamkeit gegenüber den Schwachen, Verletzbaren und den Opfern einer erdrückenden Ordnung; wir teilten die Überzeugung, dass die Gesellschaften allerorts dasselbe Problem der Ungleichheit gegenüber den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erleben; und die Überzeugung, dass innerhalb jeder Gesellschaft die Ordnung der Dinge verändert werden müsse und dementsprechend die Natur der internationalen Beziehungen. Genauso gut kann ich sagen, dass wir dieselben Werte teilten und ohne Zweifel dasselbe Ideal.

Mit Willy Brandt und Olof Palme teilten wir ebenfalls die Überzeugung, dass die Charta der Vereinten Nationen neu gegründet werden müsse und man den Sicherheitsrat zum Verwahrer der hohen Verantwortung für die Sicherheit im weitesten Sinne machen müsse, welche gewiss die Erhaltung des Friedens, aber auch die Sicherheit der Weltwirtschaften beinhaltet, denn letztendlich beruht die Grundlage für Frieden und Stabilität auf dem Zusammenhang zwischen menschlicher Arbeit und der herrschenden Wirtschaftsordnung. Diese am Wiener Institut geführte Überlegung setzte sich im Rahmen der Vereinten Nationen fort, durch die von Senator R.G.A. Jackson durchgeführte *Capacity-Studie zur UN-Reform* und den von Willy Brandt verfassten *Nord-Süd-Bericht*. Diese Berichte, ich kann es Ihnen versichern, haben eine der wichtigsten Aufgaben des Wiener Institutes erfüllt.

Bruno Kreisky ist immer volksnah geblieben. Er liebte es, nach Wiener Tradition, eine Mahlzeit im Volksgarten einzunehmen, wo die Menschen ihn ansprachen und ihn von Angesicht zu Angesicht in Gespräche verwickelten. Ich habe ihn oft bei diesen sympathischen Eskapaden begleitet und konnte dabei seine Beliebtheit bei den jungen Menschen, Frauen wie Männer, erkennen, die einfach an ihn herantraten, um mit ihm bestimmte Punkte zu besprechen oder ihn um ein Autogramm zu bitten. Ich sah, dass dieser direkte und für einen politischen Machthaber belebende Kontakt ihm neue Kraft gab.

Bruno Kreisky war schlussendlich ein Kämpfer. Auf seine Einladung hin begleitete ich ihn zu der entscheidenden Sitzung im Februar 1967, bei der er an die Spitze der Sozialistischen Partei gelangte. Ich hatte seinen Elan und seinen Schwung in diesem ungewissen Moment gesehen, in dem er nach der hohen Verantwortung strebte, obwohl die Wählerschaft eben die Mehrheit den Christdemokraten zugesprochen hatte, und in dem er vor seiner Partei für die Erneuerung des Parteiprogramms, für die Ablöse der Führung und für eine Wahlkampfstrategie eintrat, um just eine verdiente Wiederwahl zu sichern. An jenem Abend hatte er seine Wette gewonnen, es war das Pfand für ein nationales Schicksal. Die Wahlen von 1970 haben die Sozialisten zu Recht an die Regierung gebracht und ihn ins Bundeskanzleramt. Dieser Erfolg hat eine neue Ära für Österreich, für das gesamte Europa und für all jene eingeläutet, die an einen lebendigen Sozialismus glauben, der seine Kraft und Dynamik aus den Gegensätzen der Wirklichkeit zieht.“

## **Panel I: Die Außenpolitik im Kontext des Nord-Süd-Dialogs**

**Elisabeth Röhrlich:** Auch ich möchte Sie nun ganz herzlich hier und heute zu unserer Konferenz *100 Jahre Kreisky - Mythos und Realität* willkommen heißen. In unserem Panel möchten wir uns mit der Außenpolitik Bruno Kreiskys beschäftigen und dabei vor allen Dingen einen Schwerpunkt auf den Nord-Süd-Dialog legen. Kreisky und die Außenpolitik: Das scheint unmittelbar und unauflösbar miteinander verbunden zu sein. Kaum ein Ressort betrieb er so leidenschaftlich und engagiert; und kein politisches Ressort ist national, aber auch international, in der Erinnerung so mit Bruno Kreisky verbunden wie die Außenpolitik. Kreisky verstand es, der österreichischen Außenpolitik neue Themen zu erschließen sowie innovative Ansätze und Methoden für sein außenpolitisches Vorgehen zu finden, die auch international sehr beachtet wurden. Kreisky selbst hat einmal gesagt, er halte von Konventionen nicht viel und das gelte auch für die Außenpolitik. Und diesem Unkonventionellem - wahrscheinlich mitunter auch ein bisschen dem Konventionellen - in Kreiskys Außenpolitik möchten wir heute in unserem Panelgespräch nachgehen.

Wir haben es in den beiden Eröffnungsstatements schon gehört: Der Ort, an dem wir hier sind, ist ideal für ein solches Anliegen. Die Diplomatische Akademie wurde Anfang der 1960er Jahre von Kreisky neu gegründet. Es war zu der Zeit sogar eines seiner politischen Lieblingsprojekte, wie sein konservativer Mitarbeiter im Außenamt, Martin Fuchs, damals notierte. Und auch das Wiener Institut, das diese Veranstaltung heute so phantastisch organisiert hat, geht auf die Initiative Kreiskys zurück. Margit Schmidt, Kreiskys langjährige Mitarbeiterin, hat einmal pointiert gesagt: „Kreisky war ein Gründer.“ Und das sieht man eben auch an diesen beiden Institutionen sehr gut. Kreisky hat es verstanden, neue Themen zu erschließen und Netzwerke zu knüpfen, aber darüber hinaus auch Institutionen zu schaffen, die bis heute Bestand haben.

„Mythos und Realität“ so lautet der Titel der heutigen Veranstaltung, den werden wir auch leitmotivisch über dieses Panel stellen möchten. 100 Jahre Kreisky: Das ist sicher Anlass zur Würdigung und zur Erinnerung, aber auch Anlass zur kritischen Auseinandersetzung.

Zum Ablauf unseres Podiumsgesprächs: Ich werde nun kurz unsere Referentinnen und Referenten vorstellen, die dann jeweils aus ihrer eigenen Perspektive ein kurzes Einstiegsstatement zur Außenpolitik von Bruno Kreisky geben werden. Und dann möchten wir natürlich einige Aspekte vertiefen und in ein Podiumsgespräch überführen sowie gemeinsam diskutieren.

Ich möchte nun damit beginnen, unsere Referentinnen und Referenten vorzustellen: Ganz rechts sitzt Dr. Peter Jankowitsch, der es dankenswerter Weise übernommen hat, die Rede von Ahmed Ben Salah vorzulesen. Peter Jankowitsch hat den Wandel, den die österreichische Außenpolitik unter Bruno Kreisky durchmachte, von Beginn an hautnah miterlebt. Er trat 1957 in das österreichische Außenamt ein, das damals im Übrigen noch kein eigenes Ministerium war, sondern noch dem Bundeskanzleramt unterstellt war. 1964 ging er als junger Diplomat nach Afrika, wo er die erste österreichische Botschaft im frankophonen Afrika, nämlich in Dakar, eröffnete. Er war dann Bürochef von Kreisky während der Oppositionszeit, schließlich Kabinettschef des Bundeskanzlers Kreisky. Weitere Stationen seiner Karriere waren die Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen, bei der OECD in Paris und er war auch Außenminister im Kabinett Vranitzky. Seit langem ist Peter Jankowitsch auch Generalsekretär des Österreichisch-Französischen Zentrums für Annäherung in Europa.

Neben ihm sitzt Dr. Georg Lennkh, ebenfalls ein enger außenpolitischer Mitarbeiter Bruno Kreiskys. Von 1978 bis 1983 war er zuständig für außenpolitische Fragen im Kabinett Kreisky. Georg Lennkh ist ein hervorragender Kenner von Kreiskys Nahost-Politik, aber auch von anderen außenpolitischen Bereichen. Es wurde bereits der Nord-Süd-Gipfel im



mexikanischen Cancún angesprochen, auch hier arbeitete Lennkh an der Vorbereitung maßgeblich mit. Ab 1983 war er österreichischer Botschafter bei der OECD in Paris, von 1993 bis 2004 Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, wo er seit 2005 auch Sonderbeauftragter für Afrika ist.

Zu meiner Linken sitzt Dr. Eva Nowotny, die 1973 ihren Dienst im österreichischen Außenministerium antrat, in einer Zeit also, in der durch den Jom-Kippur-Krieg, die Ölkrise und den zunehmenden Terrorismus der Nahe Osten auch in Europa sehr präsent war - ein Themengebiet, das in Kreiskys Außenpolitik ja einen besonders hohen Stellenwert einnahm. Eva Nowotny war österreichische Botschafterin in Paris, London und Washington und außenpolitische Beraterin von Fred Sinowatz und Franz Vranitzky. Von 1999 bis 2003 war sie Generaldirektorin für europäische Integration und Wirtschaft im Außenministerium und ist seit 2009 Präsidentin der österreichischen UNESCO Kommission.

Ganz links möchte ich unseren Gast aus Deutschland begrüßen: Heidemarie Wieczorek-Zeul, die ihre politische Karriere in der deutschen Sozialdemokratie zu einer Zeit begann, als diese von einem Politiker geprägt war, der ein ganz ähnlich engagierter Außenpolitiker war wie Bruno Kreisky und zudem noch ein sehr enger persönlicher und politischer Freund: Willy Brandt. Von 1974 bis 1977 war sie - als erste Frau übrigens - Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, der Jusos, und von 1979 bis 1987 Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Danach war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Über zehn Jahre lang, von 1998 bis 2009, war Heidemarie Wieczorek-Zeul Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seit den Wahlen von 2009 ist sie Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und SPD-Sprecherin im Unterausschuss für die Vereinten Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung.

Ich möchte allen Vier sehr herzlich danken, dass sie heute hier sind und nun auch das Wort an sie übergeben, beginnend mit Peter Jankowitsch. Vielen Dank!

### ***Peter Jankowitsch: Kreisky und Österreichs Öffnung gegenüber der Welt***

**Peter Jankowitsch:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es erscheint mir sehr passend und zutreffend, dass eine der ersten großen Veranstaltungen, die zu Beginn dieses Jahres dem Leben und dem Wirken Bruno Kreisky's gewidmet sind, gerade im Rahmen einer jener Einrichtungen, nämlich des Wiener Instituts für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, stattfindet, die von allem Anfang an einem der zentralen Elemente seiner Außenpolitik, der Entwicklungspolitik gewidmet war darüber hinaus aber auch der Auseinandersetzung mit dem für seine Zeit, der Zeit Bruno Kreisky's,

ganz neuen Phänomen einer Dritten Welt, die aufgebrochen war, sich ebenbürtig neben andere, traditionellere Machtzentren zu stellen.

Wie sich Kreisky mit diesem Phänomen auseinandergesetzt hat, was die Grundsätze seiner Politik waren, welches seine Wege, welchen Einfluss er damit ausgeübt hat, hat Ahmend Ben Salah in seiner Rede eindrucksvoll dargestellt.

Wenn Kreisky dieses Phänomen in seiner ganzen Bedeutung schon sehr früh erkannte, seine Politik danach ausgerichtet hat, so liegt ein Schlüssel für dieses Verständnis ohne Zweifel in der internationalistischen Ausrichtung der sozialdemokratischen Jugendbewegung, in die er hineingewachsen war und die seinen Blick rasch weit über die Grenzen Österreichs aber auch Europas weiten sollte. Eine durch die raue Luft der Zwischenkriegszeit politisierte und zum politischen Engagement bereite Generation junger Menschen musste sich auch immer wieder mit internationalen, außenpolitischen Fragen auseinandersetzen, in der freilich europäische Themen dominierten, aber auch die außereuropäische Welt immer stärker Aufmerksamkeit erlangte.

So wie andere hat daher wahrscheinlich auch er, das „Flammenzeichen über dem Palais Egmont“ wahrgenommen, wie ein Dokumentarbericht den „Kongress der unterdrückten Völker“ charakterisierte, der schon 1927 in Brüssel einige der bedeutendsten Figuren der Unabhängigkeitsbewegungen späterer Jahre zusammenführte. Er löste eine erste, neue Welle der Solidarität aber auch des Interesses für die kolonialisierten Völker der Dritten Welt aus, die so rasch nicht verebbte und später auch ein Protest gegen den Überfall des japanischen Imperialismus auf China, den Einfall Mussolinis in Äthiopien oder die Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung in Indien oder anderen Teilen des britischen Kolonialimperiums wurde.

Aufgewachsen in einer Tradition der Solidarität mit den Schwachen und Unterdrückten der eigenen Gesellschaft war es daher für seine Generation nicht schwer, diese Solidarität auch mit jenen zu fühlen, denen alter europäischer Kolonialismus und Imperialismus Freiheit und Selbstbestimmung verweigerten. Diese Generation empfand damals und später Befreiungsbewegungen gegen koloniale Imperien daher auch nicht als Bedrohung, als „Gelbe Gefahr“ für Europa sondern als einen natürlichen, ebenbürtigen Verbündeten.

In neue Funktionen in der österreichischen Außenpolitik eingerückt, hat Kreisky in späteren Jahren diese Grundstimmung in seine eigene Politik eingebracht und in konkrete Maßnahmen umgesetzt.

Wie auch in späteren Beiträgen noch zu zeigen sein wird, galt das zuerst einmal für seine Haltung in der Entwicklungszusammenarbeit, die er als eine der vordringlichsten Aufgaben der westlichen Industrieländer betrachtete und von der er auch Österreich nicht ausgenommen sehen wollte. Wichtigste Quelle der Inspiration war dabei für ihn der erfolgreiche Marshallplan der USA, gesehen vor allem als Übung der Solidarität zwischen dem reichen Nordamerika und dem verarmten und kriegszerstörten Europa.

Entwicklungshilfe sollte für ihn, wie er immer wieder in seinen Reden und Vorträgen betonte, auch als eine Art Dankesbezeugung betrachtet werden, die Europa und Österreich für die ihm vom amerikanischen Volk gewährte Hilfe zu leisten hätte.

Zugleich war er aber auch von der neuen und bedeutenden Rolle überzeugt, die den neuen Staaten in Afrika und Asien in der Weltpolitik zukommen werde, ebenso wie den Ländern Südamerikas, die ja lange dazu verurteilt schienen, nur eine Art Hinterhof der USA zu sein.

Auf diese Rolle, die ihm auch in den Vereinten Nationen immer wieder vor Augen geführt wurde, musste die österreichische Außenpolitik, deren Führung ihm dann ja ab 1959 übertragen wurde, konkret reagieren.

So entstand ab den frühen 60er Jahren eine neue Kette österreichischer Vertretungen in Afrika, Asien und Lateinamerika, mit deren Gründung und anfänglicher Führung auch junge Diplomaten betraut wurden.

Mir selbst wurde dabei die Gründung einer ersten österreichischen Botschaft im frankophonen Afrika, nämlich in Dakar, übertragen, die ich zuerst als interimistischer, dann später auch kurz als Ständiger Geschäftsträger zu leiten hatte. Damit konnten erste politische, wirtschaftliche, teils auch kulturelle, Beziehungen nicht nur mit einem so wichtigen und zentralen Land wie dem Senegal sondern auch mit anderen Staaten dieses weiten Raumes wie Mali, Guinea oder Mauretanien eingeleitet werden.

Besonders für Afrika, ein Kontinent, mit dem sich die österreichische Außenpolitik noch nie wirklich beschäftigt hatte, entstand ein eigenes Afrika-Konzept. Es versuchte, auf die Probleme eines Kontinents einzugehen, der damals noch mit Apartheidregimes im südlichen Afrika, mit Überresten europäischer Kolonialreiche und allen Folgen seiner Unterentwicklung zu kämpfen hatte.

Mit diesem Kontinent, ebenso wie mit dem indischen Subkontinent und Lateinamerika, sollten neue Formen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gesucht werden.

Um die Beziehungen Österreichs zu den aufstrebenden Staaten der Dritten Welt noch weiter zu festigen und auszubauen entschloss sich Kreisky später auch noch, Einladungen zu den Gipfelkonferenzen blockfreier Staaten anzunehmen und damit der damals noch weit größeren weltpolitischen Bedeutung dieser Bewegung Rechnung zu tragen. Als erster westeuropäischer Staat erhielt Österreich einen damals neuen Status als „Gast“. In ihm drückte sich wieder das Interesse der Bewegung aus, eine Sonderbeziehung mit einem Land zu begründen, das sich zwar nicht als Teil dieser Bewegung sehen konnte, allerdings vielen ihrer Anliegen verständnisvoll gegenüber stand und dies auch in seiner Politik, etwa in den Vereinten Nationen sichtbar machte.

Österreich hat mit dieser Initiative übrigens auch anderen Staaten, anfänglich vor allem anderen europäischen Neutralen wie Schweden, Finnland und der Schweiz, einen Weg zu den Blockfreien geöffnet und damit die internationale Resonanz der Bewegung verbreitert.

Kreisky sah also für Österreich nicht nur eine europäische Rolle. Außenpolitik war für ihn nicht, wie für viele seiner Nachfolger, vor allem die aus dem konservativen Lager, in erster Linie Nachbarschaftspolitik. Sie sollte auch mit der Übernahme von Verantwortung in den Bereichen der Weltpolitik verbunden sein, einer Weltpolitik von der ja immer wieder Einflüsse und auch Gefahren für Österreich zu erwarten waren.

Erstmals bewarb sich Österreich in der Ära Kreisky daher um einen der nicht-ständigen Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und war dann auch 1973 und 1974 Mitglied dieses höchsten und einflussreichsten Organs der Organisation. Wenn Österreich sich im Sicherheitsrat damals aktiv in Friedensbemühungen für den Nahen Osten einschalten konnte, den Kampf gegen das Apartheidregime in Südafrika unterstützte oder an der Bewältigung anderer Krisenherde mitwirkte, konnten wichtige Grundsätze dieser Außenpolitik sichtbar gemacht werden.

Eine nicht weniger bedeutende Rolle in der Verwirklichung seiner außenpolitischen Konzepte war schließlich auch neuen Einrichtungen und Institutionen zugedacht, die Kreisky zu diesem Zweck ins Leben rief. Eines der ersten darunter war zweifelsohne das Institut, in dessen Rahmen wir uns heute zusammenfinden, das mit seinem ursprünglichen Namen „Wiener Institut für Zusammenarbeit und Entwicklung„ heißen sollte.

Seine Gründung geht von der Grundidee aus, dass die wesentlichsten Elemente einer Politik zur Entwicklung der Dritten Welt nicht von der Ersten (oder der damaligen Zweiten) Welt diktiert sondern das Produkt eines Dialogs zwischen Nord und Süd sein müssen.

Tatsächlich war ein solches Konzept anfangs der 1960er Jahre aber völlig neu und keine der neuen Nationen, auch nicht die größten unter ihnen, hatten in Gremien, in denen über Grundsätze der Entwicklungspolitik beraten wurde, bestimmenden Einfluss oder hatten zu ihnen überhaupt keinen Zugang

Das neue, ja revolutionäre am Wiener Institut war der Umstand, dass hier erstmals aus beiden Teilen der Welt, Nord und Süd Vertreter auf gleicher Augenhöhe, wie man heute sagen würde, Grundsätze der Entwicklungspolitik entwerfen und für ihre Verwirklichung sorgen sollten.

Von allem Anfang an war hier also die Dritte Welt auf teils höchster politischer Ebene vertreten. Die arabische Welt durch Persönlichkeiten wie Ahmed Ben Salah, damals zur Nachfolge in höchste Ämter seiner Heimat vorgesehen, Afrika u.a. durch Tom Mboya, einer Kennedy-artigen Figur aus Kenya, Indien durch persönliche Vertreter Nehru's u.v.a.

Von ihren Konferenzen, beginnend mit einer heute legendären in Salzburg 1962, gingen erste neue Impulse aus, so die dort erstmals erhobene Forderung, einen bestimmten Anteil der Bruttonationalprodukte entwickelter Länder der EZA zu widmen. In Salzburg war, gegenüber der heute angepeilten Zahl von 0,7% sogar an ein ganzes Prozent gedacht. Ebenso hochrangig vertreten war übrigens auch der Norden, etwa durch den späteren deutschen Bundeskanzler Willy Brandt, führende Politiker der Labour Party und der französischen Linken wie Jean Rous oder die Leiter wichtiger UN Organisationen wie des

frühen UNDP oder der FAO. Auch das, was man heute die zivile Gesellschaft nennt, war prominent vertreten, etwa durch den brasilianischen Bischof Helder Camara.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, auch die zahlreicher damals epochemachender Veranstaltungen und Projekte, von denen ein gerader, deutlich erkennbarer Weg zu einigen der großen Nord-Südprojekte späterer Jahre führt, wie der Brandt Kommission oder schließlich der einzigen ausschließlich dem Nord-Süd Dialog gewidmeten Gipfelkonferenz wie der von Cancún.

Es ist daher sicher keine Übertreibung, zu behaupten, dass an der Wiege vieler dieser späteren Versuche, einen wirklichen Nord-Süd Dialog in die Wege zu leiten das Wiener Institut Bruno Kreisky's mit seinen ehrgeizigen, natürlich nicht immer erreichten oder erreichbaren Zielen gestanden ist.

Lassen Sie mich mit einigen allgemeineren, grundsätzlichen Bemerkungen zur Außenpolitik Kreiskys im Nord-Süd Kontext, in einer Welt, die allerdings auch schon damals vielleicht mehr als in Ansätzen der Globalisierung entgegenging, abschließen.

Mit seiner Politik der Öffnung gegenüber der außereuropäischen Welt hat Bruno Kreisky der österreichischen Außenpolitik eine neue Dimension und eine weit größere Sichtbarkeit gegeben. Das war insofern ein radikaler Bruch mit außenpolitischen Traditionen und Verhaltensmustern als Österreich, auch in seinen Tagen als europäische, jedenfalls aber als mitteleuropäische Großmacht in Wirklichkeit immer nur ein Binnenstaat mit lediglich kontinentalen Interessen war. Von diesen Verhaltensmustern abzugehen war in der Welt nach 1945 mit ihren sich rasch entwickelnden neuen Kraftzentren eine unbedingte Notwendigkeit, gerade für einen Staat wie Österreich, der sich für eine außenpolitische Existenz außerhalb der großen Bündnissysteme entschlossen hatte und daher die Gefahr einer Isolation vermeiden musste.

Kreisky hat dieser neuen Außenpolitik aber auch Inhalte und Richtung gegeben und damit ein teilweise noch bis in die heutige Zeit wirkendes positives Erscheinungsbild Österreichs geschaffen.

Dieser Inhalt und diese Richtung lassen sich vielleicht am besten an seiner Nahostpolitik ablesen, in der fast alle ihre Grundsätze –Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, unbedingter Vorrang der Politik vor der Gewalt und unablässige Suche des Dialogs, klarer als irgend anderswo zum Ausdruck kommen

Viele dieser Grundsätze behalten auch für die heutige Zeit ihre Gültigkeit und haben daher auch in der Außenpolitik eines Landes Platz, das seinen Weg durch die ganz andere politische Landschaft des 21.Jahrhunderts finden muss.

Das, so glaube ich, bleibt von der Politik Bruno Kreiskys, die damit jedenfalls viel mehr war, als die zeitbedingte Antwort auf zeitbedingte Fragen.

## **Georg Lennkh: Kreiskys Entwicklungshilfe und die Konferenz von Cancún**

**Georg Lennkh:** Ich möchte mich sehr viel stärker eingrenzen, im Wesentlichen auf ein Ereignis: Die legendäre Cancún-Konferenz. Am Anfang möchte ich etwas sagen, das gegen die herrschende Meinung steht. Nein, es ist in der Cancún-Konferenz ganz sicher nicht um den Marshallplan gegangen und auch ganz sicher nicht darum, dass dieser jetzt beschlossen oder nicht beschlossen werden konnte. Es ist um die Nord-Süd-Verhandlungen gegangen, das war das Thema, alles andere war wie man so sagt Verbrämung.

Der Kontext wurde schon erwähnt – das Nord-Süd-Verhältnis nach der Dekolonisierung, viele neue UN-Mitglieder, ein zunehmendes und, gerade bei Kreisky, geschärftes Bewusstsein einer ungleichen Verteilung von Macht und Ressourcen, der Diskurs über eine NIWO (Neue Internationale Wirtschaftsordnung, Anm.), die Energiekrise 1973/74, ein Schock für uns alle. Die Blockfreien forderten in Havanna 1979 globale Verhandlungen, mit der Absicht einer Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, an denen alle teilnehmen und alle Fragen behandelt werden sollten. Cancún war dann tatsächlich eine der ungewöhnlichsten Konferenzen. Offiziell wurde sie ja nicht als Konferenz oder Gipfel, sondern als „Internationales Treffen für Zusammenarbeit und Entwicklung“ bezeichnet. Es war der erste und letztlich der einzige Nord-Süd-Gipfel, den es gegeben hat.

Doch wie ist diese Gipfelidee entstanden? Es war der Brandt-Bericht (der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“, Anm.), der sich mit dieser Nord-Süd-Problematik beschäftigte. Das war die erste große derartige Kommission, die es gegeben hat. Sie beruhte auf einem Vorschlag des damaligen Weltbankpräsidenten Robert S. McNamara, den Willy Brandt dann angenommen hat. Die Kommission hat zwei Jahre lang gearbeitet, organisierte zehn Tagungen und am Ende war dann, unter anderem, die Rede von einem Gipfeltreffen. Es wird schon hier darauf Wert gelegt, das nicht als einen Gegensatz zu den globalen Verhandlungen zu sehen, sondern eher als einen Schritt dazu. Im Bericht ist zu lesen, dass

*„ein solcher Prozess durch einen begrenzten Gipfel von Regierungschefs von Nord und Süd in Gang gesetzt werden [kann]. Dabei muss die Teilnehmerzahl klein sein, um Fortschritte zu ermöglichen, jedoch groß genug, um repräsentativ und glaubwürdig zu wirken; und: ein solcher Gipfel kann nicht verhandeln.“*

Das war also der Ausgangspunkt und die Frage nach der Anzahl der Teilnehmer hat den ganzen Vorbereitungsprozess begleitet. Man muss sagen, dass Kreisky zunächst skeptisch gegenüber der Abhaltung eines solchen Gipfels war und zwar aus einem Grund, den wir alle gut kennen: Kleinere Staaten wissen, dass sie nicht immer zu solchen kleineren Veranstaltungen eingeladen werden und daher haben wir das große Gremium der Vereinten Nationen lieber. Kreisky hat sich dann aber doch von Willy Brandt davon überzeugen lassen, dass ein Gipfel ein notwendiger Schritt wäre. Schon im April 1980 kam es in Klessheim (bei Salzburg) zu einem Treffen von Willy Brandt und Bruno Kreisky mit dem mexikanischen

Außenminister. Der Präsident von Mexiko, José Lopez-Portillo, hatte seine Bereitschaft zu einem Ko-Vorsitz erklärt. In Klessheim sind schon die wesentlichen Linien einer Konferenz skizziert worden: ein Termin möglichst noch vor Sommer 1980. Die US-Teilnahme sei zentral und man solle keine Papiere vorbereiten. Hierzu Kreisky im O-Ton: *„Wenn ich nur zu einer Konferenz fahren soll, bei der ich ein von Beamten ausgearbeitetes Dokument unterschreibe, dann ressortiert das eher zu einer Belebung des internationalen Tourismus, dafür habe ich keine Zeit“*. Kreisky hat auch den Gedanken eingebracht, dass es wichtiger sei, die richtigen Personen, als die Länder, auszuwählen, was dann später auch gewisse Probleme geschaffen hat.

Die TeilnehmerInnenzahl war damals mit etwa 22 bis 25 angedacht, es hat dann zwei Wiener Außenministertreffen zur weiteren Vorbereitung gegeben, bei denen wieder die Teilnehmerfrage die wesentliche war. Es hat sich herausgestellt, dass es, gerade weil es viele Kandidaten gegeben hätte, leichter war, zu sagen, wir bleiben bei den 22 und wir machen keine weitere Auswahl aus den zusätzlichen Kandidaten, um auf 25 zu kommen. Solche Kandidaten wären gewesen Argentinien, Peru, Ägypten, Kenia, Pakistan, Irak, Indonesien, Italien, Australien, Spanien oder Holland. Alle diese hatten auch sehr intensiv für eine Teilnahme interveniert, doch am Ende stand die Entscheidung, bei der ursprünglichen Zahl zu bleiben.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang interessant war, war die Teilnahme der Sowjetunion. Die Sowjetunion wurde zwar eingeladen und sie hatte dann lange hin und her überlegt. Außenminister Andrei Gromyko sei, so sagt man, dagegen gewesen. Breschnew war krank und hat mit einer Entscheidung gezögert. Zum Schluss haben alle gefunden, dass es kein großer Schaden wäre wenn sie nicht kommt. Das zeugt schon auch ein bisschen von den Machtverhältnissen der damaligen Zeit. Bei den erwähnten beiden Vorbereitungskonferenzen waren die ersten Reaktionen auf einen solchen Gipfel sehr gemischt – ja schon in Klessheim waren die Teilnehmer nicht besonders optimistisch gewesen, dass es gelingen würde, diesen Gipfel zustande zu bringen.

Kreisky hat weiter daran festgehalten, dass es ein Gipfel sein sollte, der nicht im formalen Sinn vorbereitet wird. Mexiko hätte lieber einen formalen Vorbereitungsprozess mit der Ausarbeitung von Communiqués und Arbeitspapieren gesehen. Kreisky war sich da einig mit einigen anderen westlichen Ländern. Auch Schmidt hatte bereits aus Bonn hören lassen, Cancún werde übervorbereitet. Schlussendlich - und so bin ich dann zu einer Rolle gekommen - hat man beschlossen, dass es keinen formalen Vorbereitungsprozess geben werde, dass aber werden zwei Sherpas ernannt würde, Jorge Navarrete für den Präsidenten von Mexiko und ich selbst für Bruno Kreisky. Wir sind dann um die Welt gefahren und haben in Einzelgesprächen versucht viele Details zu klären. Die Zielsetzung sei, und das hat Navarrete bei der zweiten Wiener Konferenz dann klar gesagt, ein Impetus zu den globalen

Verhandlungen. So war es geplant. Kreisky neigte zwar eher der Meinung zu, es wäre schon genug, eine Klimaverbesserung in den Nord-Süd-Verhältnissen zu erzielen. Aber er hat auch gemeint, es müsse etwas Konkretes sein und daher wäre der Beginn von Globalverhandlungen wichtig. Und damit komme ich jetzt auf den zentralen Punkt dieses ganzen Prozesses, der für Kreisky eindeutig im Vordergrund stand und der zeigt, wie sehr er Realpolitiker war. Ein solcher Gipfel hätte nur mit einer Teilnahme der Vereinigten Staaten Sinn gemacht. Daher ist für ihn dieser Aspekt vom ersten Augenblick an im Vordergrund gestanden. Er hat, glaube ich, keinen Tag verloren um bereits erste Kontakte hinüber in die Vereinigten Staaten spielen zu lassen. Das Problem war, dass zunächst Präsident Carter eher skeptisch reagiert hat. Dann ist die US-Wahl gekommen, und Reagan ist Präsident geworden: Wir hatten eigentlich gedacht, Reagan werde dennoch ablehnender sein. Das Gegenteil war der Fall, Reagan hat bald erkennen lassen, dass er es für sinnvoll hielt, wenn er zu einer solchen Veranstaltung fahren würde. Es folgte ein ständiges Hin und Her von Nachrichten, von Briefen und Telegrammen - ich möchte ihnen hier gern eine kleine Kostprobe davon geben. Kreisky hat natürlich Reagan geschrieben, der auch geantwortet hat, dann hat Kreisky Indira Gandhi geschrieben und ihr zu ihren Befürchtungen über die amerikanische Haltung folgendes geschrieben:

*„A few days ago, I have received a letter of President Reagan, of which I enclose a copy, accepting the invitation to Cancún. Charging from this letter as well as from other reports with the US administration, I am somewhat less pessimistic with the American attitude than others. But I am of course aware that Algeria is still dissatisfied about the deadlock on the Global Round of Negotiations“.*

Es ging immer wieder um diesen gleichen Punkt, dass nämlich Globalverhandlungen das Ziel seien und ob die USA bereit seien, in diese einzutreten oder nicht. Nach eher positiven – im Sommer 1981 gesandten Signalen – hat sich die Haltung in den Vereinigten Staaten wieder etwas verdüstert, es ist zu Querschüssen gekommen und der Pessimismus ist auch auf der westlichen Seite größer geworden. Ich kann mich erinnern, dass Mitterrand, der frisch gewählte französische Präsident, der Ansicht war, dass Reagan bloßgestellt werden sollte als derjenige, der den Ausgleich zwischen Norden und Süden blockiert.

Kreisky war bis zum letzten Moment optimistisch. Er hat meinte, wenn Reagan komme, dann wird er auch mit einer positiven Ansage kommen. Tragisch war dann, das ist ja uns allen in Erinnerung, dass Kreisky aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte. Ich bin heute noch überzeugt und ich könnte das fast auch nachweisen: wäre Kreisky dort gewesen, wäre Cancún ganz anders verlaufen. Cancún war natürlich ein Fehlschlag, aber oft hängt das auch von einzelnen Personen ab. Der Punkt war, wir haben Recht behalten mit unserer Vorhersage, dass Reagan sich bemühen werde, einigermaßen positiv aufzutreten. Ich zitiere Reagans Schlüsselaussage:



*„We are prepared to carry out the commitment in the Ottawa Summit“, (das waren die G8) „to conduct a more formal dialogue bilaterally, with regional groups, in the United Nations and in Specialized Agencies. We take seriously the commitment at Ottawa to participate in preparations for a mutually acceptable process of global negotiations in circumstances offering the prospect of meaningful progress.“*

Also, da waren schon ein paar Bremsen eingebaut. Aber der Grundtenor war positiv und das war ja auch das Frappierende in Cancún, alle waren völlig ratlos. Die Franzosen wussten nicht, wen sie jetzt bloßstellen könnten.

Das Problem aber war, wie sich bald herausstellte, dass niemand imstande war- und ganz sicher nicht Pierre Trudeau (Premierminister von Kanada, Anm.) der sich viel zu wenig damit beschäftigt hatte - die Situation sofort zu erfassen, Reagans Aussage aufzugreifen und zu sagen, daraus machen wir etwas, daraus können wir einen Konferenzbeschluss in die richtige Richtung erzielen. Die Kanadier haben fast einen Tag lang gebraucht, bis sie sich die Lage analysiert hatten, und damit waren wir schon am Nachmittag des zweiten und letzten Konferenztages. Trudeau ist dann, wie ich mich erinnere, etwas ratlos dort gesessen und hat schlussendlich erklärt, dass wir uns, nicht mehr heraus kommt, eben damit begnügen müssten. Und das lautete so:

*„The Heads of State and Government confirmed the desirability of supporting, at the United Nations, with a sense of urgency, a consensus to launch Global Negotiations on a basis to be mutually agreed and in circumstances offering the prospect of meaningful progress. Some countries insisted that the competence of specialized agencies should not be affected.“*

Also, das war noch um Einiges weniger als die amerikanische Erklärung. Wir, und Kreisky, hatten gemeint, dass die amerikanische Erklärung ein Ausgangspunkt sei und dass da sicher noch etwas Spielraum drinnen wäre um weiter zu gehen, davon bin ich fest überzeugt. Vielleicht noch eine letzte kleine Anekdote zu diesem Konferenzverlauf: Bundesminister Pahr (öst. Außenminister, Anm.) leitete die österreichische Delegation. Wir hatten einen Termin mit Reagan um 9:45 Uhr, um 10.00 Uhr sollte die Konferenz beginnen. Wir waren also dort und haben allgemein geredet, die Amerikaner hatten bis dahin ihre Position noch nicht definiert und ganz sicher auch öffentlich nicht bekannt gegeben. Sie sind dann hinuntergegangen in den Konferenzsaal, es ist 10.00 Uhr, es ist 10:05, es ist 10:10 Uhr, langsam war der Saal voll, alle Delegation waren da, nur eine Delegation hat gefehlt. Die Amerikanische. Um 10:15 Uhr ist allmählich ein Raunen durch die Menge gegangen. Was ist mit den Amerikanern? Sie sind abgereist? Waren die Amerikaner wütend über eine Positionierung der Algerier? Wir haben genau gewusst, dass das nicht stimmt, wir waren ja gerade bei ihm. Und tatsächlich geht um 10:21 die Tür geht auf und die amerikanische Delegation kommt herein. Ich habe nachher mit dem Mitarbeiter Reagans geredet und er hat mir das erzählt: *„Wie ihr dann gegangen seid hat sich Reagan hingesetzt und gefragt, was er denn jetzt da sagen müsse?“* Tatsächlich sind also erst hier die wesentlichen Weichenstellungen erfolgt.

Ein letzter Punkt, bezüglich des Marshallplans. Natürlich hat Österreich dort ein Statement abgegeben in dem der Marshallplan das zentrale Thema war, aber es war kein Verhandlungsthema, es war nie ein Thema in der Vorbereitung und ich will ihnen auch sagen, dass der Marshallplan natürlich ein Anliegen Bruno Kreiskys war, aber vielleicht doch auch in einer anderen Weise als wir es uns manchmal vorgestellt haben. Ich habe hier eine Rede herausgeholt von Kreisky vom Dezember 1961 im Parlament zum Thema „Muss sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen?“ Wir finden hier den Kreisky-Originalton, wie er in einer fast sokratischen Diskursform darüber redet, dass es ja gar nicht die richtige Fragestellung sei. Entwicklungshilfe sei ein wichtiges Anliegen, und dann kommt – und auch das klingt sehr, wie wir ihn kennen – *„Ich möchte einmal in aller Deutlichkeit, in aller Eindeutigkeit, sagen, dass ich glaube, dass Österreich sehr wohl wirtschaftlich in der Lage ist sich an dieser Entwicklungshilfe zu beteiligen, dass Österreich die wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt“*, (das war 1961), *„im Rahmen eines wirtschaftlichen Potentials eine beachtliche Leistung zu erbringen. Eine andere Frage ist, ob wir politisch dazu imstande sind, ob wir die Kraft besitzen, ob wir den Mut besitzen einen Teil unseres Nationaleinkommens für diese Zwecke zu reservieren“*.

Diese Frage stellt sich übrigens heute genauso. Es ist dann eine hoch interessante Passage gekommen. Kreisky sagt: *„Wir haben in den letzten Jahren Reparationszahlungen an die Sowjetunion geleistet in der Höhe von 40 Mio. Dollar ungefähr, etwa eine Milliarde Schilling, das könnten wir genauso gut auch weiter an den Süden zahlen.“*

Das ist genau die Entwicklungsmilliarde, die wir dann 30 Jahre später erreicht haben. Von Kreisky weiß ich, dass er mit Cyrus Vance, dem US-Außenminister, in einem Gespräch den Marshallplan wieder einmal ans Herz gelegt hat. Schauen Sie, so hat er gemeint, ich komme bei uns in Österreich und in unserem Parlament mit solchen Dingen nicht durch. Freiwillig werden wir nicht zahlen. Wir brauchen ein Instrument von außen, das uns zwingt, zu zahlen. Auch das ist heute nicht anders. Danke vielmals.

### ***Eva Nowotny: Was ist von Kreiskys Außenpolitik geblieben?***

**Röhrlich:** Vielen Dank für diese sehr präzisen und plastischen Einblicke am Beispiel Cancún wie Kreiskys Außenpolitik im Detail funktionierte sowie für die Perspektive bis zur Gegenwart. Ich darf an Frau Dr. Nowotny übergeben.

**Eva Nowotny:** Dankeschön. Ich möchte mich bemühen, auch einige andere Akzente in die Diskussion einzubringen, es geht ja auch in der praktischen Außenpolitik um Einiges mehr, als nur um die Entwicklungspolitik und die Nord-Süd-Beziehungen. Ich würde auch gerne versuchen, einen Brückenschlag zu machen, zur Situation in der wir uns heute befinden und zu dem, was sozusagen von Kreiskys Außenpolitik übrig geblieben ist.

Kreisky ist 1983 aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden, es sind seitdem 29 Jahre vergangen, wir haben sechs sehr unterschiedliche Bundesregierungen erlebt. Bundesregierungen, die sich alle auf ihre Art und Weise mit außenpolitischen Fragen auseinander setzen mussten und unter sehr geänderten und unterschiedlichen Umständen Außenpolitik machten. Es gibt einige – meiner Meinung nach grundsätzliche – Änderungen im außenpolitischen und im sicherheitspolitischen Umfeld Österreichs und damit auch in den Parametern, die die österreichische Außenpolitik bestimmen, die heute noch relevant sind, auch für unsere Diskussion. Ich habe 1983 begonnen, für den Bundeskanzler zu arbeiten und bin in dieser Funktion bis 1992 geblieben, bevor ich nach Paris geschickt wurde. In diesen nahezu zehn Jahre hatte sich Europa grundlegend verändert, und wenn Sie sich in Erinnerung rufen, wie das Europa 1983 und wie das Europa 1992 ausgesehen hat, so wird der gigantische Unterschied deutlich. Unmittelbar maßgeblich war hier natürlich der Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftsbereichs, ein Zusammenbruch, den Kreisky als Möglichkeit immer gesehen hat. Ich erinnere an seine große Rede bei der Helsinki-Konferenz 1975, wo er – was damals viel Stirnrunzeln hervorgerufen hat – die Rede mit dem Satz abgeschlossen hat: wir setzen heute also auf Zusammenarbeit und Kooperation, aber der Kampf bleibt aufrecht, und in diesem Kampf werden wir letzten Endes triumphieren. Genau so ist es auch gekommen. Damit in Zusammenhang steht natürlich ein für Österreich unglaublicher Zugewinn an Sicherheit, an Kontaktmöglichkeiten, an Entfaltungsmöglichkeiten, gleichzeitig aber natürlich auch eine Beeinträchtigung der Rolle, die gerade in der Regierungsperiode Kreiskys mit sehr viel Geschick und mit sehr viel Enthusiasmus gespielt wurde: Österreich als eine Art Drehscheibe zwischen Ost und West, als der Staat, in dem die großen Gipfelkonferenzen stattgefunden haben, der Platz der Begegnung. Die österreichische Neutralitätspolitik, die alle Möglichkeiten, die dem Land offenstanden, sehr geschickt ausgenutzt hat, war auch sehr wichtig für das österreichische Selbstbewusstsein und unser politisches Selbstverständnis.

Wichtige Elemente der Ostpolitik, die von Kreisky auch in enger Zusammenarbeit mit Willy Brandt entwickelt und skizziert wurden, sind aber lebendig geblieben und haben sehr nachhaltig gewirkt. Da stand auf der einen Seite die klare Abgrenzung zum Kommunismus, gleichzeitig auf der anderen Seite das Bemühen, durch Wirtschaftsbeziehungen, durch ein sehr konkretes menschenrechtliches Engagement, durch Beharren auf den Helsinki-Standards, durch Kontakte zu den Dissidenten, Verbindungen offen zu halten und sozusagen Breschen und Lücken in die Mauer zu schlagen. Das haben auch die nachfolgenden Regierungen Sinowatz und Vranitzky mit Nachdruck betrieben und das hat sich nach 1989, nach der Wende und den Revolutionen in Osteuropa sehr positiv ausgewirkt, weil auf einmal die Dissidenten, zu denen wir diese Kontakte aufgebaut hatten, in Regierungsfunktionen waren und Regierungsverantwortung getragen haben und wir dadurch

Kontaktmöglichkeiten hatten, um die sich andere Staaten erst langsam bemühen mussten. Botschafter Jankowitsch hat in seinem Statement schon auf die Bedeutung der Kontakte die Kreisky zu der blockfreien Bewegung erschlossen hat hingewiesen. Das war damals ein sensationeller Durchbruch, ein absolutes Novum. Wir wurden von vielen anderen europäischen Staaten beneidet, haben dann viele Nachahmer gefunden und das war von großer Bedeutung für die Durchsetzung von politischen Anliegen für Österreich. Einerseits war es durch die Vielfalt der Kontakte, die sich eröffnet haben, von politischer Bedeutung, aber auch gleichzeitig von praktischer Bedeutung, weil wir dadurch viele Freunde gewannen, die österreichische Anliegen z. B. in den Vereinten Nationen gestützt haben und Österreich halfen, Dinge durchzusetzen. Zum Beispiel als es um den Amtssitz Wien der Vereinten Nationen und die Absiedlung von UN-Einheiten aus New York ging, waren es die Staaten der Blockfreien, die immer dafür gesorgt haben, dass wir die entsprechenden Mehrheiten finden, obwohl auch damals die konkreten Entwicklungshilfeleistungen in Österreich sehr zu wünschen übrig gelassen haben. Von den sehr großzügigen skandinavischen Staaten wurden wir schon so abgekanzelt, also wir Österreicher haben *big mouth, open heart, tight purse*, das war der Slogan. Trotzdem muss man sehen, dass auch in der blockfreien Bewegung eine große Entwicklung stattgefunden hat, ein Bedeutungsverlust, der durch die großen Entwicklungsunterschiede innerhalb der Staatengruppe und auch durch politische Neuorientierungen aufgetreten ist. Heute sitzt z.B. Indien mit den anderen Mächtigen der Welt in der G20, trifft dort also in einer der wichtigsten Konfigurationen Entscheidungen über unser aller Schicksal. Jugoslawien, einst ein führendes Mitglied der Blockfreien, existiert nicht mehr. Ägypten, das ebenfalls eine führende Rolle innerhalb der Blockfreien innehatte, ist heute auch in einer stark veränderten Situation.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, liegt eigentlich auf der Hand: Durch die österreichische Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat sich auch die österreichische Außenpolitik sehr stark verändert. Es ist der Spielraum für eigene außenpolitische Initiativen etwas kleiner geworden, da steht die Einbindung in die gemeinsamen Positionen der Europäischen Union im Vordergrund. Das betrifft auch die aktive österreichische Neutralitätspolitik, die von Kreisky so mit Engagement und Nachdruck betrieben wurde. Ihre Relevanz wird heute zunehmend von Partnern und in der innenpolitischen Diskussion hinterfragt; die Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem verbunden mit konkreten Solidaritätsleistungen ist heute gefragt. Die eigenständige Rolle, die Österreich heute noch spielt, betrifft vor allem das Engagement in Südosteuropa. Politisch und sicherheitspolitisch, ebenso wie im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich, nehmen wir in vielen Aspekten und in vielen Bereichen eine absolut führende Rolle ein, die auch von den europäischen und den transatlantischen Partnern sehr ernst genommen wird und durchaus als positiv eingeschätzt wird.

Damit kommen wir aber zu einem sehr interessanten Punkt der Spekulation: Wie hätte sich z.B. eine österreichische EU-Politik gestaltet, wenn Kreisky noch Regierungschef gewesen wäre? Ich bin davon überzeugt, dass Kreisky, der sich ja immer auch sehr bewusst als Europäer definiert hat und der sehr darauf geachtet hat, dass Österreich auch in den europäischen Organisationen damals schon eine entscheidende und wichtige Rolle einnimmt, sich viel stärker im europäischen Kontext artikuliert hätte, als dies heute der Fall ist. Es ist meines Erachtens die österreichische Politik in der Europäischen Union viel zu sehr defensiv ausgerichtet, wir sind viel zu wenig engagiert in grundsätzlichen Fragen, die die Ausrichtung der Europäischen Union, auch die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union betreffen. Es gibt viele Diskussionen, an denen wir kaum einen Anteil nehmen, wir engagieren uns in Positionen wo wir etwas verhindern können, im Verkehrsbereich, im Universitätszugang. Das sind die Themen, in denen wir sozusagen auftreten, aber eine weiterführende Diskussion, wie – davon bin ich überzeugt – sie Kreisky in die Diskussion eingebracht hätte, findet im Moment nicht statt. Die Tradition der aktiven Mitarbeit in den Vereinten Nationen und die allgemeine Wertschätzung für die internationalen Organisationen ist nach wie vor aufrecht und ist auch in der heutigen Außenpolitik nach wie vor eine Säule der österreichischen Außenpolitik, konzentriert vor allem auf einige Aspekte: Die Weiterentwicklung des Völkerrechts, menschenrechtliche Fragen, die sind auch gerade jetzt in unserer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat aufgetreten. Wir haben eine Resolution durchgebracht, in der es um den Schutz der Zivilbevölkerung in Krisengebieten geht, das sind traditionelle österreichische Anliegen, die bis heute weiter leben.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die Bedeutung, die Kreisky der Ausbildung von Beamten und Diplomaten beigemessen hat. Die Neugründung der Diplomatischen Akademie ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, gleichzeitig aber auch die Gründung der Verwaltungsakademie. Die Erwartung von Leistung und Einsatzbereitschaft auf höchstem Niveau, die von Kreisky nicht einmal gefordert, sondern als selbstverständlich vorausgesetzt wurde ist ein Aspekt, der nicht in Vergessenheit geraten sollte. Wir haben aus gegebenem Anlass viel über die Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungszusammenarbeit gesprochen. Es gibt aber auch andere Gründungen, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden sollten: Das Österreichische Institut für Internationale Politik und die Ansiedlung der IASA sind nur Beispiele. Dieses Bemühen, nicht nur alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten, sondern auch so viele Fenster wie möglich aufzumachen und sozusagen die Welt herein zu holen und Österreich international zu öffnen, das war Kreisky. Ich glaube es war die Meisterleistung der Kreiskyschen Außenpolitik, dass er in seinem Denken immer alle möglichen Konsequenzen und Auswirkungen analysiert hat, sozusagen ununterbrochen an einem großen Gemälde gemalt hat und dass er aber auch in der Lage war, das zu kommunizieren. Er stand nicht nur in einem ständigen Gespräch mit den Partnern in Europa - das Trio Brandt, Kreisky, Palme ist ja

in diesem Zusammenhang legendär - aber auch mit amerikanischen Politikern war er in ständigem Kontakt, nicht nur mit dem amerikanischen Präsidenten, sondern auch mit zahlreichen Senatoren, Kongressabgeordneten, amerikanischen think tanks. Er verstand es auch meisterhaft, dies gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit und in den österreichischen Medien zu erklären und zu vertreten. Rückblickend ist es äußerst bedauerlich, dass und eigentlich unverständlich, dass heute in diesem Land, für das seine Außenbeziehungen so wichtig sind, eigentlich kein wirklicher außenpolitischer Dialog, keine wirkliche außenpolitische Diskussion mehr stattfindet. Ich habe in Kreiskys Memoiren ein Zitat gefunden, wo er selbst darüber spricht, wie er es verstanden hat, ohne jede Verstellung und ohne je gekünstelt zu wirken, Menschen schwierige und komplizierte Inhalte zu vermitteln. Und da schreibt er in seinen Memoiren *„von Jugend auf fühlte ich die Gabe äußerst komplizierte Zusammenhänge, soweit ich sie durchschaute, auch anderen vermitteln zu können. Ich versuchte so zu reden, dass sie für kenntnisreiche Zuhörer keine Zumutung darstellte und dennoch auch für den Stahlarbeiter verständlich war. Es ist für mich faszinierend, wenn ich Widerhall gerade bei denen finde, die es nicht möglich haben zu klatschen, wenn sie etwas nicht verstanden haben.“*

Wir haben bereits Einiges gehört, auch in den Ausführungen von Ben Salah über die Grundausrichtung der Kreisky'schen Nahostpolitik. Ich möchte da noch einen Aspekt hinzufügen: es war zweifellos der Fall, dass Kreisky sich dieses Konflikt- und Krisenherdes besonders angenommen hat, einerseits auf Grund der geographischen Nähe zu Europa und des damit verbundenen Sicherheitsrisikos (Terrorismus), gleichzeitig aber auch aus einer Art moralisch-ethischen Verpflichtung gegenüber diesem Krisenherd. Nicht zuletzt aber auch aus einer Befürchtung - und damit komme ich wieder zurück auf dieses ständige Malen an großen Bildern – die er auch mehrfach artikuliert und kommuniziert hat, dass diese verschiedenen Krisenherde im Nahen Osten, also der israelisch-palästinensische Konflikt, Afghanistan, Iran, alles, was sich da schon sei den Mitsiebzigern, beginnenden Achtzigerjahren zusammengebraut hat, zu einem großen, de facto unlösbaren Krisenherd zusammenwachsen könnte, wenn keine Lösungen angeboten und gefunden werden. Und er hat damit eigentlich vorausgesehen, was heute de facto eingetreten ist. Zwar nicht auf der Ebene der Staaten und der Regierungen, aber doch in den Köpfen von vielen Menschen, z.B. von manchen islamischen Fundamentalisten genauso wie von terroristischen Bewegungen, die heute genau dieses Ziel verfolgen.

Ein letztes Wort und damit ganz kurz zum Thema Entwicklungszusammenarbeit ergänzend zu dem, was Georg Lennkh schon gesagt hat: Kreisky war sich glaube ich bewusst, dass Entwicklungszusammenarbeit auch in Österreich auf relativ schwachen Beinen steht, und dass er sie deshalb in einem starken Ressort verankern musste. Das war der Hintergrund, warum Entwicklungszusammenarbeit ursprünglich im Bundeskanzleramt angesiedelt wurde,

zuerst als eigene Sektion, dann als Staatssekretariat, weil man sich der außenpolitischen Brisanz und der Bedeutung dieses Themas bewusst war. Kreisky konnte aber doch nicht verhindern, dass Entwicklungshilfe auch damals schon von den Partikularinteressen von sehr vielen unterschiedlichen Organisationen „geshanghait“ („to shanghai s.o.“ = gewaltsames Rekrutieren, Anm.) wurde, dass sie aufgesplittert wurde in verschiedene Aktivitäten und dass der koordinierte Zugang nicht wirklich gelungen ist. Es hat sich dann in den Folgejahren herausgestellt, dass die Entwicklungszusammenarbeit als Stiefkind zwischen den verschiedenen Ressorts hin und her geschoben wurde, bis hin zur Ausgliederung des operativen Teils in die Austrian Development Agency (ADA) in Entsprechung einer EU-Richtlinie. Auch hier ist aber der große, gestaltende Entwicklungswurf nicht wirklich gelungen. Wie es heute um die Entwicklungszusammenarbeit bestellt ist, zeigt die Budgetentwicklung: Trotz der in Europa getroffenen Absprache, dass wir bei allen notwendigen Einsparungsmaßnahmen Entwicklungszusammenarbeit nicht kürzen werden, hat Österreich die Entwicklungszusammenarbeit massiv gekürzt. Wir sind als neunt reichstes Land auf internationaler Ebene, als viert reichstes Land in Europa das absolute Schlusslicht im europäischen Vergleich, was Entwicklungshilfeleistungen betrifft. Das ist etwas, das man eigentlich nur als beschämend bezeichnen kann. Danke.

### ***Heidemarie Wieczorek-Zeul: Willy Brandt, Nahostinitiativen und die Sozialistische Internationale***

**Röhrlich:** Vielen Dank, Frau Dr. Nowotny, auch dafür, dass sie den Blick von Nord-Süd zwar beibehalten haben, aber auch auf die veränderten Rahmenbedingungen gerade in der Ost-West-Richtung aufmerksam gemacht haben und auch den Blick auf die Gegenwart gerichtet haben. Ich möchte nun Frau Wieczorek-Zeul bitten.

**Heidemarie Wieczorek-Zeul:** Vielen Dank! Als ich eingeladen worden bin, habe ich überlegt, dass ich Bruno Kreisky, durch die Kontakte die er mit Willy Brandt hatte, selbst gekannt habe. Aber ich habe ihn natürlich mehr in Bezug auf außenpolitische Fragen und nicht aus der konkreten Kenntnis seines Lebens in Österreich kennen können. Ich bitte also insofern um Nachsicht. Ich bin also so gesehen aus politischer und auch aus persönlicher Zuneigung zu ihm gerne hergekommen. Meine Kenntnis, wie gesagt, bezieht sich sehr stark auf die Zeit der Erstellung des Nord-Süd-Berichts von Willy Brandt, also auch die Zeit ab 1976, in der Willy Brandt Vorsitzender, und Bruno Kreisky Vizepräsident der Sozialistischen Internationalen waren. Sie haben sich untereinander auch abgestimmt und viele Initiativen in der Sozialistischen Internationalen vorgebracht – auch in der Frage des Nahen Ostens, aber natürlich auch in Bezug auf die Frage der Konferenz. Und wenn man einmal überlegt, warum der Nord-Süd-Bericht eigentlich – in dem ja viel steht, wenn man es nachliest – wo man sagt, „Wow, das ist ja richtig die Orientierung zum Handeln“, damals nicht in dem Maße

greifen konnte? Es hat sicher mindestens zwei Gründe, vielleicht auch noch viele andere. Einer der Gründe ist, glaube ich, dass sich das internationale Klima im Nachgang zur Invasion Russlands in Afghanistan verhärtet hat. Der andere: In dieser Zeit begann auch eine Phase – wie es bei der Einleitung schon dargestellt wurde – des Vorherrschens von Neoliberalismus, der fast 20, 30 Jahre vorherrschend war. Und ich weiß von Willy Brandt, er hat kurz vor dem Tod von Bruno Kreisky mit ihm gesprochen, und beide haben gesagt es gibt eben solche Phasen in denen es Pendelschläge in der Geschichte gibt. Pendelschläge, die das eine gelingen lassen und manchmal eben erst in einer Phase danach wieder entsprechend Chancen zur Realisierung haben. Und wenn man so will, ist es eigentlich jetzt, Stichwort „Scheitern des neoliberalen Konzepts“, so, dass viele der Punkte, für die Bruno Kreisky und auch Willy Brandt gestanden haben, verwirklichbar sind und verwirklicht werden. Deshalb sehen sie es mir bitte nach, wenn ich hier nicht diplomatisch bin, sondern das rede was ich denke, was eigentlich jemand wie Bruno Kreisky wollte und für richtig hielt.

Ich will nun drei Punkte ansprechen, ausgehend davon, dass Bruno Kreisky mit Willy Brandt und auch im alleinigen Vorgehen kühne Vorstöße zu internationalen Problemen unternommen haben und zwar ohne Tabus. Natürlich war die Situation damals anders, das ist ja jetzt schon in dieser Darstellung deutlich geworden. Das Verhältnis Nord-Süd war ein anderes; wir haben heute eine viel stärkere Ausdifferenzierung zwischen Schwellenländern, die obwohl im Inneren noch mit großer Armut versehen, trotzdem eine globale Rolle spielen. Das ist eine völlig neue Situation. Wir haben das Abdrängen der ärmsten Entwicklungsländer und die Ost-West-Konfrontation ist entsprechend gefallen. Wir haben aber übrigens auch, und da muss auch dran erinnert werden, die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs). Ich konnte im Jahr 2000 noch dazu beitragen, damals mit Gerhard Schröder zusammen, dass die von den Vereinten Nationen beschlossen worden sind. Diese setzen ja auch entsprechende Ziele: Die sagen es geht darum, die Armut global zurück zu drängen und Bildung und Gesundheit weltweit voranzubringen. Und deshalb meine ich, wenn man überlegt, Stichwort Marshallplan, ob man das jetzt Marshallplan nennt oder nicht, ist es immer noch so, dass heute 1,4 Milliarden Arme weltweit leben und dass sie in der Finanzkrise noch zurückgefallen sind. Und eigentlich geht es heute um einen Marshallplan in ganz anderer Form. Jede/r weiß, dass wir eigentlich bis zum Jahr 2050 eine industrielle Revolution brauchen, für eine Veränderung weg von CO<sup>2</sup> Emissionen hin zu Nachhaltigkeit und erneuerbarer Energie. Und ich bin sicher, ob er das so nennen würde oder nicht, Bruno Kreisky würde sagen wir brauchen einen „Global Green Deal“, der dazu beiträgt, dass in den Entwicklungsländern auch tatsächlich die Infrastruktur geschaffen wird, damit diese ihr Wachstum mit nicht-schädlicher Energie voran bringen können. Also auch ein hochaktueller Punkt, der im Übrigen auch im eigenen Interesse ist, das hat er ja durchaus auch immer entsprechend gesehen.



Zum zweiten Punkt. Ich habe es sehr bewundert, dass Willy Brandt und Bruno Kreisky damals den Nahostdialog vorangetrieben haben, dass sie das Treffen mit Arafat hatten und dass Österreich 1980 das erste westliche Land war, das die PLO offiziell anerkannt hat. Ich habe vieles noch mal nachgelesen, was Bruno Kreisky eigentlich bewogen hat, sich in diesen Fragen zu engagieren. Und man muss doch sagen, dass nach vielen Jahren und Jahrzehnten verpasster und verschobener Gelegenheiten die Gefahr sehr groß ist, dass aus der Zweistaatenlösung nie mehr etwas wird. Und deshalb ist meine Auffassung, dass wir Europäer es ähnlich wie manche lateinamerikanischen Länder, z. B. Argentinien und Brasilien, machen sollten, die nicht abwarten wie sich in USA oder die Welt anderswo entscheidet, sondern vorangehen und, natürlich mit europäischer Unterstützung, die Anerkennung eines eigenständigen Staates Palästina beschließen bzw. vorantreiben sollten. Das hätte zur Konsequenz, dass in der UN eine große Mehrheit von Staaten diese Anerkennung unterstützen würde, das hätte wieder diplomatische Vertretungen in Ramallah zur Konsequenz, bilaterale Verträge und vor allen Dingen Druck auf Israels Siedlungspolitik, die jeden Frieden und jede Zweistaatenregelung zunichte zu machen droht. Also das finde ich, wäre ein zweiter Punkt, wo man sagen kann, wir brauchen mehr Mut, mehr Engagement in diesem Bereich und einen kühnen Vorstoß zur Anerkennung in den internationalen Beziehungen. Warum sollen wir warten bis irgendwer diese Regelungen für einen wirklichen Friedensvertrag erarbeitet? Wir wissen, was auf der Tagesordnung steht: Es geht um die Flüchtlingsfrage, es geht um die Frage des Gaza-Streifens, es geht um die Frage nach den Möglichkeiten der wirtschaftlichen Unterstützung. Da könnten doch eigentlich diejenigen in der Europäischen Union, die vorangehen wollen, ein Stück vordenken und nicht immer warten, warten, warten. Also ich bin überzeugte Europäerin. Ich war wie gesagt acht Jahre im ersten direkt gewählten Parlament mit Willy Brandt zusammen, ich war und bin für den Euro. Aber ich bin auch dafür, dass die Europäer ihre eigene Verantwortung stärker wahrnehmen und nicht sozusagen den kleinsten gemeinsamen Nenner in allen Fragen suchen, das ist der großen Idee Europas wirklich nicht angemessen.

Jetzt der dritte Punkt. Wenn man sich damit noch mal historisch beschäftigt, hat es ja zuerst einmal die „kleine Internationale“ gegeben, also Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky. Sie hat sich dann in Richtung Sozialistische Internationale mit breiter Unterstützung in Lateinamerika und Afrika entwickelt. Heute ist diese Situation natürlich völlig anders. Aber ich muss sagen - und ich bin Sozialdemokratin und bekennende Reformistin - dass die G 20 nicht der Weisheit letzter Schluss sind und für Sozialdemokraten geht es vor allen Dingen auch darum, globale Beziehungen zu schaffen, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) mit Leben zu erfüllen. Das sage ich meiner Partei im Übrigen auch, und nicht nur hier. Entweder es stimmt, dass wir in der Globalisierung gemeinsam politisch, sozial, ökologisch und ökonomisch gestalten müssen, dann müssen wir aber auch die Voraussetzungen organisatorischer Art schaffen, also SPE. Es gibt das sog. „Global Progressive Forum“, das

sind weltweit sozialistische Parteien, sozialdemokratische Parteien, NGOs, also vieles, was Bruno Kreisky eigentlich auch zusammengebracht hat. Wir können doch die Globalisierung im 21. Jahrhundert nicht dem Selbstlauf überlassen und das, nachdem der Neoliberalismus so versagt hat und so gescheitert ist. Also der Pendelschlag erfordert meinem Erachten nach auch, dass etwas verwirklicht wird, was wir in unserem Grundsatzprogramm als SPD haben. Nämlich, dass wir so etwas wie einen „Global Council for Economic and Social Polycys“ auf höchstrangiger Ebene schaffen, also ein bisschen Cancún, aber natürlich in einer ganz anderen Form. Sonst wird die Ökonomie die Welt gestalten, sonst werden Hass, Wut, Aggression gesteigert werden. Das ist die Herausforderung von heute.

### ***Kreiskys Außenpolitik: Zwischen globaler Weitsicht und großer Bescheidenheit***

**Röhrlich:** Vielen Dank, Frau Wieczorek-Zeul. Vom Mythos Bruno Kreisky sind wir ja ganz offensichtlich wieder in der Realität gelandet. Ich bin froh, dass wir in den Vorträgen wirklich einen Bogen geschlagen haben, von der ganz konkreten Praxis von Bruno Kreiskys außenpolitischem Wirken, bis hin zu den Perspektiven für die Gegenwart. Diesen Bogen möchte ich auch gern aufnehmen und zunächst noch einmal auf Kreisky selbst und sein außenpolitisches Wirken eingehen. Dann möchte ich aber auch gerne an die spannende Frage anknüpfen, was von Kreisky heute noch bleibt und wie er in der heutigen Politik vorgehen würde.

Zu Beginn aber kommen wir vielleicht noch mal zu den Arbeitsweisen Bruno Kreiskys. Es ist gerade in den ersten beiden Vorträgen von Herrn Lennkh und Herrn Jankowitsch sehr deutlich geworden, wie sehr Kreisky den Dialog suchte, wie sehr er sich auch teils ungewöhnliche Partner für seine Politik suchte - Ahmed Ben Salah kann ja leider heute nicht hier sein. Auch in der Nahostpolitik, die angesprochen wurde, zeigte sich immer wieder, wie sehr es Kreisky wirklich um den persönlichen Austausch ging, von dem seine Außenpolitik lebte. Und ich würde Herrn Jankowitsch nun bitten, uns das vielleicht noch mal etwas zu präzisieren und zu beschreiben. Wie ging Kreisky dabei vor? Wie fand er seine Partner und wie gewann er ihr Vertrauen?

**Jankowitsch:** Zu Kreiskys Außenpolitik muss man sagen, dass er bei aller globalen Weitsicht von einer sehr großen Bescheidenheit gekennzeichnet war. Vor allem in seiner Zeit als Bundeskanzler sind ununterbrochen Vermittler aus aller Welt zu ihm gekommen und haben gesagt, „bitte, Herr Bundeskanzler Kreisky, können sie sich nicht um dieses Problem in Lateinamerika oder in Südostasien kümmern?“. Und er hat gesagt, „bitte, von diesen Dingen verstehe ich nichts. Ich übernehme nur Dinge, wo ich wirklich Kenntnisse habe, Wissen und Kontakte“. Dazu gehörte natürlich in erster Linie der Nahe Osten. Es wurde ja schon von

Heidi Wieczorek-Zeul erwähnt, dass es innerhalb der Sozialistischen Internationalen eine Arbeitsteilung gab. Kreisky kümmerte sich um den Nahen Osten, Olof Palme war z.B. sehr im Kampf gegen die Apartheid engagiert, Willy Brandt der große Abrüstungspolitiker. Also es gab hier eine sehr klare Aufgabenteilung und für Kreisky war natürlich die Nahostpolitik und die Beschäftigung damit von großer Bedeutung. Das, was ja immer wieder behauptet wird, nämlich dass es war sein Altershobby, seine Privatpassion war, das ist der größte Unsinn, den man sich vorstellen kann. Denn wenn man zurückgeht in der österreichischen Geschichte, so hat sogar die Monarchie, die in Wirklichkeit in vieler Hinsicht ein Binnenstaat war und sich hauptsächlich um kontinentale Probleme gekümmert hat, eine Nahostpolitik gehabt. Diese hat damals anders geheißen, damals ging es um die Türkei und um den Orient. Die einzige große Auslandsreise, die der Kaiser Franz Joseph je unternommen hat, war zur Eröffnung des Suez-Kanals. Also, wenn man will, kann man auch hier geschichtliche Anknüpfungspunkte finden. Es war natürlich auch durch die geographische Nähe gegeben, dass es hier notwendig war, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Kreiskys Bild des Nahen Ostens hat sich auch über die Jahre langsam entwickelt. Er hat ja ganz zu Beginn, als Staatssekretär und auch in seiner Zeit als Oppositionsführer, weitgehend diese damals noch sehr weit verbreitete Meinung vertreten, dass es im Nahen Osten eigentlich um den Abwehrkampf einer kleinen bedrängten Demokratie gegen arabischen Feudalismus und gegen die Gefahr geht, dass die Juden ins Meer geworfen werden. Die Sicht der Dinge hat sich gehalten bis zum „Sechs Tage Krieg“ 1967. Hier hat sich zum ersten Mal gezeigt, dass es um etwas ganz anderes geht, dass sich hier schon seit langem ein Gleichgewicht der Mächte herausgestellt hat und dass sich hier ein tief sitzender internationaler Konflikt entwickelt hat, dessen Quelle aber niemandem klar war. Wenn man die Resolution 242 der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates liest, die bis heute bis zu einem gewissen Grad ein „blueprint“ (Schablone, Anm.) für die Regelung des Nahostproblems ist, liest man kein Wort von den Palästinensern. Da steht nur drinnen, es sollen alle Staaten in „secure and recognized boundaries“ leben. Kein Wort von den Palästinensern. Da steht nur etwas von dem Problem der Flüchtlinge. Hinter dieser ganzen Fassade hat Kreisky versucht herauszufinden, was wirklich hinter diesem Konflikt steht und was ihn ausgelöst hat? Was ist hier wirklich der Grund? Hier begann dann diese berühmten Serie von Nahostreisen, wo sich dann allmählich Kontakte mit Führern der arabischen Welt dann auch mit Arafat ergaben, aber auch mit anderen Führern der palästinensischen Bewegung. Hier hat sich schön langsam aus vielen Kontakten dieses Bild des Nahen Ostens aufgebaut und daraus sind die Wurzeln seiner Politik erwachsen.

### ***„Kreisky war Österreich“ – Patriotismus und internationale Anerkennung***

**Röhrlich:** Vielen Dank, Herr Jankowitsch. Wir haben jetzt viel gehört über die Nahostpolitik Bruno Kreiskys, die ja auch international sehr beachtet wurde. Ich würde gerne Frau

Wieczorek-Zeul fragen, wie sie Österreich in dieser Zeit von außen erlebt hat oder wie Österreich und Kreisky, auch in anderen Ländern, durch diese Initiativen wahrgenommen wurde?

**Wieczorek-Zeul:** Ich habe das vorhin ja mit angesprochen, es ging eigentlich immer um die Frage – auch wenn er sicher nicht von Globalisierung gesprochen hat, der Begriff war ja noch gar nicht geboren – dieser globalen Verantwortung. So wie ich ihn erlebt habe, in der Diskussion mit Willy Brandt zum Beispiel, waren das sehr stark diese Themen der Nord-Süd-Beziehungen und das Anerkenntnis gegenüber den Gesprächspartnern auf gleicher Augenhöhe vertreten zu sein und anerkannt zu sein. Und Kreisky war Österreich, wenn ich das so sagen darf. Die Anerkennung, die für ihn galt, hat natürlich auch dem Land insgesamt gegolten. Insofern denke ich, dass er breite Unterstützung hatte und ich hoffe, dass auch dieser Anlass des 100. Geburtstages dazu führt, dass auch in den internationalen Beziehungen viele der Aspekte wieder aufkommen. Denn es gibt ja ein Hauptprinzip, das ja auch die Entspannungspolitik geprägt hat, dass doch die wenigsten Probleme der Welt militärisch entschieden werden können. Jedenfalls die meisten globalen Probleme vor denen wir stehen, sind nicht militärisch zu lösen. Und mit Diplomatie, mit Kontakten, mit dem Dialog, mit dem Gespräch auch mit dem angeblichen Feind den Dialog aufrecht zu erhalten – das ist etwas verschüttet in den internationalen Beziehungen. Ich finde, es wäre wichtig, wenn man diesen Aspekt wieder zurückbringen könnte. Es kann sich jeder ausrechnen, was das z. B. im Nahen Osten heißt. Zu meiner Jusos-Zeit haben wir uns in den 70iger Jahren für die Anerkennung der PLO ausgesprochen. Ich habe viele Kontakte mit der PLO und der Fatah gehabt, die gesagt haben, spricht mit uns, diskutiert mit uns politisch, nach uns kommt die Religion, in Führungszeichen, also Stichwort Hamas. Das weiß auch jeder, was das heute natürlich bedeuten würde, aber es braucht auch jemanden, der ohne Tabus die Probleme regelt. So, wie es bisher ist, kann es nicht weitergehen. Das ist eigentlich die Erkenntnis, die jeder hat, aber keiner hat den Mumm zu sagen, dass wir die und die Initiative jetzt unternehmen.

**Röhrlich:** Ich möchte gerne das sehr schöne Wort „Kreisky war Österreich“ aufnehmen. Mir geht es ähnlich: Wie man unschwer hört, komme auch ich aus Deutschland. Und einer der wenigen österreichischen Politiker, die ich - bevor ich nach Österreich kam - kannte, war eben Bruno Kreisky.

Aber „Kreisky war Österreich“, das gilt ja ganz konkret auch für seine Außenpolitik, wenn man z.B. bei der Nahostpolitik bleibt. Große Nahostinitiativen wurden ja auch in Wien vollzogen oder fanden hier statt. Wir haben heute schon von Wien als Begegnungsort und Drehscheibe der Weltpolitik gehört. Was war das Patriotische an Kreiskys Außenpolitik oder gab es da überhaupt etwas Patriotisches dran?

**Lennkh:** Wenn Kreisky Österreich war, dann war eben das schon das Patriotische. Wir können uns an den Wahlkampf Klaus gegen Kreisky erinnern, „ein echter Österreicher“, so hat sich Klaus damals gesehen. Dann kam Kreisky und es wurde ja immer wieder die Frage gestellt, ja was bringt das (die außenpolitischen Initiativen, Anm.) jetzt den einzelnen Leuten? Eine Anekdote, die in hundert Varianten vorgekommen ist - Margit Schmidt weiß das viel besser. Viele Leute haben Kreisky in etwa geschrieben: „Wir waren gerade auf einer Reise in Syrien, oder in Zypern und da ist unser Auto ist zusammengebrochen. Wir haben um Hilfe gebeten und wurden gefragt woher wir kämen: „Aus Österreich.“ „Ah, Österreich – Kreisky, ja selbstverständlich helfen wir Euch!“ Hier kam es also oft zu Sympathiekundgebungen Österreicher haben das immer wieder dem Bundeskanzler geschrieben. Österreichs Ansehen sei im Ausland gerade durch ihn gestiegen und daraus hätten sie nicht nur einen Vorteil gezogen, sondern hatten eben auch Grund, stolz darauf zu sein, aus Österreich zu kommen. Ich halte das schon eine für eine sehr beachtliche Sache. Ich würde einen zweiten Punkt hinzufügen, und zwar fast ein Gegenargument, das aber auch wieder Kreiskys außenpolitische Ausstrahlung darlegt, die Österreich später bisweilen in Schwierigkeiten gebracht hat. Kreisky hatte es verstanden, Österreich so sehr in den Mittelpunkt der internationalen Politik hineinzuspielen, dass es notwendiger Weise anderen Ländern ein Dorn im Auge wurde. Gerade Cancun war ja ein gutes Beispiel dafür. Das hatte zur Folge, dass man uns das später „heimzahlen“ wollte. So wurde uns in meiner Zeit als Botschafter bei der ESA in Paris ein Protokoll aus einer Sitzung zugespielt worden, wo sich gerade die kleinen Länder über die österreichische Art beschwerten immer die Rosinen aus dem Kuchen herauszupicken und wie im Anlassfall für den Beitritt zur ESA nicht zahlen zu wollen. Das hatte natürlich nicht nur mit Kreisky zu tun, sondern auch mit dem lange geübten Habitus Österreichs, bei eingeforderten Beitragszahlungen für uns Ausnahmegründe zu finden.

**Röhrlich:** Peter Jankowitsch hat vorhin auf die historischen Kontinuitäten in der Außenpolitik Österreichs, auch zur Habsburgermonarchie, hingewiesen. Das sind ja Anklänge, die Kreisky selbst auch immer wieder bewusst gesucht hat und zu nutzen verstanden hat, z.B. bei der Neugründung der Diplomatischen Akademie. Zugleich hat er aber auch entscheidend dazu beigetragen, die österreichische Außenpolitik institutionell zu modernisieren. Auch dafür spricht die Diplomatische Akademie oder die Tatsache, dass Kreisky es war, der mit Übernahme des Außenministerpostens darauf bestanden hat, das Außenamt aus dem Bundeskanzleramt herauszulösen und zu einem eigenen Ministerium zu machen. Frau Nowotny, ich würde Sie gerne fragen, wie Sie diese institutionellen Änderungen bewerten, die Kreisky in der österreichischen Außenpolitik bis heute hinterlassen hat.

**Nowotny:** Die Neugründung der Diplomatischen Akademie hat sicherlich sehr zu einer Professionalisierung des Dienstes und zu einer Anhebung des Niveaus der österreichischen

Diplomaten beigetragen. Sie wurden sprachlich besser ausgebildet, sie kamen von einem anderen Hintergrund. Es war Kreisky, der das Außenministerium aus einer Sektion des Bundeskanzleramtes als eigenes Ministerium herausgelöst hat. Darüber zu reden, wie sich das ausgewirkt hat, wäre wahrscheinlich eine eigene, abendfüllende Diskussion. Ich glaube auch hier, dass das zu dem Aspekt der vielen Änderungen gehört, die ich schon versucht habe in meinem Einleitungsstatement anzusprechen. Außenpolitik spielt heute auf einem ganz anderen Niveau, als sie noch vor 40 oder 50 Jahren gespielt hat. Heute hat jedes Ministerium seine außenpolitischen Kontakte, Organisationen haben außenpolitische Kontakte. Es hat sich das ganze Feld der außenpolitischen Beziehungen, der internationalen Beziehungen so aufgefächert, dass sozusagen der Primat der Außenpolitik, der in einer Hand voll kompetenten Wissenden verankert ist, heute nicht mehr so stattfindet. Außenpolitik hat sich demokratisiert, hat sich sehr verbreitert und das ist eine Entwicklung, der wir natürlich auch im Außenministerium Rechnung tragen mussten. Eine österreichische Botschaft heute sieht sich als eine Art Dienstleistungsunternehmen, das für den Staat in seiner Gesamtheit da ist, die Interessen von allen Ministerien bis hin zu Unternehmen oder Organisationen zu vertreten hat und nicht mehr allein auf das Außenministerium zielgerichtet ist. Insofern ist es ein bisschen eine akademische Frage, die einfach durch die Entwicklung in der Realität überholt wurde.

## **Publikumsdiskussion I**

**Röhrlich:** Ich bekomme vom Podium den Hinweis, dass die Zeit drängt und ich denke - da es zu einigen Äußerungen auch so viel Feedback aus dem Publikum gegeben hat - dass es ganz bestimmt eine spannende Diskussion geben wird. Deshalb werden wir nun an das Publikum übergeben.

**Botschafter Bauer:** Ich glaube eine Dimension der Kreisky'schen Außenpolitik ist ein bisschen zu kurz gekommen. Es ist gefragt worden, was das den Menschen gebracht hat. Schauen wir uns das einmal an. Zuerst einmal hat Kreisky ja einen Band seiner Memoiren benannt „Der Mensch im Mittelpunkt“. Das hat er ernst gemeint. Ich habe Kreisky jahrelang auf seinen Ausflügen in die kommunistische Welt begleitet und war selbst auch Botschafter in der kommunistischen Welt. Er hat immer wieder versucht Menschen, die dort in Ungnade gekommen sind, zu helfen. Und das mit Erfolg. Und zwar deshalb, weil er nicht sehr groß darüber gesprochen hat, außer er wurde danach gefragt, und dann hat er auch sehr verhaltene Antworten gegeben. Das hat sich so abgespielt, dass Kreisky in einen Oststaat gefahren ist und dann gesagt hat, „ich danke Ihnen vielmals, dass sie diese Härtefälle alle erledigt haben, aber wir haben da noch eine kleine Liste, die wird Ihnen einer meiner Mitarbeiter übergeben und der kann Ihnen das dann auch erklären“. Das hat er auch

gemacht, als er der DDR seinen berühmten Besuch 1978 abgestattet hat. Da hat er ausdrücklich gesagt, „ich wäre hier nicht hergekommen, wenn nicht alle Härtefälle gelöst worden wären“, und dann hat er noch etwas sehr interessantes gesagt: *„Die Menschenrechte sind seit Helsinki eine politische Dimension“*. Das ist etwas sehr Wichtiges. Gleich danach, als er nach Wien kam, hat er einen Stapel von Briefen losgelassen für Österreicher, für Bundesdeutsche und für andere, an Honecker gerichtet, die wurden fast alle erledigt wurden. Das hat er dauernd gemacht. Wenn sie ins Kreisky-Archiv gehen, dann sehen sie nur bei der DDR drei große Boxen „Härtefälle DDR“. Du hast das sehr oft beantworten müssen - ich habe dann intervenieren müssen. Das ist eine der Dimensionen. Die zweite Dimension ist natürlich, dass er sehr geschickt auch die ökonomischen Anliegen der österreichischen Wirtschaft, insbesondere natürlich der verstaatlichten Wirtschaft, aber auch der Privatwirtschaft, sehr stark vertreten hat. Da hat er etwas für die Leute nach Hause gebracht. Er hat auch die Zusammenarbeit österreichischer Firmen mit ausländischen Firmen in Drittstaaten gefördert, d.h. da sind natürlich auch Mittel der Entwicklungshilfe hingeflossen und teilweise haben die Unternehmen daran verdient, so wie sich das gehört. Also ich würde sagen, er hat also mit seiner Politik allen etwas gebracht. Das Feedback seiner Besuche in den kommunistischen Staaten war also erstens einmal, dass Menschen ausreisen konnten, zweitens, dass sie teilweise besser behandelt wurden und drittens hat noch die österreichische Wirtschaft profitiert, was wollen sie eigentlich noch?

**Röhrlich:** Gibt es aus dem Podium direkt dazu Anmerkungen? Weitere Fragen?

**Frage:** Wir Österreicher schätzen unsere Neutralität sehr, auch Kreisky hat sie sehr hoch geschätzt und in allen Dimensionen verteidigt. Was würde Kreisky heute zur schleichenden Demontage unserer Neutralität sagen? Zu dem Kurs der ÖVP, Annäherung an die NATO, etc.?

**Nowotny:** Wir können nicht wissen, was Kreisky heute dazu sagen würde. Grundsätzlich würde ich meinen, dass er natürlich auch Realpolitiker war, der die Entwicklungen immer sehr genau verfolgt hat, der gewusst hat, worauf es ankommt und der auch durchaus in der Lage war, sich auch an neuen Gegebenheiten einmal neu zu positionieren. Ich glaube auch, dass es vielleicht nicht schlecht ist, sich in Erinnerung zu rufen, dass er derjenige war, der sich bei der Einigung über die österreichische Neutralität sehr skeptisch in den Verhandlungen geäußert hat. Es war damals die ÖVP, die für ein rasches Verhandlungsende war, während Kreisky als Staatssekretär gewarnt, und dann letzten Endes darauf beharrt hat, dass wir sozusagen eine Neutralität nach Schweizer Muster etablieren, die eine reine militärische Neutralität ist, uns aber ideologisch nicht bindet. Also insofern glaube ich, dass er angesichts seines doch sehr überzeugten Europäertums wahrscheinlich nicht mit den Entwicklungen in Richtung NATO, wohl aber mit der Entwicklung eines eigenständigen

Europäischen Sicherheitssystem nicht uneinverstanden gewesen wäre. Ich formuliere das sehr zurückhaltend, weil ich mich da auch nicht festlegen möchte und mir das einfach zu spekulativ ist. Aber so, wie ich ihn in Erinnerung habe, sein Denken und wie ich das einschätze, würde ich meinen, dass er einer Entwicklung in Richtung eines Europäischen Sicherheitssystem nicht abgeneigt gewesen wäre.

**Jankowitsch:** Noch eine kleine Bemerkung dazu: Meiner Erfahrung nach war Kreisky sicher kein Neutralitätsfetischist. Er hat sich nicht in die Neutralität vertieft oder gekniet, als eine Ideologie, als eine Art permanente Lebensform des österreichischen Volkes, sondern er hat sie als eine lebendige Einrichtung empfunden. Eine seiner ersten Innovationen war ja, dass er sehr deutlich gesagt hat, dass es eine eigene österreichische Neutralitätsvariante gibt. Was wollte er damit sagen? Er wollte damit sagen, Neutralität ist eigentlich ein anderes Wort für Unabhängigkeit. Neutralität gewährt uns in einer sehr schwierigen weltpolitischen Situation, damals Ost-West-Konflikt, ein hohes Maß an Unabhängigkeit. Und diese absolute Unabhängigkeit hätte er sicher auch in der heutigen Situation weiter gepflegt, ob das jetzt Neutralität heißt oder ganz anders. Er wäre ganz sicher kein Anhänger des NATO-Beitritts gewesen, dazu bekennt sich nicht einmal mehr die ÖVP, weil das in Österreich offenbar nicht mehrheitsfähig ist, aber er hätte sicher diese Autonomie, diese Unabhängigkeit auch eine eigene österreichische Sicherheitspolitik unterstützt. Aber er war sicher auch jemand, der anerkannt hat, dass sich der Inhalt, dass sich die Möglichkeiten dieser Neutralitätspolitik, und es ging ja um Neutralitätspolitik, ununterbrochen ändern und an die heutige Zeit angepasst werden müssen.

**Frage:** Warum wird beim Thema Außenpolitik immer in die Vergangenheit geschaut und von Kreisky geredet während wir uns nicht erklären können, was sich seither verändert hat? Was sind die strukturellen Ursachen? Ist es parteipolitisch, weil es SPÖ und ÖVP nicht mehr gelingt zu einem Konsens zu kommen, den Kreisky noch gesucht hat oder ist es einfach so, dass die Wirtschaft so dominiert? Wie am Balkan, wo die Wirtschaft hineingegangen ist aber die Politik untätig geblieben ist. Wie könnt ihr euch das erklären?

**Jankowitsch:** Zum einen glaube ich, dass was seit Kreisky passiert ist, sehr viel mit dem Beitritt zur Europäischen Union zu tun hat. Der Beitritt zur Europäischen Union war die letzte große Kraftanstrengung der österreichischen Außenpolitik, wo alle Mittel mobilisiert wurden. Sogar ein hohes Maß von Konsens wurde erreicht, der so weit gegangen ist, dass der Busek am Tag der Volksabstimmung die Internationale gesungen hat. Es war ein wirklich unerhörtes Ausmaß von Kraftanstrengung und irgendwie ist nach meiner – sich schön langsam aus der Distanz entwickelnder – Meinung der Eindruck entstanden, „jetzt sind wir in der Europäischen Union, das ist es. Den Rest macht die Europäische Union“. Und dieser Eindruck dürfte immer noch bis in höchste Etagen vorherrschen, „wir sind eh schon in der



Europäischen Union, was brauchen wir noch eine eigene Außenpolitik“. Das ist natürlich ein verhängnisvoller Irrtum, denn der Stellenwert jedes, auch des kleinsten, Mitgliedes der EU hängt natürlich sehr damit zusammen, was es kann, was es bringt, welches Interesse hat es für die Europäische Union. Aber das ist etwas anderes. Darin liegt ein tiefer psychologischer Hintergrund. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Feststellung, dass wir am Balkan nichts gemacht haben, wir haben schon etwas gemacht: Wir haben sehr aktiv beigetragen zur Zerstörung von Jugoslawien. Ob man das jetzt für richtig hält oder nicht. Aber alles, was wir nachher gemacht haben, war eigentlich nur das Zusammenkleben eines Scherbenhaufens, den zum Teil unsere eigene Außenpolitik angerichtet hat, aber darüber können wir ein anderes Mal diskutieren. Wir waren dort, aber nicht in der positivsten Art und Weise.

**Erwin Lanc, Minister i. R.:** Nur kurz zu Kreisky und der Neutralität: Bei den Verhandlungen, die zum Moskauer Memorandum geführt haben, war die treibende Kraft Julius Raab (Bundeskanzler 1953-61, Anm.), dessen Bruder in der Schweiz gelebt hat und der ihm die Neutralität empfohlen hat. Und in der St. Pöltner Robustheit hat er das auch durchgezogen, obwohl sein steirischer Krainer gesagt hat, dass wir in der Neutralität verhungern werden. Neutralität ist deswegen so lange diskutiert worden, gerade in der Sozialdemokratie, weil man gefürchtet hat, dass man die Unterstützung des Westens verlieren würde. Die größte Sorge war da bei Adolf Schärf (Bundespräsident 1957-1965, Anm.). Man hat alles unternommen um rechtzeitig festzustellen, ob das gut gehen kann oder nicht. Da das Risiko minimiert werden konnte, kam es zum Moskauer Memorandum - das ist jetzt eine vereinfachte, aber ich glaube im Wesen richtige Darstellung. Neutralität war für uns nie Neutralismus, das war also etwas, was den Blockfreien, zum Teil zu Recht, zum Teil zu Unrecht angehängt worden ist, also politische Positionslosigkeit. Wir haben immer einen Wertekatalog gehabt und ihn zu befolgen getrachtet, wir wollten uns nur aus Kriegen heraushalten. Natürlich war da das Interesse parallel zu dem damaligen Interesse der Sowjetunion, sonst hätte die Sache nicht geklappt, aber wir sind dann nachher damit gut gefahren. Jetzt ist die Frage, was eine heutige Politik im Sinne Kreiskys mit der jetzigen Situation und unserer Neutralität anfangen würde? Da sage ich schlicht und einfach: Wir sollen uns weiter aus Kriegen heraushalten, die NATO-Option ist in der jetzigen Diskussion über die neue Sicherheitsstruktur, soweit ich weiß, vom Tisch. Bleibt also die Frage, ob aus der EU ein Militärbündnis wird. Wenn es das wird, stehen wir vor der Frage ob wir nicht teilnehmen zu können. Die Verpflichtungen, die jetzt in Lissabon für uns erwachsen, sind versehen mit einem *opting out* und daher ist das kein Problem und das Ganze eine künstliche Aufregung, die von jenen geschürt wird, die glauben, es muss unbedingt noch irgendetwas in Richtung Prinz Eugen mit Österreich geschehen.

**Frage:** Eine Frage an die Wegbegleiter von Kreisky: In Österreich wird es demnächst wieder die Gelegenheit geben, über die Atomkraftpolitik abzustimmen. Wer waren eigentlich die Berater von Kreisky in dieser Angelegenheit und was hat zum Umdenken bei ihm geführt?

**Frage:** Ich habe Kreisky als junger Offizier so erlebt, dass er zwar nicht in Kriege hineinwollte, aber dass er in Krisen hineingegangen ist und dass in Bezug auf Prävention oder Hungereinsätze sogar das für uns so ferne Kongo damals eine Bedeutung für ihn gehabt hat. Das ist auch ein Grund, was wir heute noch am Golan stehen. Meine Frage ist jetzt, warum die Sozialistische Internationale nicht in diesem Bereich tätig ist oder ob nur meine Wahrnehmung zu gering ist? Damals hat man wirklich Initiativen erlebt und jetzt momentan sehe ich keine.

**Jankowitsch:** Ich glaube keiner von uns, der hier sitzt, war in dieser Zeit im Kabinett, also ich war damals in New York, aber der Herr Minister Erwin Lanc kann uns aushelfen.

**Lanc:** Die Atomfrage oder die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke hat die Regierung Kreisky sehr früh beschäftigt. Auf Schloss Rattenstein haben wir eine eigene Tagung gehabt, bei der Carl Friedrich von Weizsäcker (deutscher Physiker, Philosoph und Friedensforscher, Anm.) da war, der amerikanische Ex-Österreicher Victor Frederick Weisskopf (Physiker, Anm.), also lauter Experten im Bereich Atomenergie, ihrer Nutzung, ihrer Gefahren und man ist eigentlich zu keinen Expertenschlussfolgerungen gekommen, die eine Vorlage für eine bestimmte Regierungspolitik gewesen wäre. Auf der anderen Seite hat es aber schon vor Antritt der Regierung Kreisky einen Beschluss der Regierung Klaus gegeben, das Atomkraftwerk Zwentendorf zu bauen. Später dann haben sie sich ja bekanntlich absentiert mit der Ausrede, sie hätten gegen das Atomkraftwerk gestimmt weil der Kreisky so dafür war. Das ist also einer der größten Schmähs, die in der österreichischen Innenpolitik noch immer herumgeistern. Es war dann die Frage, was geschieht mit Zwentendorf? Wird es noch sicherer ausgebaut? Hier gab es technische Überlegungen und Vorgaben, die zum Teil glaube ich, auch ausgeführt worden sind. Dann kam es eben zu dem Beginn der Anti-Atom-Bewegung, in der auch große Teile der Sozialdemokratie, vor allem die Jugend, die Anti-Atom-Bewegung unterstützt haben. Auf der anderen Seite gab es vor allem bei den Gewerkschaften eine beinharte Haltung zum Durchziehen von Zwentendorf. Ich war damals Innenminister und habe Jugendfunktionäre, u.a. Josef Cap, eingeladen zu mir ins Ministerium. Ich habe gesagt, „ihr könnt ruhig dagegen demonstrieren, nur dürft ihr mir nicht aufs Gelände gehen“. Es ist dann ein Sonderzug mit Demonstranten hinausgefahren, begleitet von Gendarmerie ohne Helme und Schilder, die dagegen demonstrieren haben. Kreisky hat also gewusst, dass sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung vor der Anwendung der Atomenergie fürchtet. Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften, die die Arbeitsplätze vertreten und dafür sind, dass Zwentendorf eröffnet wird. Der Ausweg war die

Volksabstimmung und um der Mär zu entgehen, die in manchen Gewerkschaftskreisen kursiert ist, dass er in Wirklichkeit ohnehin nicht die Atomenergie will, hat er dann zum Schluss die Erklärung gegeben, dass er davon seine politische Zukunft abhängig macht. So war es und ich will es nicht weiter kommentieren.

**Röhrlich:** Vielen Dank, Herr Minister Lanc, dass Sie kurzer Hand für das Panel eingesprungen sind. Ich möchte die Frage nach den Auslandseinsätzen und die Frage, ob Kreisky sozusagen die Krise suchte, gerne an Frau Nowotny weiter geben.

**Nowotny:** Ja, wir haben uns an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen eigentlich seit Beginn dieser Operationen immer wieder beteiligt. Sie haben selbst die Operation im Kongo erwähnt, einer der ersten, an der wir teilgenommen haben. Aber wir waren dann an den verschiedenen Einsätzen im Nahen Osten und Zypern aktiv beteiligt. Das ist eine Tradition, die wir bis heute verfolgen und auf die wir sehr stolz sein können. Wir zählen zu einem der stärksten Truppen stellenden Staaten für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen und haben da auch sehr viel Ansehen und Wertschätzung geerntet. Kreisky hat das auch immer sehr bewusst als einen Teil der sog. aktiven Neutralitätspolitik gesehen, dass man durchaus in der Lage ist bei Waffenstillstandüberwachungen, bei Grenzsicherungen und im Krisenmanagement einen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Er war allerdings, das muss man auch dazu sagen, sehr genau mit der Evaluierung der Einsätze. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass er einen Einsatz im Libanon damals sehr stark kritisierte und abgelehnt hat, weil ihm bewusst war, dass das eine sehr gefährliche, prekäre Situation ist, in der auch die Friedenstruppe der Vereinten Nationen unter Umständen gefährdet wird, was ja dann auch später, bei dem nächsten Angriff auf den Libanon, tatsächlich der Fall war. Es war eine Einladung, die damals von den Vereinten Nationen ausgesprochen wurde, die er abgelehnt hat. Er war also sehr genau auch in der Evaluierung der Operationen, an denen er Österreich beteiligt hat. Aber die Tatsache selbst, dass wir immer ein aktives Mitglied dieser Operationen gewesen sind, wurde von ihm durchaus geschätzt und als ein Teil dieser aktiven Neutralitätspolitik gesehen.

Zur Sozialistischen Internationalen ist im Moment nicht sehr viel zu sagen, sie hat an und für sich mit den Friedensoperationen der Vereinten Nationen sehr wenig zu tun. Vorsitzender der Sozialistischen Internationale ist im Moment Premierminister Papandreou und ich würde annehmen, dass er hat im Moment andere Sorgen hat.

## **Panel II: Ökonomische Konzepte und Visionen**

**Eva Pfisterer:** Einen schönen guten Nachmittag meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass die meisten noch ausgeharrt haben nach so vielen Stunden des Zuhörens und Diskutierens. Bei der Wirtschaftspolitik laufen die Leute meistens eher davon. Obwohl das ganz ungerecht ist, da es uns alle betrifft. Wahrscheinlich sogar mehr, als die Außenpolitik damals uns alle betroffen hat. Wir diskutieren jetzt im zweiten Teil mit hochrangigen Experten über die Wirtschaftspolitik von Bruno Kreisky und über seine ökonomischen Konzepte sowie Visionen. Dazu haben wir nicht nur Zeitzeugen, sondern auch Menschen am Podium die diese Wirtschaftspolitik maßgeblich mitgeprägt haben. Dazu begrüßen wir jetzt Prof. Hans Seidel, Dkfm. Ferdinand Lacina, Dr. Helene Schuberth, Dr. Josef Taus und Prof. Kunibert Raffer.

Wenn wir von Kreiskys Wirtschaftspolitik sprechen dann kommt uns immer dieser Begriff des „Austrokeynesianismus“ in den Sinn. Ich will jetzt nicht diesen Streit zwischen Hans Seidel oder Herbert Ostleitner nachvollziehen in dem es darum geht, wer diesen Begriff jetzt wirklich geprägt hat, denn das ist nicht unser Thema heute.

Kreisky sagte, dass der Austrokeynesianismus so viel mit Keynes zu tun hat, wie der Austromarxismus mit Marx. Und wahrscheinlich hatte er Recht, als er eben hier Pragmatiker war. Als Beispiel ist diese ganze antizyklische Politik zu nennen, über die Hans Seidel und Ferdinand Lacina sicher erzählen werden. Die antizyklische Politik ist nicht in den Theorien Keynes zu finden. Daher war es eine pragmatische Politik. Ein Mix aus Einkommens- und Beschäftigungspolitik, Hartwährungspolitik. Es wurde sehr stark Wert auf die Beschäftigungspolitik gelegt, weil Kreisky eben die Erfahrungen der 30iger Jahre hatte, die schwere Depression miterlebt hatte und auch die Arbeitslosigkeit kannte. Die Studie von Maria Hoda „Die Arbeitslosen von Mariental“ kannte er und er legte Wert auf die Beschäftigungspolitik. In den 70iger Jahren hatten wir zwei große Krisen: Die Ölkrise und Anfang der 80iger Jahre: Die große Krise der Kunststoffindustrie.

Ich darf jetzt vielleicht ganz kurz unsere Experten genauer vorstellen. Einige von ihnen haben die Wirtschaftspolitik von Kreisky durchaus mitgeprägt. Als einen der ersten stelle ich zunächst sein Alter vor, Sie sind ja glaube ich, schon 92 Jahre, wenn ich richtig geschaut habe?

**Hans Seidel:** 89, aber auch das genügt!

### ***Hans Seidel: Makropolitik und das Goldene Zeitalter des Kapitalismus***

**Pfisterer:** Danke, dass Sie gekommen sind. Hans Seidel hat Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Welthandel in Wien studiert. Er war 34 Jahre am Wirtschaftsforschungsinstitut und davon sieben Jahre dessen Leiter. Von 1984 bis 1989 führte er das Institut für Höhere Studien. Er war in den 80iger Jahren der österreichische

Vertreter im Economic Policy Committee der „OECD“ und Vorsitzender des Economic Committee der EFTA (European Free Trade Association). Was Kreisky betrifft, waren sie nicht nur die ganze Zeit während ihrer Tätigkeit am Wirtschaftsforschungsinstituts sein Berater, sondern sie waren auch von 1981 bis 1983 unter der letzten Bundesregierung von Kreisky Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen. Herr Prof. Seidel, Bruno Kreisky hat sie ins Ministerium geholt, obwohl sie nicht Mitglied der Sozialistischen Partei waren, das hat ja auch seine große Liberalität gezeigt. Heutzutage wird das kaum mehr gemacht. Vielleicht könnten sie jetzt als Zeitzeuge ihre persönlichen Erlebnisse mit Kreisky schildern. Danach haben sie ungefähr zehn Minuten Zeit um auch auf die Wirtschaftspolitik unter Kreisky einzugehen.

**Hans Seidel:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde bereits erwähnt, dass ich als „neutraler Experte“ zweieinhalb Jahre lang Staatssekretär im Finanzministerium war. Kreisky hat einmal gesagt, ich wäre das bürgerliche Korrektiv in einer sozialdemokratischen Regierung. Das ist überzogen, weil ein Staatssekretär – und ein nicht parteigebundener zumal - nur begrenzte Kompetenzen hatte. Mein Beitrag zur österreichischen Wirtschaftspolitik in dieser Funktion bestand hauptsächlich darin, das „österreichische Modell“ international bekannt zu machen. U.a. durfte ich im Joint Economic Committee des amerikanischen Kongresses über die österreichische Einkommenspolitik referieren. Ich möchte die Anwesenheit vieler Diplomaten benutzen und mich nachträglich für die Hilfe bedanken, die das diplomatische Korps dem auf dem internationalen Parkett unerfahrenen Staatssekretär angedeihen ließ.

Die Politik der Kreisky Ära – und damit komme ich zu meinem eigentlichen Diskussionsbeitrag lässt sich unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten behandeln. Man kann zum Beispiel fragen, wie weit sozialistisches Gedankengut realisiert wurde. Ich werde mich auf die Frage der ökonomischen Effizienz beschränken, weil das mein ursprüngliches Sachgebiet ist. Ich werde von der Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky sprechen, ohne bestimmte Maßnahmen und Einstellungen Personen zuzuordnen. Das ist eine wichtige Einschränkung, weil der Regierung Kreisky prägende Persönlichkeiten angehörten. Schließlich: Ich werde mich auf die Makropolitik konzentrieren, weil alte Ökonomen mit der Makroökonomie vertrauter waren als mit der später dominanten Mikroökonomie.

Zunächst einige Worte zu den nationalen und internationalen Voraussetzungen der Wirtschaftspolitik jener Tage. Als Kreisky eine sozialdemokratische Alleinregierung bildete, musste sie wirtschaftliche Kompetenz nachweisen (die soziale Kompetenz war unbestritten). In der Vergangenheit waren die Wirtschaftsministerien von der ÖVP besetzt worden. Die neuen Minister waren im Landwirtschaftsministerium, im Sozialministerium oder im Handelsministerium mit einer Beamtenschaft konfrontiert, die zumindest mehrheitlich nicht der SPÖ angehörten. Sie mussten imstande sein, die Beamten zur Mitarbeit zu motivieren. Die Regierung Kreisky musste ferner die Wirtschaftstreibenden überzeugen, dass sie

Verständnis für ihre Probleme hat. Sie hat daher von allem Anfang an die Sozialpartnerschaft gefördert. Die Wirtschaftspolitische Aussprache der Paritätischen Kommission wurde vierteljährlich einberufen. Zur Erinnerung: Dieses Diskussionsforum war von der Regierung Klaus (1966-1970) geschaffen worden. In ihm präsentieren der Finanzminister und der Notenbankpräsident ihre Überlegungen vor den Spitzen der Sozialpartner und versuchten einen Konsens über wirtschaftspolitische Maßnahmen zu finden. Nicht zuletzt: Die Regierung Kreisky hat es verstanden, nicht parteigebundene Experten zur Mitarbeit zu gewinnen, z.B. Helmut Haschek, dem initiativer Banker der Kontrollbank, der eine effiziente Exportförderung aufbaute.

International fiel die Regierung Kreisky in das Ende des sogenannten „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“. Dieses Ende war von heftigen Turbulenzen begleitet, die mit den überlieferten Methoden nur schwer beherrschbar erschienen. Die Wirtschaftspolitiker mussten in „real time“ entscheiden und erhebliche Unsicherheiten in Kauf nehmen. Am Ende dieser Übergangsperiode kam es zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftstheorie vom Keynesianismus zur Neoklassik. Auch wenn man die Neoklassik ablehnte, den Erfordernissen einer zunehmend globalen Weltwirtschaft musste man sich anpassen.

Das lässt sich am Beispiel der OECD demonstrieren. Die österreichische Wirtschaftspolitik erhielt in den 70iger Jahren von der OECD durchwegs gute Noten. Gegen Ende der Regierung Kreisky und vor allem unmittelbar nachher sah sich die heimische Wirtschaftspolitik mit einer kritischen OECD konfrontiert.

Nun zur Makropolitik der Regierung Kreisky. Der Erfolg der Makropolitik wird in der Regel am Beschäftigungsgrad, der Wachstumsrate des BIP, der Inflationsrate, und der Zahlungsbilanz gemessen. Gemäß diesen Kriterien hat die österreichische Wirtschaftspolitik hervorragend abgeschnitten. Österreich hatte weniger Inflation als fast alle anderen Industrieländer, mit Ausnahme der Bundesrepublik. Gleichzeitig gelang ein Wachstumssprung. 1970 war das Durchschnittseinkommen in Österreich real pro Kopf noch um 5 % niedriger als im europäischen Durchschnitt, 1983 aber um 15 % höher. Damit wurde etwas erreicht, was die Wirtschaftspolitik schon seit langem anstrebte, nämlich die Europareife der heimischen Wirtschaft. Vor allem aber konnte die Arbeitslosenrate bis 1980 unter zwei Prozent gehalten werden.

Man kann einwenden, dass diese Makrodaten ein zu optimistisches Bild ergeben, weil auf die Dauer unvermeidbare Anpassungen aufgeschoben wurden. Das Problem des Budgetdefizits und die Krise der Verstaatlichten Industrie mussten von den späteren Regierungen gelöst werden, und das verursachte Anpassungskosten. Kritische Grenzwerte wurden jedoch nicht überschritten. Kreisky sagte zwar *„Schulden sind mir lieber als Arbeitslose“*, aber Budgetdefizite wurden in allen Industrieländern in Kauf genommen (sie waren z.B. 1975/76 in der Bundesrepublik Deutschland größer als in Österreich). Die Staatsschuldenquote war am Ende der Regierung Kreisky mit etwa 44 % erheblich niedriger,

als jene, die später in Zeiten mit geringeren weltwirtschaftlichen Turbulenzen in Kauf genommen wurde.

Die 70iger Jahre waren –so lässt sich zusammenfassen - eine Periode des wirtschaftlichen Erfolges. Das wirft die Frage auf: „Was hat die Politik dazu beigetragen?“ Scharpf hat in einer gründlichen Studie über „Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa“ die Wirtschaftspolitik von Deutschland, Österreich, Schweden und Großbritanniens untersucht. Bei diesem Vergleich schneidet Österreich am besten ab. Der Autor bescheinigt der österreichischen Wirtschaftspolitik Strategiefähigkeit. In der Ära Kreisky gelang es, zentrale wirtschaftliche Probleme zu identifizieren und verschiedene Bereiche der Wirtschaftspolitik zur Bewältigung dieser Probleme aufeinander abzustimmen. Ich kann das nicht im Detail ausführen, weil sonst die Zeit zu knapp wird. Ein wichtiges Beispiel sei jedoch erwähnt.

Die österreichische Wirtschaftspolitik erkannte, dass ein zentrales Problem der 70iger Jahre die Inflation war. In den USA war sie sogar höher als während des 2. Weltkriegs. Für das kleine vom Außenhandel abhängige Österreich stellte sich die Frage, wie hält man die Inflation angesichts zweier Erdölpreisschocks, von Preiswellen anderer Rohwaren und von „Lohnexplosionen“ in wichtigen Industrieländern im Zaum? Österreich entschied sich 1973, als das Festkurssystem von Bretton-Woods aufgegeben wurde, den Schilling an der DM zu orientieren. Die DM-Orientierung bedeutete Stabilitätsimport durch die Wechselkurspolitik. Das war an sich kein Heilmittel. Ein harter Wechselkurs kann nicht nur Anker, sondern auch Mühlstein sein, wofür es internationale Beispiele gibt. Zunächst schien es so, als hätten die Kritiker Recht. 1976/77 geriet die österreichische Wirtschaft in ein Leistungsbilanzdefizit. Nicht nur der Bundeskanzler sondern auch der IMF (International Monetary Fund, Anm.) empfahlen eine Abwertung des Schilling.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hielt am harten Wechselkurs fest, entschloss sich jedoch zu einer konsequenten zahlungsbilanzorientierten Strategie. Die Inlandsnachfrage wurde zurückgenommen und der Export gefördert. Die Gewerkschaften waren bereit, ihre Lohnforderungen so weit zu reduzieren, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft gestärkt wird. Das war keine leichte Sache, denn in dieser Zeit sind weltweit die Produktivitätszuwächse geringer geworden. Die österreichischen Lohnempfänger hatten Anfang der 70iger Jahre noch jährliche Reallohnzuwächse von vier bis fünf Prozent, gegen Ende des Jahrzehnts sanken sie gegen Null.

Die Gewerkschaften waren bereit, die Spielregeln der Hartwährungspolitik zu akzeptieren, und zwar ohne dass sie durch hohe Arbeitslosenraten diszipliniert werden mussten. Das wirft den letzten Punkt meines Beitrags auf: Wie war es möglich, dass die Arbeitslosenrate in Österreich bis Ende der 70iger Jahre unter zwei Prozent blieb und 1983 am Ende der Regierung Kreisky bei etwa drei Prozent lag? Die Antwort ist: nur teilweise durch ein effizientes Nachfragemanagement nach dem Keynes'schen Rezept. Vielmehr wurde das Angebot an Arbeitskräften den Beschäftigungsmöglichkeiten angepasst. In den guten

Konjunkturjahren in der ersten Hälfte der 70iger Jahre wurden massiv ausländische Arbeitskräfte herangezogen. 1975/76 wurde ein Teil dieser Arbeitskräfte abgebaut. Das war damals deshalb möglich, weil Beschäftigungsgenehmigungen nur für eine Saison erteilt wurden. Auch gab es noch keine Familienzusammenführungen. In der zweiten Hälfte der 70iger Jahre hielt die Verstaatlichte Industrie Arbeitskräfte, auch wenn sie nicht benötigt wurden. Frühpensionierungen förderten das Ausscheiden älterer Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben. Es war also nicht bloß das „keynesianisches“ Rezept, sondern das Bemühen, mit allen Mitteln den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, der letztlich die Arbeitslosenraten niedrig hielt. Später stieg auch in Österreich die Arbeitslosigkeit. Aber der Sockel war in Österreich niedriger als in anderen Ländern und das war ein bleibender Vorteil der Regierung Kreisky.

Pfisterer: Ich wollte nur einen Satz noch hinzufügen, man hat ja nicht nur 50.000 Arbeitsimmigranten nach Hause geschickt, sondern auch die Arbeitszeit wurde von 45 auf 40 Stunden gekürzt und das gab natürlich einen großen Produktivitätszuwachs und war auch eine Peitsche für die Struktur. Vielen Dank Herr Prof. Seidel, ich darf jetzt Ferdinand Lacina bitten und vielleicht vorher kurz vorstellen.

### ***Ferdinand Lacina: Wirtschaftskompetenz und Investitionen in die Menschen***

**Pfisterer:** In der Regierung Kreisky gab es einen Dialog von Politik und Experten und Lacina hat als Teilnehmer dieses Dialogs und auch als Teilnehmer der ökonomischen Konferenzen und als aktiver Mitgestalter des Wirtschaftsteils des Parteiprogramms zusammen mit Egon Matzner und Herbert Ostleitner die Wirtschaftspolitik von Kreisky sehr stark mitgeprägt. Man kann gar nicht sagen mitgeprägt, man muss eigentlich sagen: Geprägt. Lacina hat Anfang der 80iger Jahre die Beschäftigungsprogramme ausgearbeitet. Die Beschäftigung war im Durchschnitt mit 2,5 % unter dem OECD-Durchschnitt. Selbst in Deutschland lag die Rate bei 4,7 % Ende der 70iger Jahre. Lacina ist sofort nach dem Studium an der Hochschule für Welthandel in die Arbeiterkammer eingetreten und ab 1973 war Lacina, nach Überredung, Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung. Ab 1974 war Lacina im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen und dann von 1980 bis 1982 Kabinettschef von Bundeskanzler Kreisky. Da hatte er die Wirtschaftspolitik mitbestimmt. Er war 1982 als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1984 bis 1986 war er Verkehrsminister und von 1986 bis 1995 der absolut längst dienende Finanzminister der Zweiten und der Ersten Republik. Bis 1997 war Lacina als Generaldirektor der Girozentrale und der Sparkassen tätig. Kurze Zeit als Konsulent der Erste Bank und bis heute Konsulent der Unicredit.

Zunächst eine Frage: „Die Regierung Kreisky hatte in den 70iger Jahren die internationale Ölkrise handzuhaben und Anfang der 80iger Jahre, da wir diese große Verstaatlichte Industrie hatten, eben diese Krise der Kunststoffindustrie. Herr Professor Seidel hat es



schon erwähnt. Es war also sehr viel Angebotsorientierung in der pragmatischen Wirtschaftspolitik. Die Angebotsorientierung war so fern, dass es große Investitionsförderungen gegeben hat. Mittels Exportförderungen wurde auf die Krise reagiert. Wie ist das ganze abgelaufen? Hat Kreisky Beratung gesucht oder war er selbst aktiv?

**Ferdinand Lacina:** Zwei Berichtigungen muss ich bei dieser freundlichen Einleitung anmerken. Erstens: Es gibt einen Finanzminister, der dies länger als ich war in der Zweiten Republik, und zwar Hannes Androsch. Das zweite ist: Mein Spezialgebiet war damals die Industriepolitik, das hat mich wirklich interessiert und ich war eigentlich nicht daran interessiert als Klassensprecher der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien zu fungieren, so habe ich meine Funktion damals verstanden.

Für Viele war Kreisky im Jahr 1967 in der SPÖ (sozialdemokratische Partei Österreich) ein unumstrittener Fachmann auf dem Gebiet der Außenpolitik, darüber hinaus war aber seine politische Position nur Wenigen bekannt. Man kannte ihn als Experten für Außenpolitik. Viele haben ihm damals auch nicht zugetraut, dass er die SPÖ wirklich führen kann, da er sozusagen keinen ideologischen Background hatte. Ich glaube, das war ein verhängnisvoller Irrtum, den damals viele begangen haben. Ich erinnere mich an einen Leitartikel, den Egon Matzner in der Zeitschrift der Sozialistischen Studenten veröffentlicht hatte. Er hieß: „Gruß an Bruno Kreisky“. Die Parteilinke, zu denen sich der VSStÖ (Sozialistische StudentInnenbewegung) damals gezählt hatte, war anfangs von Bruno Kreisky nicht begeistert. Es folgte eine sehr konsequente und auch strategisch angelegte Vorbereitung der Sozialdemokratie, der Sozialistischen Partei, auf die Regierungszeit. 1966 ist die SPÖ weit unter ihrem Wert geschlagen worden, es war nach der „Olah-Affäre“ (Franz Olah betrieb Medienpolitik abseits der Parteigremien, Anm.). Der Abstand zur ÖVP war so groß wie nie seit 1945. Es gab nach 1968 eine starke „Aufbruchstimmung“ und Kreisky hat diese bewusst genutzt. Um jetzt auf den wirtschaftspolitischen Bereich zu kommen: Berühmt wurden ja die „Ökonomischen Konferenzen“ wie Seidel sagte. Gelungen ist, nicht nur das Potential in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften, in einzelnen Institutionen zu nutzen, sondern darüber hinaus auch Menschen, die sich nicht zur SPÖ bekannt haben, ihr vielleicht sogar skeptisch gegenüber standen, zur Mitarbeit zu gewinnen. Diese ökonomischen Konferenzen waren das erste Lebenszeichen einer wirtschaftspolitischen Kompetenz der SPÖ. Vorher hatte sie, so wie Hans Seidel das dargestellt hat, keine Erfahrung, ja auch nicht den Ehrgeiz Wirtschaftskompetenz zu zeigen, vielleicht mit einer Ausnahme, allerdings dort eher im Mikrobereich, nämlich im so genannten Königreich Waldbrunner. Aber darüber hinaus gab es eigentlich kaum Ansätze.

Einmal gab es das Angebot von Julius Raab an Bruno Kreisky Finanzminister zu werden. Er war davon sehr überrascht, so wie die gesamte Sozialdemokratie. Was in der Oppositionszeit

gelang, war der Entwurf eines Programms, das die Waage zwischen Pragmatismus und dem ideologischen Feld der Sozialdemokratie repräsentierte. Dieses Wirtschaftsprogramm der SPÖ war neben dem Humanprogramm einer der Punkte, mit dem die SPÖ in die Wahl gegangen ist. Die letzte Fassung des Entwurfs, die dann dem Parteitag vorgelegt wurde, wurde von denen, die für die einzelnen Kapitel des Programms verantwortlich waren, das waren mit Ausnahme von Heinz Kienzl und Hannes Androsch nur Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien (März, Veselsky und viele andere) und dem Parteivorstand der SPÖ zwei Tage lang in Bad Hofgastein Satz für Satz durchgesehen. Als Technokraten erhielten wir die politischen Antworten. Ich erinnere mich daran, dass wir gemeint haben, in einem relativ kleinen Land sollte es einen einheitlichen Strompreis geben. Die Tiroler SPÖ ist aufgestanden und hat gesagt: „Da brauchen wir gar nicht mehr zu Wahlen antreten, wenn es diesen einheitlichen Strompreis geben sollte“. Es gab manchmal sehr heftige Diskussionen über das Pragmatische, politisch Mögliche und dem Technokratischen. „Wie sehr hat das Programm die Politik beeinflusst?“ Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Es gab beispielsweise ein von Heinz Kienzl ein wesentlich beeinflusstes Kapitel über Wirtschaftsplanung, das an den Planungsoptimismus der damaligen Zeit anknüpfte, der damals etwa in Frankreich oder auch in Holland en vogue war. Es ging um Wirtschaftsprogrammierung, mit der sich beispielsweise der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen lange befasst, hat. Die Attraktivität dieser Idee ging also weit über die Sozialdemokratie hinaus. Davon ist überhaupt nichts umgesetzt worden. In anderen Fällen – also etwa in der Industriepolitik, in der Forschungspolitik - ist sehr vieles umgesetzt worden. Ein Vorteil konnte genutzt werden: 1968/69 waren wir in einer Situation, in der viele von einer tiefen Strukturkrise in Österreich gesprochen haben. Kaum war die Weltwirtschaft wieder angesprungen, hat es aber einen ungeheuren Wachstumsschub in Österreich gegeben. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand in der Industrie im Jahr 1973/74 erlebt, es war also so, wie Hans Seidel gesagt hat. Es war eine letzte goldene Ära damals, die viele öffentliche Investitionen ermöglicht hat, so das Schulbauprogramm und zahlreiche Investitionen in die Infrastruktur. Vor allem das Bildungswesen wurde gefördert. Ich erinnere an Schulfreifahrten, an die freien Schulbücher, de facto Investitionen in die Menschen, die damals ausgebildet worden wurden. Insbesondere am Land, in bäuerlichen Familien, hatten viele diese Chancen auf eine höhere Bildung nicht gehabt.

Dieser günstigen Wirtschaftslage folgte allerdings sehr bald ein schwerer Rückschlag durch die Ölkrise. Dann folgte die Grundstoffkrise, die ja in vielen Ländern zu starken Eingriffen geführt hat, beispielsweise zur Verstaatlichung der Stahlindustrie in vielen Ländern. Dabei ging es darum, die Folgen der Schrumpfung von Stahlkapazitäten in Europa auf mehrere Jahre zu verteilen. Das war damals das Ziel der Europäischen Kommission, deren Industriekommissar ein europäisch wirksames Kartell der Stahlindustrie organisiert hat, das versuchte diesen wichtigen Bereich der Grundstoffindustrie so langsam herunter zu fahren, dass die regionalen Auswirkungen nicht allzu stark waren. Es war auch die Zeit in der massive

Regionalprogramme entworfen worden sind, das war die Zeit, in der bis hin zu einer „Pleitenholding“, neue Instrumente geschaffen wurden. Es gab damals in St. Pölten die Glanzstofffabrik, eine Fabrik, die bis 1955 unter sowjetischer Verwaltung war und daher auch einen relativ starken Grundstock an kommunistischen Arbeitern hatte, wie das in den USIA-Betrieben eben der Fall war. St. Pölten war der Wahlkreis Bruno Kreiskys und diese Fabrik kam immer wieder in Schwierigkeiten, sie war nach 1955 die Tochter des deutsch-holländischen Akzo-Konzerns, der mit großen Überkapazitäten international zu kämpfen hatte und mit einem europaweiten Streik konfrontiert worden war. Immer wieder hat man versucht durch Mittel des Sozialministeriums die Firma zu stabilisieren, bis es dann schließlich zum Schließungsbeschluss kam und der wurde von Kreisky nicht akzeptiert. Es wurde eine Gesellschaft gegründet, die sich Gesellschaft für Bundesbeteiligung an Industrieunternehmen nannte, die dieses Werk übernommen hat. Zum Teil zumindest entschuldet, weil die Leitung des multinationalen Konzerns eines nicht wollte: nämlich einen Arbeitskampf in Österreich oder einen Konkurs riskieren. Das Werk hat später beim Verkauf dem Budget 100 Millionen Schilling eingebracht. Es folgte eine Reihe weiterer, ähnlicher Übernahmen.

Kreisky hat sich also nicht nur um die Fragen der Makroökonomie und um die großen Fragen der Außenpolitik gekümmert. Er ist sehr stark in Details gegangen. Natürlich hat auch seine Außenpolitik einen starken wirtschaftspolitischen Hintergrund gehabt. Das heißt mit großer Verve und großem Engagement sind damals insbesondere jene Fragen erörtert worden, insbesondere mit den staatswirtschaftlichen Ländern, bei denen es um die Beschäftigung österreichischer Unternehmungen ging. Dies war für ihn außerordentlich wichtig. Aus einem ganz einfachen Grund, den er ja selbst auf die entsprechende Formel gebracht hatte: „Ein paar hunderttausend Leute, die arbeitslos sind bereiten mir viel mehr Kopfzerbrechen als ein paar Milliarden Schulden mehr“ Das ist damals von konservativer Seite vehement kritisiert worden. Vor dem Hintergrund der „Bail-outs“ (Schuldenübernahme durch den Staat) der letzten Jahre, die zur Stabilisierung des Systems und nicht in erster Linie zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit eingesetzt worden sein, relativiert sich diese Kritik.

Kreisky war von einem Erlebnis außerordentlich geprägt von der großen Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts. Und zwar nicht nur von den ökonomischen und sozialen Folgen, sondern natürlich auch von den politischen Folgen dieser Krise. Man sollte nicht vergessen, dass nach seinem Ausscheiden aus der Regierung, er der Vorsitzende der sog. „Kreisky-Kommission“ war. Im Jahr 1989 erschien der Endbericht: „20 Millionen suchen Arbeit“. Das in einer Zeit, in der bis in die Sozialdemokratie hinein die Skepsis bestand, ob man überhaupt noch Beschäftigungspolitik machen könne, ob dies die Aufgabe von Regierungen wäre. Ich erinnere mich an eine Konferenz europäischer Sozialdemokraten, bei der ein Vertreter von „New Labour“ (Partei der Arbeit) gesagt hat, das geht eigentlich die Regierung überhaupt nichts an, das ist eine Sache der Wirtschaft. Es ist eine Sache der Unternehmer, Arbeitsplätze zu schaffen. Kreisky war da immer anderer Ansicht und ich

erinnere mich noch an eines: Am Villacher Parteitag habe ich versucht das eine oder andere an sozialistischen Inhalten der Wirtschaftspolitik der SPÖ einzufordern, also mit dem Wirtschaftsprogramm der SPÖ im Rücken und habe einige kritische Bemerkungen angebracht. Nachher hat mich der Parteivorsitzende gesucht und da habe ich mir gedacht: „Also jetzt bekomme ich seine Kritik zu spüren.“ In einem längeren Gespräch hat er dann aber gesagt; „Weißt du, du musst natürlich schon eines sehen, ein guter Teil der Leute, die jetzt Wirtschaftspolitik betreiben – auch bei uns in der Partei – die sind aufgewachsen in einer Zeit, in der die Entideologisierung einfach Mode war.“

### ***Josef Taus: Ungeheuerliche Medienarbeit, Zwentendorf und Kreiskys Geschicklichkeit***

**Pfisterer:** Ich möchte Herrn Dr. Josef Taus vorstellen. Von ihm hören wir auch noch wie die Seite der ÖVP, die Wirtschaftspolitik unter Kreisky wahrgenommen hat. Josef Taus war ein langjähriger Wirtschaftsexperte der ÖVP. Während des Studiums war Josef Taus als Wirtschaftsredakteur für die Wiener Zeitung tätig. Ein Werkstudent sozusagen, ein potenzieller Kreisky- Wähler Dr. Taus hat zuerst für den Finanzminister Heilingsetzer und dann für die Regierung Klaus II, Reden geschrieben. Von 1966 bis 1967 war er Staatssekretär für Verkehr und Verstaatlichte. Wegen ihrer Kompetenzen und ihrer Loyalität wurden Sie von der Sozialistischen Partei respektiert. Vielleicht auch, weil sie einer der letzten Christlich-Sozialen waren. Bis 1975 war Dr. Taus Aufsichtsratsvorsitzender der ÖIAG (Die Österreichische Industrie Holding AG). Von 1968 bis 1975 Vorstandsvorsitzender der Girozentrale der österreichischen Sparkassen AG, von 1975 bis 1979 Bundesparteiobermann der ÖVP, wo er dann der große Herausforderer von Bruno Kreisky war und von 1975 bis 1991 war er nicht nur im Nationalrat, sondern auch Wirtschaftssprecher der ÖVP. Von 1986 bis 1989 Vorstand der Constantia Industrieholding und seit 1989 Unternehmer der Management Trust Holding. Nun zu meiner Frage: Noch hinzuzufügen wäre, dass es 1971/72 eine Rezession gab, aber in Österreich hat das kaum Spuren hinterlassen, da Kreisky mit der Industriellenvereinigung die Politik abgestimmt hat indem er Beispielsweise Exportförderungen gegeben hat, Investitionsförderungen und ähnliches. Damals waren ja die Wachstumsraten der Industrie plus 6 %. In fast allen anderen Ländern haben sie Minuswachstumsraten gehabt, wenn man das so sagen kann. Vielleicht können sie uns erzählen, wie sie diese Zeit erlebt haben?

**Josef Taus:** Ich habe sie erlebt, allerdings nicht als Insider, wie die Kollegen, die vor mir gesprochen haben. Ein paar Bemerkungen über Österreich: Wir haben seit dem Jahr 1945 eine relativ kontinuierliche Entwicklung gehabt und das Land hat es relativ weit gebracht. Wir haben keine Bodenschätze und wir hatten keine große Industrie. Die alte Industrie der Monarchie war überwiegend in Böhmen und Mähren, wir haben es trotzdem relativ weit

gebracht. Ich habe Betriebe von innen gesehen und da gibt es etwas, das ich sagen möchte: Die Österreicher argumentieren immer so eigenartig, vor allem in Wien, über das eigene Land. Österreich sei unordentlich oder ähnliches, was ein völliger Unsinn ist. Wenn Sie in einem Betrieb in Österreich gearbeitet haben zum Beispiel in der Industrie werden Sie wissen, dass wir genauso gut sind wie die anderen Länder, ich habe hierzu Vergleiche. Wenn nicht sogar in vielen Bereichen besser, das ist gar keine Frage. Was ich der österreichischen Arbeiterschaft und Facharbeiterschaft zumuten kann, kann ich in nur wenigen europäischen Ländern zumuten. Wir haben keine Streiks gehabt. Nichts ist passiert, das ist die Stärke dieses Landes. Meiner politischen Überzeugung nach, bin ich immer ein Großkoalitionär gewesen. Das war ein Vorteil, nachdem in den 30iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die beiden großen politischen Lager in einem Bürgerkrieg aufeinander geschossen haben, sind sie draufgekommen, dass das eigentlich ein Blödsinn ist. Nach 1945 als einer, der halt Papiere geschrieben hat, die dann meistens weggeschmissen wurden, wie das meistens so ist mit Expertenpapieren, da spielte sich dann alles anders ab, als es formuliert wurde. In Wahrheit war es so, dass es keine zu großen Widersprüche geben darf und dass einigermaßen Einheit herrschen soll. Ich bin bis zum heutigen Tag Gewerkschaftsmitglied der Christlichen Fraktion. Das heißt, die Gewerkschaften haben eine bedeutende positive Rolle in diesem Land gespielt. Dass sie in der sozialistischen Regierung besonders positiv waren, sehe ich ein, weil die Sozialisten eine deutliche Mehrheit haben im ÖGB (österreichischen Gewerkschaftsbund). Aber sie waren auch in der ÖVP-Alleinregierung durchaus ordentlich. Das hat eine ungeheure Rolle gespielt. Sie waren nicht so freundlich, wie man also gegenüber der sozialistischen Regierung war, aber es funktionierte, weil ich dabei war, nachdem ich die Verantwortung gekriegt habe als Jüngster in der Regierung für die Verstaatlichte, was sagen wir, nicht das angenehmste Geschäft gewesen war, aber dafür das spannendste. Dann ist es eigentlich immer ganz gut gegangen und es sind eigentlich die persönlichen Kontakte, auch wenn es absolute Mehrheiten gab. Wenn der andere absolute Mehrheiten hat ist das sehr unangenehm. Ich habe das miterlebt, also als einspringender Parteiobmann, nachdem Karl Schleinzer zwei Monate vor der Wahl tödlich verunglückte. Die entscheidende Frage war, dass man uns glaubt, dass man zum Land hielt und das hat es nicht immer gegeben. Die Erste Republik war also ein zerrissenes Land, das keiner wollte und das haben wir geschafft, dass das vorbei ist. Ein großes Verdienst der beiden großen politischen Parteien.

Aber jetzt zur Regierung Kreisky. Ich habe Dr. Kreisky näher kennen gelernt im Jahre 1967. Ich war damals der Verantwortliche für die Verstaatlichte. Ich habe die ÖIAG (Österreichische Industrie Holding AG) gegründet, da habe ich die Novelle durchgebracht, in der eigenen Partei habe ich Probleme damit gehabt, weil da viele Leute dagegen waren und dann haben wir oft über die Verstaatlichte diskutiert. Weder die Sozialdemokraten noch wir hatten einen wesentlichen Anteil daran, sondern die amerikanische Hochkommandantur.

Wir waren ja besetzt. Die haben österreichischen Politikern den Rat gegeben das deutsche Eigentum zu verstaatlichen, damit die Alliierten nicht darauf zugreifen konnten. Das ist die Wurzel der österreichischen Verstaatlichten. Daraufhin wurde mit hoher Mehrheit verstaatlicht. Das ist die Wurzel, da war zunächst überhaupt nichts Ideologisches dahinter, sondern nur die Verhinderung, dass die Alliierten darauf zugreifen. Die Westalliierten haben sich einigermaßen daran gehalten. Verschenkt haben sie nichts und die Russen haben sich nicht daran gehalten. Die haben die „USIA“(Konzern)-Betriebe machen lassen, was sie wollten. Ich schildere das alles, weil das eine Rolle spielt und Dinge dann nachher ideologisiert wurden, die von der Wurzel her gar nichts damit zu tun hatten. Es ging darum, dass man Betriebe für das Land gerettet hat, von denen ein paar sehr wichtige im Dritten Reich gegründet wurden. Die VOEST (voest Alpine AG) ist im Dritten Reich gegründet worden. Ranshofen ist im Dritten Reich gegründet worden. Alle anderen waren alte österreichische Betriebe. Und dann ist bei uns etwas passiert: Wir haben einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt, wie wir ihn nicht erwartet haben. Mitte der 60iger Jahre haben wir den Anschluss, also 20 Jahre nach Ende des Krieges an Westeuropa geschafft. So ungefähr, wenn man die Zahlen anschaut, Statistik ist immer etwas Besonderes und Volkseinkommen in der Statistik sind noch besonderer, aber das war eigentlich beachtlich, weil wir waren 10 Jahre besetzt, was noch eine große Rolle spielt in den kommenden Regierungen. Wir waren besetzt und die Hälfte von Österreich in der russischen Besatzungszone. Da wurde nichts investiert, da ist 10 Jahre nichts passiert, kein Mensch hat etwas getan. Dann haben wir den Staatsvertrag gekriegt, auch nicht leicht und dann gab es eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung.

Dann hat Dr. Kreisky gewonnen, das hat die ÖVP überrascht. Die Regierung Klaus hat meines Erachtens leider die Wahl verloren, da gab es eine große Auseinandersetzung. Dr. Klaus war ein großer Sparmeister es ging ums Budget, ein Budget, ohne Defizit, ich war anderer Meinung. Klaus hat die Wahl verloren aus ganz einfachen Gründen, er hat zwei Steuern gemacht, das erste war die Weinsteuern, daraufhin sind in den Bauerndörfern, die zu 70 bis 90 % ÖVP gewählt haben mindestens ein Drittel der Wähler weg gewesen. Und das zweite war das „Auto-Pickerl“, das war eine noch größere Katastrophe, das ist dann von der Regierung Kreisky kluger Weise sofort abgeschafft worden. Dr. Kreisky hat natürlich seine Kanzlerschaft der Freiheitlichen Partei zu verdanken. Als ehrenamtlicher Gewerkschaftswirtschaftspolitiker kannte ich die Kollegen aus dem sozialistischen Bereich. Diese waren von Bruno Kreisky nicht so begeistert. Sie haben ihm am Parteitag auch den Hans Czettel entgegen gesetzt. Also als Parteiobmann, der verloren hatte, da die Bundesländer der Sozialisten unter Führung des LH Sima in Kärnten seine Mehrheit am Parteitag gestellt hatten, und er hatte 69%, das ist nicht viel für einen Parteiobmann. Aber er war intelligent und weitläufig gebildet. Und er hat es genutzt. Und dann kam die erste große Geschichte, die uns hinunter gedrückt hat und das war die getrennte Besteuerung der Ehepartner. Das hat uns ungeheuer geärgert, ich komme aus dem

Kummerinstitut, viele von ihnen werden den Dr. Kummer noch kennen. Es war ein ewiges Streitthema in der ÖVP und der ÖAAB (christlich-soziale Arbeitnehmervertretung). Wir haben das zwei, drei Jahre diskutiert, gestritten, sind nie durchgekommen in der eigenen Partei und das ist dann durchgeführt worden. Die Frauen haben sich bei den Sozialisten bedankt.

In der ÖVP haben bestimmte Teile der Wirtschaft gesagt: „Die Verstaatlichung wird akzeptiert, aber sie darf nicht in andere Produktionsbereiche“. Dazu meinte ich das sei ökonomisch nicht gescheit.

Zwentendorf war eine schwierige Geschichte. Ich war hin und her und hinauf und hinunter gerissen, denn Zwentendorf wurde in der ÖVP durch einen Aufstand der immer mächtiger werdenden Frauen abgelehnt. Die waren damals mächtiger als in der SPÖ, wir waren also in der Opposition und da gab es im Parteivorstand einen Aufstand der Frauen. Und natürlich – Männer sind gegenüber Frauen meistens nicht sehr mutig – daraufhin haben die gewonnen, obwohl sie im Parteivorstand noch gar keine Mehrheit gehabt haben. Die Gewerkschafter waren wild dafür, die christlichen Gewerkschafter, haben gesagt es sei Unsinn. Der Anton Benya hatte sich das nicht so vorgestellt. Also so spielte sich das in Wahrheit ab und jetzt sage ich nur noch ein paar Sätze. Dr. Kreisky ist tot. Dr. Kreisky war zu der Zeit der Kampagne im Spital. Und da hat er mich angerufen oder anrufen lassen und gesagt, wenn ich Zeit hab, kommen sie zu mir. Da bin ich zu ihm gegangen und in seinem Krankenzimmer bei ihm gesessen, wir haben über die Atomenergie geredet. Da war er hin und her gerissen. Und ich habe gesagt: „Die Volksabstimmung, was soll da jetzt heraus kommen?“ Egal, die haben wir jetzt schon, die machen wir. Ich hatte den Eindruck er selber war nicht sicher, was er wollen sollte. Aber das kann falsch gewesen sein. Wir haben da ganz offen geredet. Ich habe gesagt, warum tun sie das? Und dann kam ja die berühmte Erklärung. Er meinte ich trete zurück und damit ist die Kernenergie weg, denn dann werden viele Schwarze, die für die Kernenergie waren, nur dagegen stimmen, weil er gesagt hat, dass er zurücktritt. Da hat es eine große Bewegung gegeben, so ist das in Österreich. Und dann in der Verstaatlichten wurde getobt, denn die Niederlage in Zwentendorf für die Kernenergie war das Ende von Ranshofen. Das ist aber so in der Verstaatlichten, da hat sich die E-Wirtschaft durchgesetzt und Ranshofen wurde diesem Kraftwerk weggenommen. Dann kam die Rettung. Das zweite Kraftwerk sollte in Oberösterreich errichtet werden, und zwar gleich nach Zwentendorf. Das wäre die Rettung der Elektrolyse gewesen, denn die hätte den billigen Strom nach der damaligen Kalkulation. Dann war alles vorbei und die Geschichte ist in Österreich bis zum heutigen Tag erledigt. Was die armen Österreicher nicht davon enthebt, dass die Kernkraftwerke, die rundherum bei uns stehen, 20 bis 30 km von unserer Grenze entfernt, genauso gefährlich sind als würden sie im Landesinneren stehen. Das können wir drehen und wenden, wie wir wollen, so ist es, da können sie jetzt greifen und machen, was sie wollen, die denken doch

gar nicht dran, die Tschechen und die Slowaken, die Slowenen und wer da aller ist, dass sie das abdrehen.

Die nächste Geschichte war, dass er sehr intelligent und geschickt gehandelt hat. Das mit der Wirtschaft hat er sich ordentlich gerichtet. In dem Moment wo er freundlich aufgetreten ist und gesagt hat: „Es wird nichts mehr verstaatlicht“ hatte er alle auf seiner Seite. Er war sehr geschickt. Der Präsident der Industriellenvereinigung und er sind fast jeden Tag mit ihren Hunden spazieren gegangen, weil sie nur 200 Meter voneinander entfernt gewohnt haben. In ihren Villen in Döbling. Er war ein großer Politiker. Ein Mensch, der sich in einem demokratischen Staat, in einer demokratischen Ordnung 25 Jahre in der Regierung gehalten hat. Das sind fünf Regierungen. Staatssekretär, Minister, dann 13 Jahre Bundeskanzler, so lange hat es noch keiner ausgehalten. Die SPÖ hat immer die Leute länger dabei gehabt. Dr. Vranitzky hat, glaube ich, auch 10 Jahre ausgehalten. Die Menschen in der ÖVP nutzen sich viel schneller ab. Er war schon eine der herausragendsten Figuren der österreichischen Nachkriegspolitik und drei Mal hat er eine absolute Mehrheit erreicht, immer so um die 51 % herum.

Ich habe gewusst, dass ich nicht gewinnen kann. Die Umfragen waren so schlecht und ich bin ja kein Utopist gewesen, so routiniert war ich schon. Ich wollte die Absolute wegnehmen, damit wir in eine Verhandlungsposition kommen. Aber das ist erst dann gelungen, als Dr. Kreisky im Fernsehen krank aussah. Aber er war es nicht. Er hat ungeheuer gepunktet und wir haben ungeheuer verloren mit der Steuerpolitik. Danach verlor er mit der Steuerpolitik. Das Mallorca- Paket hieß es damals. Quellensteuer hier und dort. Das hat ihn Stimmen gekostet, wie uns das „Auto-Pickerl“ und die Weinststeuer.

Mit Beschäftigung konnte man die Leute halten, dass hat er gewusst. Er war viel zu intelligent um das nicht zu wissen. Und dann machte er diesen Fehler mit der Quellensteuer und ging auf 47% zurück. Das war sein politisches Ende. Wobei das könnte der Kollege Lacina besser wissen, schließlich hatte er damals das Nahverhältnis zu ihm. Es war eine große Periode für die Sozialdemokratie in Österreich. Und das Land hat nicht gelitten, zwar hat nicht alles geklappt aber meist klappt nie alles. Insgesamt gesehen hat er seinen Ruf als bedeutender Politiker dieser zweiten Republik gefestigt.

### ***Kreiskys Quellensteuer und alte politische „Schmähs“***

**Pfisterer:** Vielen Dank Herr Dr. Taus. Ich habe Sie ganz bewusst nicht unterbrochen, da wir „Insidergeschichten“ hören wollten. Zum Thema Mallorca- Paket möchte ich aber noch etwas sagen. Damals habe ich als Journalistin darüber berichtet und ich denke nicht, dass Bruno Kreisky aufgrund der Quellensteuer verloren hat, sondern aufgrund des „wording“ der ÖVP. Die Menschen wussten damals noch nicht, was eine Quellensteuer ist. Die ÖVP



verkündete aber dann, dass dabei die Sparbücher besteuert werden. Daraufhin haben die Menschen Kreisky nicht mehr gewählt.

**Taus:** Das hat die SPÖ uns gegenüber genauso gemacht mit beispielsweise den Steuern. Das ist ein alter politischer „Schmäh“.

**Pfisterer:** Das war kein Vorwurf. Ich wollte nur darüber aufklären, wie wichtig das „wording“ ist. Darf ich trotzdem eine Frage anschließen: Bei welcher Regierungsmaßnahme unter der Alleinregierung von Kreisky oder auch später bis 1983 hat die ÖVP gelitten? Gab es irgendeinen Punkt, wo man gesagt hat, da gehen wir nicht mit?

**Taus:** Wir sind bei vielen Dingen nicht mitgegangen. Es hat schon etliche Sachen manchmal gegeben. Die Bauern hatten da eher große Probleme, aber auch da war er sehr geschickt. Einmal bot er sogar einem sehr anerkannten Bauernbundabgeordneten den Landwirtschaftsministerposten an.

### ***Helene Schubert: Wirtschaftskrise, Verschuldung und die neue Einengung von Handlungsspielräumen***

**Pfisterer:** Vielen Dank Herr Dr. Taus. Also gab es keine Entscheidungen gegen die sich die ÖVP mit aller Kraft wehren musste, ansonsten wäre dies Ihnen bestimmt eingefallen.

Ich möchte nun unsere nächste Rednerin vorstellen: Dr. in Helene Schubert. Sie studierte Volkswirtschaft und Geschichte in Wien und an der Universität Harvard. Seit 1993 ist sie Senior Advisor in der österreichischen Nationalbank und seit 1999 stellvertretende Leiterin der Volkswirtschaftlichen Abteilung. In der Bundesregierung „Gusenbauer“ (2007- 2008) war sie als wirtschaftspolitische Beraterin im Kabinett tätig. Meine Frage: Du hast Dich viel mit der Wirtschaftspolitik Kreiskys beschäftigt. Welche Unterschiede erkennst Du zwischen Kreisky und Alfred Gusenbauer oder auch Werner Faymann?

**Helene Schubert:** Ich habe in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten mit großem Interesse die Diskrepanz verfolgt zwischen der öffentlichen Wahrnehmung der Kreisky-Ära einerseits, und der veröffentlichten Meinung, die fast nie mit der öffentlichen Meinung ident ist, durch die Wirtschaftswissenschaften oder die Politikwissenschaften andererseits.

Als ich in den USA studierte, wurden Seminare über das sehr effiziente makroökonomische Krisenmanagement im Österreich der 1970er Jahre gehalten. Österreich wurde als *best practice* Modell studiert. Die Kreisky- Ära begann mit sehr großen weltwirtschaftlichen und makroökonomischen Turbulenzen, mit dem Zusammenbruch des Bretton Wood-Systems und einem Ölpreisschock. Und auch am Ende der Ära Kreisky standen weltwirtschaftliche

Verwerfungen. Es kam zu einer Anpassungsrezession bedingt durch einen Ölpreisschock und die Hochzinspolitik der USA. Aber im Grunde genommen wurde diese Phase gut bewältigt. Das was Österreich in dieser Phase makroökonomisch auszeichnete, eine niedrige Arbeitslosenrate, eine moderate Inflationsrate und vergleichsweise günstiges Wachstum war in den Lehrbüchern nicht vorgesehen.

Was heute die nostalgischen Erinnerungen an diese Zeit nährt ist die proaktive Gestaltung der Wirtschaftspolitik mit strategischem Weltbild. Heute beobachten wir - wobei ich die letzten zwei Jahre der Krisenbewältigung ausnehmen möchte, ein defensives, reaktives wirtschaftspolitisches Handeln. Die Folgen sind Politikverdrossenheit, bis hin zu einem gefährlichen Ohnmachtsgefühl, weil viele das Empfinden haben dem anarchisch handelnden Markt ausgeliefert zu sein, z.B. den arbiträren Bewertungen durch Ratingagenturen oder durch Finanzmarktakteure.

Natürlich gab es in den 70er Jahren ganz andere Rahmenbedingungen. Die nationalen Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik waren bedeutend höher, als es heute der Fall ist. Österreich hat sich aus gutem Grund globalisiert und ist Teil der Europäischen Union geworden. Das ist auch positiv zu sehen. Aber viele dieser wirtschaftspolitischen Instrumente, die damals so erfolgreich eingesetzt werden konnten, sind heute nicht mehr verfügbar. Sie sind unbekannt. Ökonomie- Studenten wissen oft nicht, was Kreditkontrollabkommen sind oder was selektive Geldschöpfung ist. Das wurde alles abgeschafft. Und die entscheidende Frage, die sich jetzt stellt, ist, ob die große Rezession 2009 diese Sichtweise auf die 70iger Jahre, die Ära Kreisky, doch noch nachhaltig ändern wird. Der Staat hat als Rettungsmaßnahme zahlreiche keynesianische Instrumente eingesetzt. Instrumente, die damals *en vogue* waren, wurden heute in viel bedeutenderem Ausmaß eingesetzt. Wird es wieder eine Rückkehr geben, z.B. zum Ziel der Vollbeschäftigung, zu antizyklischer Wirtschaftspolitik, zu einer langfristigen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, z.B. in Bereich der Bildung, dem Sozialen bzw. der öffentlichen Infrastrukturen?

Ich möchte hier drei Bereiche aufgreifen, wo es in der akademischen Literatur einen Gesinnungswandel gegeben hat, ein Paradigmenwechsel, der allerdings in der nächsten Zukunft keine Spuren hinterlassen wird. Primär wird es ja darum gehen, die hohen Staatsschulden abzubauen. Und wir wissen ganz genau, in welchen Bereichen die Anpassung erfolgen wird. Erster Punkt: Wir beobachten in den Wirtschaftswissenschaften eine neue Bewertung der Rolle des Sozialstaates. Es wurde beispielsweise gezeigt, dass jene Länder, die hohe Arbeitslosengelder zahlen, wo die Staatsquote relativ hoch ist und die einen entwickelten Wohlfahrtsstaat haben, die Krise besser bewältigt haben als andere Länder.

Zweiter Punkt: Der Staat hat in der Krise eine bedeutende Rolle als Arbeitgeber gespielt. In großen Wirtschaftskrisen hat der Staat die Rolle des „Employer of last Resort“ Im Jahr 2009 erlebt, als viele Industriearbeitsplätze verloren gegangen sind, wurden im öffentlich nahen Bereich von Gesundheit, Bildung und Pflege Arbeitsplätze geschaffen.

Ein Vergleich mit den 1970er Jahren: 1975 wurde das strukturelle Defizit um drei Prozentpunkte erhöht, um den konjunkturellen Einbruch zu begrenzen; die Europäische Union hat nach langem Zögern beschlossen im Jahr 2009 das strukturelle Defizit um nicht einmal einen Prozentpunkt zu erhöhen. Prof. Seidel hat bereits die Elemente des „Austro-Keynesianismus“ angesprochen: mit Hilfe der Hartwährungspolitik ist es gelungen, Preisstabilität zu gewährleisten, ein weiteres Element war eine expansive Budgetpolitik und weiter eine solidarische Einkommenspolitik.

Das interessante bei der Budgetpolitik ist die Wahrnehmung eines Verschuldungskynesianismus. Deshalb hat auch die SPÖ selbst nicht so gerne über diese Zeit gesprochen, weil man immer mit dem Vorwurf der nicht nachhaltigen Staatsfinanzen konfrontiert worden ist. Man muss sich aber heute die revidierten Daten ansehen. 1970 war die Staatsschuldenquote ungefähr bei 18 %, ein relativ niedriger Wert, auch im internationalen Vergleich. Dieser niedrige Wert hängt sicher mit einem sehr günstigen Wachstums-Zinsdifferential in den 50iger und 60iger Jahren zusammen. Österreich ist da sehr schnell gewachsen, schneller als andere Länder. Die Wachstumsrate lag über dem Zinssatz.

Das hat sich dann gewendet und letztlich, 1983 war die Staatsschuldenquote etwa bei 44 %. Also doch ein relativ hoher Anstieg. Ich glaube, die Schuldendynamik hat sich nachher fortgesetzt, sicher auch bedingt durch das ungünstiger werdende Wachstums-Zinsdifferential. Denn die Zinsen waren im Zuge der Hochzinspolitik der USA für längere Zeit höher als das Wachstum, was sich negativ auf die Staatsschuldenquotendynamik ausgewirkt hat. Da gibt es eine inhärente Dynamik, dass die Staatsschuldenquote weiter steigt.

Dritter Punkt, der mich auch beruflich sehr interessiert. Herbert Ostleitner hat nämlich die Kreisky-Ära ganz spezifisch interpretiert und zwar als eine nicht-intendierte Umsetzung eines post-keynesianischen Konzeptes, wo es gelungen ist, die störenden Einflüsse der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft zu begrenzen, Real- und Finanzmärkte zu entkoppeln. Das ist ein zentrales Element des Austrokeynesianismus, unter dem man die 70er Jahre in Österreich neu interpretieren sollte.

Vorhin hatte die Kreditkontrollabkommen erwähnt. Diese „Gentlemen Agreements“, die damals mit dem Bankensektor abgeschlossen wurden legten jährliche Wachstumsrate für die Kredite fest. Auch wurden Banken angehalten produktive, also wirtschaftlich sinnvolle Kredite, zu vergeben und nicht spekulativ zu handeln.

Die Instrumente von damals heute wieder einzuführen, ist kein gangbarer Weg, aber die Prinzipien dahinter sollten wieder Gültigkeit haben. Man kann die Ära Kreisky als eine Zeit betrachten, in der es nicht dieses Ohnmachtsgefühl gegeben hat, ja gar nicht geben konnte. Danke!

### ***Kunibert Raffer: Ein Marshall-Plan für die Dritte Welt***

**Pfisterer:** Vielen Dank. Ich darf jetzt noch Prof. Kunibert Raffer vorstellen. Kunibert Raffer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien und ist auch Honorarprofessor an der Universidad Nacional de Rio Negro in Argentinien. Herr Raffer war ebenso Konsulent der UNIDO und hat zuletzt das Buch „Debt Management for Development, Protection of the Poor and the Millenium Development Goals“ produziert.

Prof. Raffer wird jetzt einmal über die österreichische Entwicklungspolitik, also den wirtschaftlichen Teil sprechen, aber er kann uns jetzt auch sagen, was es da mit dem Marshall-Plan auf sich hat und wie realistisch dessen Umsetzung gewesen wäre.

**Kunibert Raffer:** Herzlichen Dank. Es ist ein Thema, über das ich gerne spreche, denn zu Zeiten Kreiskys oder wie er damals von Leuten bewundernd genannt wurde, des „Alten“, war es ja so, dass Österreich entwicklungspolitisch durchaus positiv in den Schlagzeilen war. Der „Marshall-Plan“ für die Dritte Welt, der auch manchmal „Kreisky-Plan“ genannt worden ist, ist eine der wirklich großen Leistungen auf diesem Gebiet, vor allem auch von Bruno Kreisky. Er ist der einzige Regierungschef, soweit ich weiß, und ich glaube, ich irre mich nicht, der wirklich konsequent das betrieben hat, was er offiziell propagierte - andere sind ihm nicht gefolgt - und zwar mit einer gewissen Beständigkeit über eine lange Zeit hinweg und ich sehe das – auch auf die Gefahr hin, jetzt Widerspruch zu ernten von meinem verehrten Lehrer neben mir – schon als ein Zeichen, dass er zumindest in diesem Bereich extrem „keynesianisch“ war.

Ich habe mir die Zitate von damals ein bisschen angeschaut und habe eines zur Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas gefunden. Es stammt aus dem Jahr 1962 und da sagt Bruno Kreisky: „Wollen wir verhindern, dass es wieder durch die sogenannte Überproduktion Arbeitslose gibt, dann werden wir auch in Österreich bereit sein müssen einen Teil unserer Produktion den neuen Völkern zur Verfügung zu stellen, auch dann, wenn nach herkömmlicher Art von Rentabilität keine Rede sein kann“. Warum neue Völker? 1962 - afrikanisches Jahr, unabhängige Kolonien - dürfte seinen Stil beeinflusst haben und er hat sich das eben sowohl im Rahmen einer Aktivität der österreichischen und europäischen Entwicklungshilfe als auch international in Form eines Marshall-Plans vorgestellt.

Diese Idee war ja ökonomisch durchdacht und wurde schon vorher vorgeschlagen und zwar unmittelbar nach den Zweiten Weltkrieg. Nachdem der Marshall-Plan in Europa so erfolgreich war, wurde im Rahmen der UN die Überlegung laut den Marshall-Plan zu globalisieren. Das wurde immer wieder abgeblockt, von den USA vor allem, auch von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die sich selbst gerne Weltbank nennt, bis man dann, nach der kubanischen Revolution unter John F. Kennedy, irgendetwas für die Armen machen musste. Da kam es also zur Gründung der „International Development Association“, allerdings nicht unter UN-Kontrolle, sondern unter Kontrolle der Weltbank. Wie diplomatisch üblich gab es dann einen „Trostpries“ für die UN, das war das „World Food Programm“ und das UNDP, damit die UNO auch etwas bekommt, aber damit war der Plan einer Globalisierung des „Marshall-Plans“ politisch mehr oder weniger abgeschossen und tot. Und der Einzige, der versucht hat ihn wieder zu beleben - und das halte ich für ein großes Verdienst - war Bruno Kreisky. Ich sehe hier schon einen Versuch globale Wirtschaftspolitik durchaus im „keynesianischen“ Sinn zu machen. Er hat sich ja auch vorgestellt, dass man etwa Listen zusammen stellen könnte, wo man klassische Exportwaren auflistet aber auch anderes. Die Entwicklungsländer könnten daraus aussuchen, auswählen, was sie wollen. Er hat damals schon gemeint, man müsse in das Sortiment auch Produkte der entwicklungsfähigen Industrie des eigenen Landes hinein nehmen, damit die den Marktzugang hat. Ein Bild, das weit über eine reine Adaption des „Marshall-Plans“ hinaus geht. Eine ziemlich durchkonstruierte und durchdachte wirtschaftspolitische Konzeption, die allerdings aufgrund des politischen Widerstandes gegen diesen Plan dann nicht durchgesetzt werden konnte.

Der „Marshall-Plan“ selber kann genauso interpretiert werden. Die Amerikaner hatten eine hohe Produktivität, eine hohe Produktion, die Europäer hatten kein Geld, konnten nichts kaufen, im Rest der Welt war auch nicht viel abzusetzen, da musste man eben eine Möglichkeit suchen, um eine Krise zu verhindern und die Amerikaner haben damals einen historisch immer noch ziemlich einmaligen Akt vollzogen. Sie wählten einen Weg, der damals zwei bis drei Prozent des Bruttonationalprodukts über mehrere Jahre in Form des „Marshall-Plans“ nach Europa kanalisiert hat. Man hat von Anfang an in der UNO nicht damit gerechnet, dass es gleich viel sein wird, da hat man eher mit anderen Prozentsätzen, mit Bruchteilen davon gerechnet, was allerdings auch immer noch sehr, sehr viel Geld gewesen wäre. Und Kreisky war auch klar, dass, wenn man die Menschen in demokratischen Staaten überreden soll, sie sollen einen Teil von dem, was sie haben, was sie erarbeitet haben, abgeben, dann muss man sie auch informieren und er war auch hier tätig: in den gesellschaftlichen Bereichen und der Informationsarbeit. Das Wiener Institut für Entwicklungsfragen brauche ich hier nicht zu nennen, wurde ja auch damals gegründet und es war nicht die einzige Aktivität. Auch im Bereich der österreichischen Entwicklungshilfe hat Kreisky natürlich sehr viel getan. Ein wichtiger Punkt für mich war, dass die Entwicklungshilfe

für Kreisky immer wichtig war und er wollte sie haben. Spätere Regierungen haben das etwas anders gesehen und haben dann die Entwicklungshilfe vielleicht auch ein bisschen als Jeton (Spielmarke, Anm.) gesehen. Bei Verhandlungen halt immer ein bisschen hin- und hergeschoben, um der Seite, der Couleur, die gerade nicht besser gestellt wurde, die Einigung sozusagen es ein klein wenig zu versüßen.

Sehr große Aktivitäten, vielleicht eher auch programmatischer, wenn auch wirtschaftsprogrammatischer Art, hat Kreisky auch mit seinem Bestreben, für die Länder der Dritten Welt eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung herbei zu führen gesetzt. Ich erinnere daran - gut das war letztendlich eine Totgeburt, aufgrund des Widerstands der Industriestaaten - aber der gemeinsame Fonds, es gibt ihn in Genf. De facto macht er nicht viel und er scheint nur in den Buchhaltungsunterlagen auf. Und da gab es neben dem ersten Fenster für die Rohstoffpreisstabilisierung auch ein zweites Fenster aus dem Diversifikation der Wirtschaft zu finanzieren gewesen wäre und ähnliche Dinge, und Österreich – erinnere ich mich noch – damals waren wir das zweite Land, das eine Finanzierung für dieses Zweite Fenster zugesagt hat, nach den Schweden. Also hier sieht man schon die Handschrift würde ich meinen, von Bruno Kreisky, der im Rahmen dieses Fonds eine internationale, nicht nur Wirtschafts- sondern auch Verteilungspolitik zu betreiben versuchte. Hätte er damit mehr Erfolg gehabt, dann gäbe es möglicher und erfreulicher Weise heute vielleicht keine „Millenniums-Entwicklungsziele Kampagne“, weil diese Ziele – zumindest in dieser Form – nicht notwendig wäre. Er hatte sehr starke keynesianische Vorstellungen, wie die fehlende Nachfrage, die ersetzt werden sollte und auch ein weiterer Punkt – und das ist ein sehr moderner Punkt – heute würde man sagen Hilfe zur Selbsthilfe. Sein Ziel dieses Transfers, den er verlangt oder propagiert hat auch war, dass die Länder dann selbst in die Lage kommen würden eigenständig zu produzieren und zu verkaufen.

Bei der Frage ob, man die Studenten aus Entwicklungsländern zu uns her holen=oder sie daheim unterrichten soll vertrat Kreisky den Standpunkt, dass es besser sei sie nicht dort heraus zu reißen, da es aus einer Reihe von Gründen besser wäre sei „sur place“ auszubilden.

Also man sieht in seinem entwicklungspolitischen Engagement, würde ich meinen, sehr moderne Aspekte. Ich würde nicht sagen, dass er nur wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt hat, er hat durchaus auch moralische und ähnliche Komponenten angesprochen, aber vom Wirtschaftlichen her – und die Ökonomen sind ja für Moral seit Adam Smith, der noch Professor für Moraltheologie war, nicht mehr zuständig - vom Wirtschaftsprinzip her ein ganz abgerundetes und eigentlich sehr positives und erfreuliches Konzept, von dem man nur bedauern muss, dass es nicht umgesetzt werden konnte.

## Publikumsdiskussion II

**Frage:** Danke. Es wurde ein Zitat genannt, dass Kreisky ungefähr gesagt haben soll. Also das Überproduktion existiert und man die Güter, die man zur Verfügung hat eben in die Dritte Welt schicken kann. Ich würde gerne wissen, ob heute noch ein Ökonom mit dieser Argumentation etwas anfangen kann?

**Frage:** Ich gehöre zu jenen, die Österreich ausgesucht haben, um hier zu studieren. Weil die Abschaffung der Studiengebühren nicht nur für die österreichischen Staatsbürger seinerzeit eingeführt worden ist, sondern auch für Mitglieder oder Angehörige von Entwicklungsländern. Wir wussten zwar nicht, dass das Studium doppelt so lange dauert als woanders und die Kosten dann gleich waren, aber es ist interessant, dass die Ansichten von Kreisky eigentlich ganz andere waren. Wie ist es dann zu erklären, dass sozusagen diese Möglichkeit zu studieren in Österreich eingeführt wurde?

**Botschafter Bauer:** Ich glaube, da ist die antikommunistische Dimension unter gegangen. Es ist ja doch ganz klar, dass zwischen dem Westen und dem Osten eine Konkurrenzsituation in den Entwicklungsländern entstanden war und diese wollte ja Kreisky akzentuieren, indem er den Westen um sich gesammelt hat mit dieser Idee.

**Frage:** Wie hat Kreisky Österreich reich gemacht?

**Pfisterer:** Das ist vielleicht eine Frage an mehrere Personen. Ich sehe jetzt keine Hand mehr erhoben und würde jetzt die Experten hier bitten Stellung zu nehmen Fangen wir mit Herrn Raffer an.

**Raffer:** Danke, Herr Botschafter. Ich danke für den Hinweis, ich wollte aus Zeitgründen nicht mehr darüber reden, aber es ist sicher richtig. Ich meine, der „Marshall-Plan“ selber war ja auch anti-kommunistisch. Ebenso, wie das Programm für Griechenland, Taiwan, Südkorea. Letztere waren ja sogar im „Mutual Security Act“ verankert, also nicht im Entwicklungshilfegesetz der USA. Das ist sicher richtig, da bin ich dankbar für diese Ausführung.

Entwicklungsländer und in Österreich studieren?

Was ich nicht sagen kann, dazu war zu wenig persönlich in seiner Nähe, ist ob er das nur ein oder zwei Mal gemeint hat oder ob das seine durchgängige Position war, die er immer vertreten hat. Und die Frage, ob ein Ökonom das heute noch vertreten kann? Ja, das kann man so oder so beantworten. Also man kann es einmal mit Ja beantworten - wenn man das Glück hat ein definitiv gestellter Professor zu sein, kann man das ohne weiteres machen, man kann es auch sonst machen, überlebt es vielleicht nicht und es ist ja nicht eine Frage der Machbarkeit, sondern eine Frage der ideologischen Ausrichtung. Hier scheint mir es heute so zu sein, wie es James Galbraith in seinem Buch „The Predator State“ beschreibt. Es gibt

wichtige und mächtige soziale Gruppen, denen es gelungen ist, den Staat unter ihre Kuratel zu kriegen und für ihre eigenen Interessen auszubeuten. Und deswegen hat man ja auch für Arbeitslose kein Geld oder muss bei der Entwicklungshilfe 30 % streichen. Aber für die Banken hat man das Geld sofort, damit die „Bankerboni“ dann auch ausgezahlt werden können. Bei der HRE verteidigt ja sogar die Deutsche Bundesregierung Millionen an Boni damit man die besten Köpfe halten kann. Ich glaube ja an den freien Markt, muss ich ehrlich sagen, ich bin ein Neoliberaler und ich habe immer angeboten, ich mache eine doppelt so große Krise um das halbe Geld, doch niemand nimmt mich. Das zeigt, dass der Markt nicht funktioniert.

**Pfisterer:** Herr Professor Seidel wollen sie dazu etwas sagen?

**Seidel:** Ich verstehe von Entwicklungshilfe nichts, ich habe aber zwei Bemerkungen zum Marshall-Plan zu machen. Der Marshall-Plan wurde Industrieländern, die eine taugliche Arbeiterschaft haben gegeben. Zusätzlich waren sie in ihren industriellen Verhaltensweisen denen bloß zwei Dinge fehlten: Die Schmiere, mit der man eine Wirtschaft in Gang bringen kann und die Investitionen, die Voraussetzungen für eine Erholung waren. Man muss daher sich auch die Frage stellen. Kann man 1:1 Übertragungen machen oder muss man nicht, wenn die Idee richtig ist, die Idee modifizieren, so dass sie auf die Entwicklungsländer passt. Zweite Bemerkung: Die Marshall-Plan-Administration war diktatorisch. Die hat in die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse des Landes eingegriffen, wurden von den Amerikanern nach Strich und Faden diktiert. Das heißt also, wir müssen auch überlegen: Die Entwicklungsländer sind heute kaum bereit, sich eine derartige Bevormundung in ihren wirtschaftlichen Fragen gefallen zu lassen. Das sind Dinge, die man berücksichtigen muss, wenn man das Konzept adaptiert. Ich wollte noch ganz kurz etwas anmerken, da die wirtschaftliche Kompetenz von Kreisky ein bisschen kurz kam. Es wurde gesagt, dass Kreisky eine Ökonomen-Runde einberufen hatte, die alle paar Monate einmal getagt hat und wo die Professoren der Nationalökonomie aller Richtungen anwesend waren und wo anstehende Probleme diskutiert wurden. Es bestand die Möglichkeit für Professoren verschiedener Richtungen ihre Meinung zu sagen. Es wurde dann versucht eine Art Resümee zu ziehen, was man also tun sollte. Das muss man vielleicht auch sehen. Danke.

**Pfisterer:** Vielen Dank, Herr Dr. Taus wollen sie vielleicht auch noch etwas sagen?

**Taus:** Also, die Wirtschaft hat sich in den Jahren gut entwickelt, aber Österreich hat schon 1945 mit sehr hohen Wachstumsraten begonnen und auch in den 50er und 60er Jahren haben wir bei allen Schwierigkeiten sehr hohe Wachstumsraten gehabt. Im Westen war viel zerstört und im Osten war die russische Besetzung. Es ist sehr viel sehr schnell gelungen und



so ist dann weiter gemacht worden, auch in der Regierung Kreisky. Wir hatten eine kontinuierliche Entwicklung und können nur dem lieben Gott bitten, dass es so weitergeht.

**Pfisterer:** Dankeschön. Ferdinand?

**Lacina:** Vielleicht nur noch zum Marshall-Plan und überhaupt zur Frage Exporte. Man darf das nicht so wörtlich nehmen. Der Marshall-Plan war eine „Chiffre“, die eher daran angesetzt hat, das Verständnis für den Mitteltransfer auf diese Weise zu vermitteln. Wir waren Profiteure des Marshall-Plans. Österreich war übrigens das Land, das pro Kopf die höchste Hilfe im Rahmen des Marshall-Plans bekommen hat und daher sollte an eine gewisse moralische Verpflichtung erinnert werden. Dieses Konzept, von dem ich gesprochen habe, das der Kreisky-Kommission, geht natürlich weit darüber hinaus, da ist von der Öffnung der Märkte die Rede, da ist davon die Rede, dass natürlich die Entwicklungshilfe nicht als paternalistischer Akt gesehen werden kann, sondern dass ganz bewusst Infrastrukturinvestitionen, Industrieinvestitionen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vorgenommen werden sollen. Ich auch dankbar, dass Bauer an Eines erinnert hat. Für Kreisky war natürlich auch die Wirtschaftspolitik nie eine eindimensionale Geschichte. Sondern, so wie die humanitäre Hilfe sollte sie durch Intensivierung der Kooperation, durch gemeinsame Vorhaben Öffnung und Verselbständigung des einen oder anderen Landes aus dem kommunistischen Lager erreichen. Es gibt dafür ein sehr gutes Beispiel, das wenig bekannt ist. Es betrifft Ungarn, unser Nachbarland. Österreich, die Österreichische Nationalbank hat gemeinsam mit der Regierung einen wesentlichen Beitrag zur Stützung der ungarischen Währung, zur Stützung des Forint durchgeführt. Dies hat letzten Endes den Ungarn politisch die Möglichkeit eröffnet, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beizutreten. Dieser politische Akt, der damals von den Ungarn - ohne die Sowjetunion vorher zu informieren - durchgeführt worden ist, war nur möglich weil es vorher diese Stabilisierung der Währung gab. Also man sollte nicht vergessen, dass es neben den ökonomischen Gesichtspunkten, neben Beschäftigungspolitik natürlich auch diesen politisch-moralischen Aspekt der Politik Kreiskys gegeben hat.

**Pfisterer:** Vielen Dank Ferdinand Lacina, wir haben die Zeit jetzt fast überschritten, es ist bereits 20:30. Leider müssen wir aufhören. Ich denke es war sehr interessant. Zusammenfassend kann man sagen, dass es unter Kreisky noch ökonomische Konzepte gab, unter Kreisky gab es Berater auf die man gehört hat, man hat auch von Ferdinand Lacina gehört wie Programme ausgearbeitet wurden und wie diese Punkt für Punkt durchgesehen wurden. Wo gibt es das heute noch? Und es gab vielleicht auch eine damals einmalige Verbindung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, das gibt es heute auch nicht mehr. Und Kreisky hatte eben die Gunst der Stunde, er hatte die Stunde der Reformen

genutzt und viele haben gesagt: „Er hat Glück gehabt“. Kreisky meinte dazu nur, und damit möchte ich schließen: *„Ja, und was macht der Dumme mit dem Glück?“*